



UNSER PROGRAMM

FÜR WÜRZBURG

2020



PRÄAMBEL



Liebe Würzburger*innen,

beim Bürgerentscheid zum Kardinal-Faulhaber-Platz im Sommer 2017 haben Sie sich mit deutlicher Mehrheit von fast 60 % für die Schaffung eines Grünen Platzes am Theater und gegen eine neue Tiefgarage in der Innenstadt entschieden. Bei der Landtagswahl im Herbst 2018 hat mit Patrick Friedl erstmals ein GRÜNER Kandidat mit über 30 % Zustimmung in der Stadt das Direktmandat für den Stimmkreis Würzburg erlangt. Bei der Europawahl im Frühjahr 2019 haben Sie dieses Ergebnis bestätigt und die GRÜNEN mit über 31 % erneut zur stärksten Partei in Würzburg gewählt. Das erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen“, die Bewegung „Fridays for Future“ und der Radentscheid Würzburg haben aufgezeigt, dass weiten Teilen der Bevölkerung die bisherigen Antworten der Regierungsparteien auf die umfassenden ökologischen Krisen und den dramatischen Klimawandel nicht ausreichen. Das

gestiegene Bewusstsein für die Bedeutung von Klimaschutz, einer ökologischen Politik und einer Verkehrswende ist ein Auftrag an das politische Handeln aller Parteien.

Mit dem von uns mit erwirkten Grundsatzbeschluss zur „Klimaneutralen Stadt bis spätestens 2045“ haben wir eine wichtige Handlungsgrundlage für Würzburg erreicht. Der damit verbundene Handlungsauftrag bedarf vieler Umsetzungsmaßnahmen: Mehr Grün, mehr und bessere Rad- und Fußwege, offene Wasserflächen, mehr entsiegelte Flächen, einen besseren Öffentlichen Nahverkehr, Photovoltaik auf allen geeigneten städtischen Dächern und viele mehr. Wir sind uns dieses Auftrags bewusst und haben den Willen, den Sachverstand und den Mut, die neuen vor uns liegenden Aufgaben anzunehmen und zu bewältigen.

Wir GRÜNE haben bisher 9 von 50 Sitzen im Würzburger Stadtrat – und damit keine gesicherte Mehrheit für eine konsequente ökologische Politik. Aus dieser Position haben wir trotzdem unter anderem erreicht, dass mittlerweile eine Rücklage von 17 Millionen Euro für den Bau der neuen Straßenbahnlinie zum Hubland gebildet wurde. Ein Radverkehrskonzept ist beschlossen und zuletzt wurden Mittel von mehreren Millionen Euro pro Jahr für den Radverkehr in den Haushalt eingestellt. Mögliche Standorte für Neupflanzungen von Bäumen konnten in der Innenstadt identifiziert werden und eine verbindliche Quote von 30 % sozialem Wohnungsbau für größere Bauvorhaben wurde auf unser Betreiben hin beschlossen.

Noch immer aber orientiert sich die Verkehrspolitik in der Stadt am Vorrang für den Autoverkehr, während der Ausbau des Öffentlichen Perso-

nennungsverkehr sich viel zu langsam und ohne ausreichende Koordination zwischen Stadt und Umland entwickelt. Eine Stadtratsmehrheit blockiert die Begrünung weiterer Plätze in der Innenstadt und auch die Interessen der jungen Generation in der Stadtratspolitik werden nur unzureichend gehört und berücksichtigt.

Unsere Schwerpunkte für die kommenden sechs Jahre Stadtpolitik sind aus heutiger Sicht eine strukturierte Verkehrswende, umfassender Klimaschutz, die Stärkung der offenen Stadtgesellschaft und der Ausbau der demokratischen Beteiligungskultur in Würzburg:

Wir GRÜNE streben eine **umfassende Verkehrswende** an, die den Autoverkehr in der Stadt bis 2030 halbiert und gleichzeitig die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV sowie den Anteil des Radverkehrs verdoppelt.

Wir wollen **umfassenden Klimaschutz** verwirklichen. Hierzu wollen wir bis 2030 auf 100 % Erneuerbare Energien umsteigen und die Stadt an den Klimawandel anpassen. Zukünftig sollen alle städtischen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen für den Klimaschutz überprüft werden.

Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserer toleranten und weltoffenen Stadt auch weiterhin wohlfühlen können, indem wir nach Kräften das **zivilgesellschaftliche Engagement** in Würzburg unterstützen und **stärken**.

Wir **wollen alle Bürgerinnen und Bürger umfassend** an der Gestaltung der Stadtpolitik **beteiligen**.

Wie all das im Einzelnen geschehen kann, beschreiben wir im folgenden Programm. Wir bieten eine ausgewogene Mischung aus erfahrenen Stadträt*innen und neuen Kandida-

t*innen, Frauen und Männern, jungen und jung gebliebenen Bewerber*innen mit Erfahrungen aus unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen. Wir wollen gemeinsam anpacken und dieses Programm umsetzen. Mit Martin Heilig hat erstmals ein GRÜNER Kandidat die Chance, Oberbürgermeister von Würzburg zu werden. Sie, die Wählerinnen und Wähler, bestimmen am 15. März 2020, wie schnell und wie weitgehend unser GRÜNES Programm für Würzburg umgesetzt werden kann und welche Richtung die Politik in unserer Stadt nehmen wird.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung für GRÜNE Politik in Würzburg: Mit Ihrer Stimme bei der Kommunalwahl am 15. März 2020 für die Liste und die Kandidat*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie für Martin Heilig als Oberbürgermeister begründen Sie Würzburg.

INHALTSANGABE

KLIMASCHUTZ GEHT UNS ALLE AN / 8

Das Klima steht bei uns an erster Stelle.....	9
100% erneuerbare Energien bis 2030.....	9
Klimaschutz und Mobilität.....	13
Haushalte und Gebäude.....	15
Klimaanpassungsstrategie für Würzburg	17

PERSPEKTIVEN DER WÜRZBURGER STADTENTWICKLUNG / 20

Stadtgrün und schützenswerte Stadträume	28
Wohnen in Würzburg.....	29
Stadtteilentwicklung	33
Barrierefreie Stadt	34
Die digitale Stadt	35
Transparente Stadtpolitik und Bürgerbeteiligung	37
Unsere Stadt mitten in Europa	38

MOBILITÄT / 40

Verkehrsraum neu denken.....	41
ÖPNV – Zeit zum Umsteigen	42
Fahrradstadt Würzburg.....	48
Elektroräder und Pedelecs.....	51
Fußverkehr.....	53
Carsharing	54

Elektromobilität.....	55
P&R und Parkplatzmanagement.....	56
Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen.....	58
Verkehrsplanung in der Stadt.....	58
Vernetzung von Verkehrssystemen.....	60
Citylogistik und Lieferdienste	60

NATUR UND UMWELT / 62

Unsere Lebensgrundlage erhalten	63
Wasser ist Leben	64
Boden schützen.....	67
Luft rein halten	69
Lärm in der Stadt reduzieren.....	69
Tiere in der Stadt	70
Von der Wegwerf- zur Kreislaufgesellschaft	72

SOZIALES KLIMA / 78

Gerecht – menschenwürdig – inklusiv.....	79
Kinder und Familien.....	79
Jugendliche und junge Erwachsene.....	80
Alt werden in Würzburg.....	81
Inklusion von Menschen mit Behinderung	82
Geschlechtergerechte Politik.....	84
Frauenhäuser	85

Vielfalt aller Lebensweisen	85
Kein Platz für Nazis	86
Flucht und Migration	86
Armut in der Stadt	88
Wohnungs- und Obdachlosigkeit	89
Hilfe für Suchtkranke.....	90

KULTUR FÜR ALLE IN EINEM BUNTEN WÜRZBURG / 92

Kulturelle Vielfalt – freie Kulturszene.....	93
Bildende Kunstszene	94
Hafensommer Würzburg	95
Mainfrankentheater	95
Museum im Kulturspeicher.....	96
Das staatliche Museum für Franken	97
Ein Museum für Kinder	97
Sing- und Musikschule Würzburg	98
Die Stadtbücherei	98
Lebenslanges Lernen.....	99
Sport.....	100
Gedenkkultur.....	102

BILDUNG, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND ARBEIT / 104

Würzburgs Wirtschaft	105
Würzburger Hochschulen	108
Der städtische Haushalt	110
Schule als Lern- und Lebensort – Bildung ist mehr als Schule	114

GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE / 120

GRÜNE JUGEND / 124

Umweltschutz, Naturschutz und Klimaschutz.....	125
Mobilität	126
Finanzen	129
Wohnen.....	129
Soziales Miteinander	129
Stadtbild	129

KANDIDAT*INNEN / 132



KLIMASCHUTZ

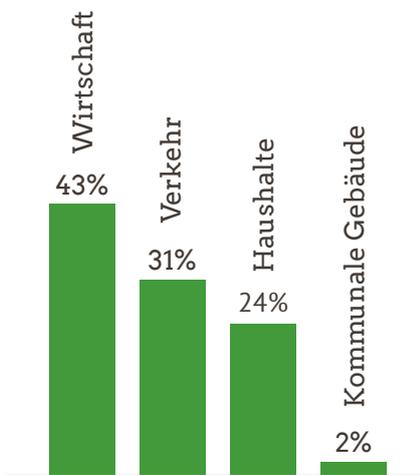
GEHT UNS ALLE AN

DAS KLIMA STEHT BEI UNS AN ERSTER STELLE

Aufgrund der Dringlichkeit, den CO₂-Ausstoß weltweit substantiell zu verringern, sind wir alle in unserer Stadt aufgefordert, sämtliche Themen auf ihre Auswirkungen auf den Klimaschutz hin zu prüfen. Die Einsicht, dass nicht verbrauchte Energie auch direkter Klimaschutz ist, hat nichts von ihrer Gültigkeit und Dringlichkeit verloren. Daraus folgt, dass die Ausschöpfung von Einsparpotentialen erste Priorität haben muss. Die Bestandsaufnahme des Würzburger Energieverbrauchs im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzepts hat gezeigt, dass sich die Potentiale der Energieeinsparung schwerpunktmäßig auf die Bereiche Verkehr, Wirtschaft und private Haushalte verteilen.

Alle drei Bereiche tragen im Rahmen ihrer unterschiedlichen Möglichkeiten zur Erreichung des vom Stadtrat beschlossenen Gesamtzie-

les, der Halbierung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 bezogen auf 1990, bei. Dieses Ziel konnte bisher nicht erreicht werden. Umso mehr sehen wir die Notwendigkeit, unsere Anstrengungen noch zu verstärken und fordern eine Verringerung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase um 75% bis 2025.



CO₂-Emissionen 2014

Quelle: ECO Region 2016 in Kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassung in Würzburg: Erster Fortschrittsbericht 2016, S. 13

Im Juli 2019 haben wir im Stadtrat Würzburg einen interfraktionellen Antrag zur Erklärung des „Klimanotstands“ gestellt, mit dem Ziel, dem Klimaschutz in der Stadt oberste Priorität zu gewähren. Diesem Antrag wurde mit dem Grundsatzbeschluss „Klimaneutrale Kommune bis 2045“ und einem erweiterten Klimaschutzprogramm mit ambitionierten Maßnahmen Rechnung getragen. So haben wir einen Grundsatzbeschluss zur „Klimaneutralen Stadt bis spätestens 2045“ erwirkt, mit dem wir bis Ende 2020 das Klimaschutzkonzept von 2012 erweitern, ergänzen und auf das Ziel „klimaneutral bis 2045“ ausrichten werden. Jetzt geht es um eine rasche Umsetzung.

100% ERNEUERBARE ENERGIEN BIS 2030

Die vollständige Umstellung unserer Energieversorgung in den Bereichen Verkehr, Industrie, Hausbrand und Stromerzeugung auf 100% erneuer-

bare Energien ist das Rückgrat eines nachhaltigen Klimaschutzes. Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Bereichen ist daher ein entscheidender Baustein auf dem Weg zu unserem Ziel, Würzburg zu einer klimaneutralen Stadt zu machen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Würzburg lag 2016 bei knapp 60 %, wobei dieser größtenteils aus dem Einkauf bei ausgewählten Partnern sowie aus der bundesweiten Einspeisung aus Erneuerbare-Energie-Anlagen stammt. Für das Jahr 2030 setzen wir GRÜNEN das ambitionierte, aber für die Zukunft unserer Stadt wichtige Ziel von 100 % erneuerbarer Energie. Deshalb muss nicht nur bei der Stromerzeugung die Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen in Würzburg weiter gestärkt werden.

Sonne und Wind

Langfristig werden Sonne und Wind die Hauptträger der Stromerzeugung sein. Die Möglichkeiten der Gewinn-

nung von regenerativ erzeugtem Strom und Wärme sind in Würzburg noch lange nicht ausgeschöpft. Trotz einer Zunahme in den letzten Jahren liegt das größte Ausbaupotential nach wie vor in der Nutzung der Sonnenenergie in Form von Photovoltaik und Solarthermie. Hier muss die Stadt die Bürger*innen bei der Nutzbarmachung aktiv unterstützen.

Die Stadt hat ein Solarkataster erstellt, mit dessen Hilfe die Bürger*innen die Eignung aller Würzburger Dach- und Gebäudeflächen für photovoltaische oder solarthermische Anlagen einfach und nachvollziehbar erkennen können. Allerdings können die notwendigen Veränderungen und Investitionen nicht von oben herab verordnet werden. Deshalb muss die Stadt immer wieder den Dialog suchen, umfangreich informieren und die Menschen zum Mitmachen motivieren.

Natürlich muss die Stadt hier auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Kommunale Dach- und Gebäudeflächen, darunter Schulen, Kitas und auch Dächer der Gebäude der Stadtbau GmbH, müssen mit photovoltaischen oder solarthermischen Anlagen bestückt werden. Das kann auch in der Form geschehen, dass den Bürger*innen alternativ die Möglichkeit gegeben wird, in sogenannte Bürgersolaranlagen auf städtischen Dächern zu investieren.

Das Integrierte Klimaschutzkonzept für die Stadt Würzburg von 2012 sieht vor, die Windkraftpotentiale im Stadtgebiet zu ermitteln. Die Prüfung hat ergeben, dass alle möglichen Standorte im Stadtgebiet Würzburgs im Regionalplan vollständig im „Ausschlussgebiet für Windkraftanlagen“ liegen, und somit aus planungsrechtlichen Gründen keine eigenen, städtischen Windkraft-Anlagen errichtet werden können. Daher fordern wir alternativ zügige Investitionen der Stadtwerke in externe Windkraftanlagen. Des Weiteren müssen Strukturen entwickelt wer-

den, die auch den Bürger*innen die Möglichkeit bieten, in Windkraftanlagen im Landkreis zu investieren.

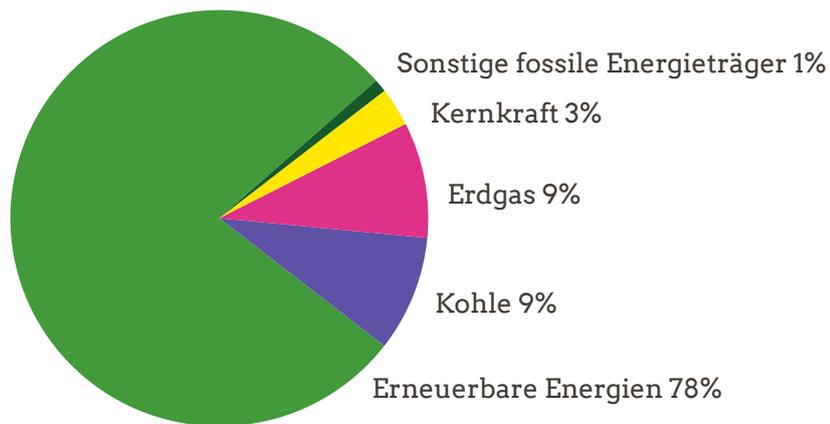
Grünes Gas für das Würzburger Heizkraftwerk

Das Herzstück der Würzburger Energieversorgung ist das Würzburger Heizkraftwerk an der Friedensbrücke: ein hoch effizientes Gas- und Dampfkraftwerk (GuD) für die Stromerzeugung, das mit Hilfe der Kraft-

Wärme-Kopplung (KWK) für eine gleichzeitige Bereitstellung von Fernwärme sorgt. Dadurch wird im optimalen Fall ein Wirkungsgrad von 90-95 % des Primärenergieeinsatzes erreicht. Als Brennstoff dient momentan fossiles Erdgas, was einen hohen Wirkungsgrad von über 55 % bei der Stromerzeugung im Vergleich zur Kohle hat, und somit zu einer signifikant geringeren Emission führt. Zudem haben Gaskraftwerke

den Vorteil, dass sie im Minutentakt schnell hoch- und wieder heruntergefahren werden können. Damit kann flexibel und zuverlässig auch auf kurzfristige Leistungsschwankungen bei der Einspeisung von Wind- und Solarstrom reagiert und die Netzstabilität gesichert werden.

Neben all diesen Vorteilen bleibt allerdings die Tatsache, dass Erdgas ein fossiler und kein nachhaltiger Brennstoff ist, der weiterhin bei der Verbrennung zusätzliches CO₂ freisetzt. Deshalb müssen wir dringend Alternativen entwickeln, um diese moderne, hoch effiziente und in Würzburg etablierte Kraftwerkstechnologie auch in einer nachfossilen Zeit betreiben zu können. Statt fossilem Erdgas müssen auf erneuerbarer Energie basierende, gasförmige Energieträger wie Methan oder Wasserstoff als Brennstoff zum Einsatz kommen. Nur so kann eine weitgehende Klimaneutralität des Heizkraftwerks in Zukunft gewährleistet werden.



Strommix in Würzburg

Quelle: WWV

Dafür sehen wir die folgenden Möglichkeiten:

- » Das Kompostwerk Würzburg muss die Voraussetzungen für die Vergärung von Abfällen schaffen. Dadurch können die in großen Mengen in Würzburg anfallenden Bioabfälle zur Erzeugung von Biogas (Methan) verwertet werden, das zur Energiegewinnung in das Heizkraftwerk eingespeist wird.
- » Ein alternativer Brennstoff zu fossilem Erdgas ist synthetisches Methan bzw. Wasserstoff. Dieser kann mittels Elektrolyse in einer Power-to-Gas (P2G)-Anlage aus erneuerbarem Überschussstrom erzeugt werden. Die wichtige Funktion von P2G-Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien ist es, überschüssigen Wind- und Solarstrom entweder in Wasserstoff, oder in einem weiteren Schritt in Methan umzuwan-

deln. Dieses Verfahren bietet die Möglichkeit, überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu speichern, und bei Bedarf wieder in elektrische Energie zu überführen. Anstatt Erdgas kann daher von den Stadtwerken mittels P2G erzeugtes synthetisches Erdgas erworben und als klimaneutraler Brennstoff in das Heizkraftwerk eingespeist werden. Zusätzlich sollte die Rentabilität der Investition in eine P2G-Anlage für Würzburg geprüft werden.

Ein weiterer Ausbau der Fernwärme könnte klimaschädliche Einzelfeuerungsanlagen in Wohngebieten ersetzen. Wo dies nicht möglich ist, ist die Errichtung von gasbetriebenen Blockheizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung zu prüfen.

Smart City

Wir befürworten die Einführung eines intelligenteren, integrierten und

nachhaltigen Energiesystems. Neben den erneuerbaren Energiequellen müssen auch unsere Netze „intelligenter“ werden, indem Verbrauch und Angebot synchronisiert werden. Dafür werden Haushalte zu einem smarten Netz zusammengeschlossen: mit IT- und Sensortechnik an wichtigen Knotenpunkten sowie Smart Metern in den Haushalten, wodurch eine Infrastruktur für „virtuelle Kraftwerke“ geschaffen wird. Dadurch können Stromausfälle schneller behoben oder gleich verhindert werden, die Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Technologien wie PV-Systeme, Batteriespeicher, E-Fahrzeuge oder Wärmepumpen besser beobachtet und kontrolliert werden. Darüber hinaus können Informationen über Zeiträume, zu denen es günstig ist, Energie zu nutzen, zu speichern oder zu handeln, in Echtzeit abgefragt werden.

Um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, müssen die Ziele einer konse-

quenten CO₂-Reduktion eingehalten werden - mit einer konsequenten Energiewende zu 100 % erneuerbaren Energien bis 2030.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » den Ausbau der Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien mit der maximalen Bestückung von Würzburgs Dächern mit Solaranlagen und der Erweiterung von Beteiligungen der Stadtwerke an Windkraftanlagen.
- » die Umstellung des Brennstoffs für das Heizkraftwerk von fossilem Erdgas zu städtisch erzeugtem Biogas oder alternativ zu synthetischem Erdgas aus Power-to-Gas-Anlagen.
- » die Synchronisierung von Strombedarf und Stromerzeugung

durch Vernetzung, Energiespeicherung und steuerbare Lasten.

KLIMASCHUTZ UND MOBILITÄT

Bereits im Jahr 2009 hatte der Stadtrat einstimmig beschlossen, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Im Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt Würzburg von 2012 konnten verschiedene Handlungsfelder definiert werden, die maßgeblich zur Verringerung von CO₂-Emissionen beitragen können. Neben einer notwendigen Umstellung auf erneuerbare Energien und einem effizienten Umgang mit Wärme spielt hierbei insbesondere eine stringente Mobilitätswende eine entscheidende Rolle. Der Verkehr, davon ca. 85 % in Form von privaten PKWs, ist für ein Drittel der CO₂-Emissionen in Würzburg verantwortlich. Die Tatsache, dass im Jahr 2012 etwa die Hälfte aller Wege



Foto von Michael Wilson auf Unsplash.com

im motorisierten Individualverkehr zurückgelegt wurden, zeigt unmissverständlich, was getan werden muss, um die CO₂-Emissionen in Würzburg auf ein klimaverträgliches Maß zu reduzieren.

Wir GRÜNE unterstützen die drei folgenden Handlungsstrategien zur Reduzierung der CO₂-Emission im Hinblick auf Mobilität und Verkehr:

VERMEIDUNG - Reduzierung der Anzahl und der Länge der Wege

Die Strategie der „Verkehrsvermeidung“ verfolgt das Ziel, das tägliche Verkehrsaufkommen in seinem Umfang, seiner Verkehrsmittelwahl und seinen Distanzen zu beeinflussen. Dafür müssen geeignete Raum- und Siedlungsstrukturen gefördert werden, wozu auch das Leitkonzept „Stadt der kurzen Wege“ gehört. Ziel ist es, kompakte Siedlungsstrukturen, attraktive öffentliche Räume und eine stärkere Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeiten und Einkauf-

fen zu erreichen. Kurze Wege animieren dazu, zu Fuß zu gehen oder mit dem Fahrrad zu fahren, was bedeutet, dass eine kluge Stadtentwicklung auch einen signifikanten Einfluss auf die Reduktion der CO₂-Emission in der Stadt haben kann.



Foto von Elias Oppenrieder

VERLAGERUNG – Nutzung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln

Eine Verlagerung vom PKW auf nachhaltige Verkehrsträger setzt zum einen attraktive Alternativen voraus, zum anderen sind aber auch restriktive Maßnahmen nötig. Zu den wichtigsten Maßnahmen, um den

ÖPNV attraktiver zu machen, zählen hierbei:

- » der Ausbau weiterer Straßenbahn- und Buslinien
- » attraktive Ticket-Angebote
- » bessere Verknüpfungsmöglichkeiten (Park&Ride- oder Bike-&Ride-Stationen)
- » eine barrierefreie App zur Planung und Zahlung aller Verkehrsmittel
- » energie-/klimaefiziente Fahrzeugflotte
- » weitere Bahnhaltdepunkte

Der Rad- und Fußverkehr muss gefördert werden: primär durch den Ausbau der Infrastruktur und durch eine Umverteilung des Platzes in der Stadt von fahrenden und stehenden Autos zu Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Parallel muss der mo-

torisierte Individualverkehr unattraktiv gemacht werden, wie z.B. durch ein konsequentes Tempolimit in der Innenstadt und eine Parkraumverringern bei gleichzeitiger

Parkraumverteuerung. Die Bevorzugung des PKWs im Stadtverkehr muss ein Ende haben.

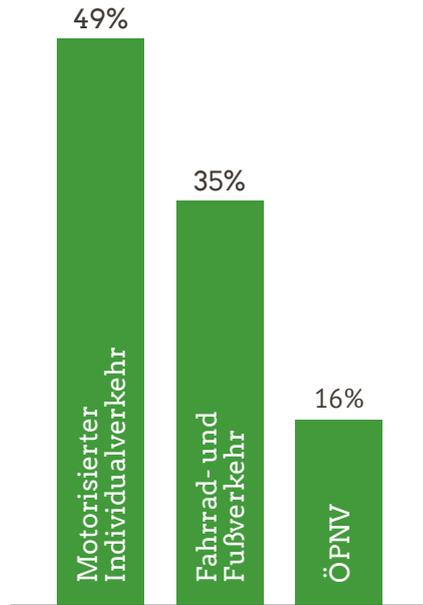
VERTRÄGLICHE ABWICKLUNG – Beeinflussung der Qualität der eingesetzten Fahrzeuge und Kraftstoffe

Es muss eine klimafreundliche Abwicklung des verbleibenden Verkehrs stattfinden, durch den Einsatz energieeffizienter Fahrzeuge betrieben mit CO₂-armen Treibstoffen oder Elektroantrieben.

Als urbaner Raum kann Würzburg somit mit Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung und durch klimafreundliches Abwickeln des verbleibenden Individualverkehrs einen herausragenden Beitrag zur Mobilitätswende leisten. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele sind ausführlich im Kapitel Mobilitätswende beschrieben.

HAUSHALTE UND GEBÄUDE

Bei der Einsparung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Haushaltssektor können grundsätzlich drei verschiedene Bereiche zur Energieeinsparung unterschieden werden: zum einen ein verändertes Nutzungsverhalten beim Verbrauch von Strom und Wärme, zum anderen die Modernisierung der Gebäudeinfrastruktur, wozu eine Erneuerung der Heizungsanlagentechnik sowie die Gebäudedämmung und -sanierung gehören, und drittens eine weitreichende Installation von Photovoltaik oder Solarthermie. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei in der Information der Verbraucher*innen und der Eigentümer*innen von Immobilien – sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich.



Mobilität Würzburg 2012

Quelle: https://www.wuerzburg.de/themen/umwelt-verkehr/klimaundenergie/klimaschutz-in-wuerzburg/m_415556, S. 13

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine regelmäßige Information aller Bürger*innen über die Möglichkeiten einer kostenlosen Beratung im Energie- und Klimazentrum und über städtische Fördermöglichkeiten.
- » die Ausbildung von ehrenamtlichen Energielots*innen in allen Stadtteilen, wie im Pilotprojekt Heuchelhof bereits geschehen.
- » regelmäßige Informationsveranstaltungen für Haus- und Wohnungseigentümer*innen über die Möglichkeiten von energetischen Sanierungsmaßnahmen, sowohl zentral als auch in den Stadtteilen.
- » die Einrichtung einer Erfahrungsexpert*innen-Datenbank für alle Stadtteile:

Bürger*innen, die dazu bereit sind, ihre Erfahrungen über Energieeinsparmaßnahmen an ihre Mitbürger*innen weiterzugeben, werden in eine Datenbank aufgenommen.

Der Anteil kommunaler Gebäude stellt zwar, bezogen auf alle Haushalte, einen sehr geringen Anteil dar, sollte aber einen Vorbildcharakter wahrnehmen. Die Definition eines oder mehrerer Pilotprojekte zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude kommt einem solchen Vorbildcharakter nach. Hier schlagen wir konkret den Dachausbau des Röntgen-Gymnasiums vor, das aus verschiedenen Gründen in den nächsten Jahren einen erhöhten Raumbedarf haben wird. Dieser erhöhte Bedarf ließe sich stückweit durch einen Dachausbau erzielen. Maßnahmen wie Dämmung von Dachflächen, Photovoltaik und Fassadenbegrünung zeigen, wie CO₂-Einsparungen auf kommunaler Ebene effektiv durchgesetzt werden können. Hier kann die

Sanierung auch für Schüler*innen durch eine Verfolgung des Prozesses und durch Sichtbarmachung der Dämmung an einigen Stellen „erlebbar“ gestaltet werden.

Zudem fordern wir GRÜNE bis 2025 folgende Maßnahmen für kommunale Gebäude:

- » die Fortführung der Sanierung der städtischen Gebäude nach der Prioritätenliste insbesondere der Schulgebäude.
- » eine regelmäßige Schulung aller Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und anderer öffentlicher Einrichtungen, sowie ein regelmäßiges Feedback über den Erfolg der dadurch erzielten Einsparungen.

- » Informationsveranstaltungen an Schulen, sowohl für Personal als auch für Schüler*innen durch die Energieberater*innen des Energie- und Klimazentrums.
- » eine systematische Prüfung von Bereichen, in denen nachts die Beleuchtung reduziert werden kann. Die Umstellung auf LED und Natriumdampflampen wurde bereits flächendeckend erreicht, dennoch trägt auch die Straßenbeleuchtung zum städtischen Energieverbrauch und zur sogenannten Lichtverschmutzung bei.
- » die Prüfung eines verstärkten Einsatzes der Holzbauweise.

Obwohl der Sektor Wirtschaft im Bereich der CO₂-Einsparung schon große Fortschritte erzielt hat, soll auch hier weiter über systematische Einsparmöglichkeiten informiert wer-

den. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit der Stadt gemeinsam mit ihren Partnern von der IHK, Vertreter*innen Würzburger Betriebe, der Handwerkskammer und der Wirtschaftsförderung der Stadt anzustreben.

Wir GRÜNE setzen uns ein für die Erarbeitung eines Labels für den energiefreundlichsten Betrieb. Dieses Label soll jährlich vergeben werden, wenn eine Energieeinsparung von mindestens 6 % innerhalb eines Jahres erzielt wurde. Die Verleihung ist eine öffentliche Veranstaltung und dient dabei zusätzlich einem regelmäßigen Austausch von Erfahrungen in diesem Bereich.

KLIMAAANPASSUNGS- STRATEGIE FÜR WÜRZBURG

Würzburg ist ein Hot-Spot des Klimawandels in Unterfranken. Mittlerweile ist die Durchschnittstemperatur in Unterfranken gegenüber den Jahren



Foto von Thomas Witter



1961 bis 1990 in den Jahren 2014 bis 2019 bereits über 2 Grad gestiegen. Als städtische Wärmeinsel ist der Effekt dieser Klimaerhitzung in Würzburg noch erheblich gravierender. Mit der Kessellage, teilweise stehender Luft und vielen grauen, versiegelten und sich aufheizenden Flächen steigt die innerstädtische Hitzebelastung in den Sommermonaten enorm. Unter diesem Hitzestress leiden Mensch, Tier und Pflanzen in der Stadt. Viele bislang heimische Baumarten ertragen diese Erwärmung nicht. Im Jahr 2018 gab es über 100 Sommertage (mit mehr als 25 Grad) und davon über 30 Hitzetage (mit mehr als 30 Grad in der Tagesspitze). Aber nicht nur die heißen und trockenen Sommer sind ein Problem, auch die fehlenden Niederschläge im Winter. Die traurige Folge davon sind zahlreiche tote Bäume im Ringpark und Stadtwald im Jahr 2019. Daher muss in Würzburg alles getan werden, um sich diesen Folgen des Klimawandels anzupassen.

Grundvoraussetzung für ein verträgliches städtisches Makroklima und für kleinräumiges angenehmes Mikroklima ist eine darauf ausgerichtete Stadtentwicklung und -gestaltung. Erste wichtige Weichen wurden auf Grundlage GRÜNER Anträge bereits gestellt: so etwa die Identifizierung und Bepflanzung möglicher Baumstandorte in der Innenstadt, ein Förderprogramm für mehr Stadtgrün, die Erstellung einer Klimafunktionskarte, der Einstieg in eine klimagerechte Bebauungsplanung und wichtige zentrale Begrünungsmaßnahmen, wie die von den Bürger*innen mittels Bürgerentscheid („Grüner Platz am Theater“) durchgesetzte Begrünung des Kardinal-Faulhaber-Platzes.

Um diese Ansätze in eine Klimaanpassungsstrategie für Würzburg einzubetten, setzen wir Würzburger GRÜNE uns ein für:

- » eine verstärkte Begrünung der Innenstadt an allen hierfür geeigneten Flächen.
 - » den umgehenden Ersatz abgestorbener Bäume.
 - » ein Entsiegelungsprogramm für städtische Flächen bei gleichzeitiger Reduzierung von Oberflächenparkplätzen.
 - » die umgehende Neugestaltung des Kardinal-Faulhaber-Platzes.
 - » die Freihaltung aller wichtigen Frischluftschneisen der Stadt und entsprechende Vorab-Berücksichtigung im Rahmen der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung.
- » eine Fassadenbegrünung an allen hierfür geeigneten städtischen Gebäuden.
 - » ein Brunnensanierungsprogramm und zusätzliche offene Wasserflächen.
 - » Trinkwasserstellen und abgeschattete Sitzgelegenheiten mit Holzbänken verteilt über die Stadt.
 - » möglichst viele innerstädtische Wiesenflächen, die erst nach dem 15. Juni erstmals gemäht werden.



**PERSPEKTIVEN DER
WÜRZBURGER
STADTENTWICKLUNG**

Die Ansprüche an die Stadt sind so verschieden wie die Menschen, die in ihr leben. Dazu haben Einpendler*innen, Kund*innen und Tourist*innen noch einmal andere Ansprüche als die Bewohner*innen. Im Vordergrund stehen Grundbedürfnisse, die für alle Menschen befriedigt werden müssen:

- » Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wozu auch die Anpassung an den Klimawandel gehört
- » angemessener und bezahlbarer Wohnraum
- » attraktive Mobilitätsangebote
- » ausreichende und qualitätsvolle Kinderbetreuung
- » Einkaufsmöglichkeiten vor Ort
- » attraktive Freizeit- und Kulturangebote
- » vielfältige Arbeits- und Ausbildungsplätze

» ein Klima der Toleranz und Akzeptanz verschiedener Lebensstile

» die Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen

Die Aufgabe einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung ist es, das vorhandene Potential zu nutzen, einen vernünftigen Ausgleich der widerstreitenden Interessen zu finden und nicht nur den Grundbedürfnissen zu entsprechen, sondern Würzburg zu einer lebenswerten, klimafreundlichen und attraktiven Stadt zu machen, in der sich alle Menschen wohlfühlen können.

In der kommenden Wahlperiode wird die Stadt Würzburg einen neuen Flächennutzungsplan aufstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass GRÜNE Grundsätze diesen Plan prägen werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine zeitgerechte Weiterentwicklung der Identität der Stadt.
- » den Schutz des Klimas und die Anpassung der Stadt an den Klimawandel.
- » eine Bevorzugung der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung.
- » die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum.
- » die Sicherstellung von umwelt- und menschengerechter Mobilität.
- » die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung.
- » eine Weiterentwicklung der Stadt gemeinsam mit der Region.

Öffentliche Räume für alle

Die Stadt gehört allen. Öffentliche Räume müssen deshalb für alle nutzbar sein. Dazu gilt es, bisher im Übermaß vom ruhenden und fließenden Autoverkehr beanspruchte Flächen umzuverteilen: an umweltfreundliche Verkehrsmittel und Fußgänger*innen, zum Aufenthalt und für Bäume und Grünflächen. Der Klimawandel erfordert Anpassungen, damit der Aufenthalt in der Stadt auch in zunehmend heißeren Sommern erträglich bleibt, es braucht mehr Sitzgelegenheiten, öffentliche Trinkbrunnen und Aufenthaltsflächen ohne Konsumzwang. Um das Stadtbild zu verschönern, fordern wir die Begrünung von öffentlichen Flächen. Öffentlicher Raum für alle bedeutet in einer von den Universitäten geprägten Großstadt aber auch, sich gegen Einschränkungen des Freizeitverhaltens durch Spermzeitverlängerungen zu stellen.

Baukultur und Leben mit Kulturdenkmälern

Die Lage am Main und das Zentrum der Stadt um Rathaus, Dom und Marktplatz machen die Stadt zu einem Erlebnis, unterscheidbar von anderen Städten. Am 16. März 1945 wurde die historische Bebauung Würzburgs fast vollständig zerstört. Beim Wiederaufbau blieb jedoch der mittelalterliche Stadtgrundriss der „Bischofsmütze“ erhalten, der Maßstab der Bebauung und die Dachlandschaft wurden bewahrt. Diesen baulichen Charakter der Innenstadt wollen wir erhalten. Charakteristisch für Würzburg und deshalb unbedingt von Bebauung freizuhalten sind der Ringpark, der Festungs- und Käpplesberg und die Weinberghänge rund um die Stadt. Fast von jedem Standpunkt in der Stadt sind grüne Hänge zu sehen - sie sind besonders schützenswert. Moderne Bauweise in der Stadt muss sich diesen Grundsätzen unterwerfen. Hochhausbauten sind für uns GRÜNE nur nach Einzelfallprüfung und nur außerhalb des

Ringparks vorstellbar. Grundsätzlich unterstützen wir die Arbeit der Kommission für Stadtbild und Architektur und des Stadtheimatpflegers und schätzen deren Beratung.

Kultur, Einzelhandel und Dienstleistung machen die Stadt lebendig

Die Würzburger Innenstadt ist der zentrale Ort für Einzelhandel, Dienstleistung und Kultur für ganz Mainfranken. Die Innenstadt ist bisher geprägt durch eine langgezogene Hauptachse entlang der Straßenbahn vom Hauptbahnhof bis zur Sanderstraße. Wir unterstützen eine Entwicklung, die die Nebenstraßen stärkt und eine neue Hauptachse vom Marktplatz über die Eichhornstraße zum Kardinal-Faulhaber-Platz und zur Residenz schafft. Dabei können Hofstraße, Paradeplatz und Kardinal-Döpfner-Platz durch die Einrichtung einer Fußgängerzone erheblich aufgewertet werden. Darüber hinaus streben wir mit dem

Neubau der Straßenbahnlinie 6 vom Barbarossaplatz durchs Frauenland zum Hubland insgesamt eine Stärkung der östlichen Innenstadt mit der Theaterstraße an. Ziel ist dabei nicht nur die Stärkung der Wirtschaftskraft, sondern auch eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Stadt.

Die Würzburger Innenstadt weist noch immer eine erfreuliche Vielfalt an Branchen und Angeboten und einen attraktiven Mix aus Filialisten und individuellen, inhabergeführten Geschäften aus. Dies gilt es zu erhalten und zu stützen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » einen lebendigen Einzelhandel, der gut mit dem Fahrrad und dem ÖPNV erreichbar ist, statt autoorientierter Flächenversiegelung entlang von Schnellstraßen.



- » die Förderung der Zusammenarbeit lokaler Einzelhändler*innen, Gastronom*innen und Dienstleister*innen durch Stadtmarketing oder in Zusammenschlüssen.

Aufenthaltsqualität verbessern

Um die Aufenthaltsqualität in der Würzburger Innenstadt zu erhöhen, streben wir eine weitere Reduzierung des Autoverkehrs an. Der Endbericht zum Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept für die Innenstadt benennt den wunden Punkt sehr deutlich: "Die Dominanz des motorisierten Verkehrs ist in vielen Bereichen dieses Teilraums problematisch." Oberflächenparkplätze nehmen nicht nur Aufenthaltsraum – wenn sie nicht an ein Parkleitsystem angeschlossen sind, erzeugen sie zudem erheblichen und unnötigen Parksuchverkehr.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Ausweisung von zusätzlichen Parkplätzen für Menschen mit Behinderung, Handwerker*innen und für den Lieferverkehr. Das Oberflächenparken im Bereich des „Bischofshuts“ wollen wir schrittweise abbauen und im Vergleich zu den Tiefgaragen verteuern.
- » eine zügige Begrünung und architektonische Aufwertung der Plätze in der Innenstadt, die so wieder erlebbar werden, wie z.B. durch einen ansprechenden Bodenbelag und Sitzgelegenheiten. Entsprechende Haushaltsanträge, die wir GRÜNE in den vergangenen Jahren bereits mehrfach gestellt haben, werden wir wiederholen.

Begrünung und insbesondere Bäume in der Stadt gewinnen in Zeiten des Klimawandels an Bedeutung, um für frische Luft und Schatten zu sorgen. Das gilt insbesondere in den Fußgängerbereichen der Innenstadt. Das von uns initiierte Bürgerbegehren „Grüner Platz am Theater“ zeigt, dass diese Vorstellungen mittlerweile von der Mehrzahl der Stadtbevölkerung geteilt werden. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass der Kardinal-Faulhaber-Platz nach den Vorgaben des Bürgerentscheids zeitnah umgestaltet wird.

Entwicklung des Hublands

Die Landesgartenschau 2018 auf dem Hubland (die Bewerbung erfolgte auf Antrag unserer Stadtratsfraktion) war Motor und Garant für die Planung und Entwicklung eines neuen, lebendigen Stadtteils für ca. 4.000 Einwohner*innen, mit großzügigen Grünflächen und vielfältigem Raum für Wohnen, Arbeiten, Forschen, Studieren und Erholen. Wir GRÜNE unterstützen und fördern die

weitere Entwicklung und werden auch die weitere, noch nicht abgeschlossene Umsetzung begleiten. Dabei muss das Niveau und der Anspruch der Planung am Hubland beibehalten werden. Von besonderer Bedeutung ist für uns GRÜNE, bei der Neuplanung am Hubland neue Standards einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung zu initiieren, umzusetzen und zu erproben – auch als Modell zur Übertragung auf andere Bereiche der Stadt.

Zentrale Achse der Stadtentwicklung: Nürnberger Straße - Bahnhof - Frankenhalle

Eine zentrale Achse der Stadtentwicklung liegt entlang der Eisenbahnstrecke durch die Stadt, die Würzburg mit Nürnberg und Frankfurt verbindet. Diese Achse ist zugleich auch eine wichtige Frischluftschneise und ebenfalls hier liegt der Lauf von Pleichach/-Quellenbach, dessen Renaturierung wir umsetzen wollen. Obwohl hier in

den letzten Jahren bereits Hotel-turm, Forum und das Studentenwohnheim an der Grombühlbrücke entstanden sind, ist das Potential dieser Flächen inmitten Würzburgs für die Stadtentwicklung bei weitem noch nicht ausgeschöpft:

Faulenbergkaserne

Die Entwicklung der seit Jahren brachliegenden Faulenbergkaserne an der Nürnberger Straße ist zügig voranzutreiben. Nach dem Vorbild der Entwicklung am Hubland ist der Kauf des Geländes durch die Stadt Würzburg anzustreben. Der bestehende Masterplan ist dahingehend zu überarbeiten, dass neben Gewerbe hier auch Wohnnutzungen untergebracht werden sollen. Beim Umbau der Faulenbergkaserne soll außerdem eine soziokulturelle Nutzung berücksichtigt werden. Zur Erschließung ist die konkrete Planung einer Straßenbahn durch die Schweinfurter und Nürnberger Straße mit Abzweigen nach Versbach und Lengfeld aufzunehmen und auf einen neuen

Eisenbahn-Haltepunkt im Bereich der Faulenbergkaserne hinzuwirken. Wir setzen uns für ein autofreies Musterquartier ein, wie es auch in vielen anderen Städten auf Konversionsflächen verwirklicht wurde.

Multifunktionshalle

Der Bau der Multifunktionshalle an der Grombühlbrücke wird von uns unterstützt. Die Halle erweitert das Veranstaltungsangebot für Würzburger*innen und Besucher*innen in attraktiver Lage in der Nähe von Innenstadt und Hauptbahnhof. Dieser zentrale Standort bietet die Chance, dass Veranstaltungen mit dem ÖPNV erreicht werden können. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass attraktive Angebote des öffentlichen Nahverkehrs im Zusammenhang mit Veranstaltungen bereitgestellt werden, um die verkehrlichen Belastungen durch die neue Halle möglichst gering zu halten.



Die Planung für eine barrierefreie Straßenbahnhaltestelle ist wieder aufzunehmen und zügig umzusetzen. Der Busbahnhof muss zeitgerecht und barrierefrei umgestaltet werden. Dazu ist eine Entlastung von der heutigen Fahrtenanzahl und Aufenthaltsdauer der Busse erforderlich. Zu einer modernen Verkehrsdrehscheibe gehören Verknüpfungen zu Angeboten von Carsharing, Autovermietung, Fahrradverleih und Taxi.

Gleichzeitig soll das Umfeld des Hauptbahnhofes städtebaulich aufgewertet werden, wobei die Schonung des Ringparks selbstverständlich sein sollte. Darüber hinaus wollen wir, dass längerfristig Vorschläge zur Attraktivierung aus dem Ringparkpflegewerk umgesetzt werden. Wir haben erfolgreich darauf hingewirkt, dass der Quellenbach zwischen Grombühlbrücke und Bahnhof freigelegt wird und die Pleiach im Bereich von Europastern bis Grombühlbrücke renaturiert wird.

Verkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof

Der Hauptbahnhof und sein unmittelbares Umfeld sollen den Anforderungen an eine moderne Mobilitätsdrehscheibe entsprechen, bei der die verschiedenen Verkehrsmittel opti-

mal verknüpft werden. Die Chance, zusätzlichen Regionalverkehr durch die dauerhafte Nutzung von Gleis 1 aufzunehmen, darf nicht kurzfristig verspielt werden. Wir setzen uns am Hauptbahnhof für ein Fahrradparkhaus nach niederländischem Vorbild für mindestens 5.000 Fahrräder ein.

Bismarckquartier

Wir unterstützen grundsätzlich die Idee, auf dem ehemaligen Postgelände an der Bismarckstraße neue Wohnungen und Einzelhandelsflächen zu entwickeln. Das vorliegende Konzept muss jedoch grundlegend überarbeitet werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine konsequente Prüfung der Höhenentwicklung in Bezug auf Störungen der Frischluftschneisen.
- » die Einhaltung der Quote von 30 % gefördertem Wohnraum, wie es auch bei allen anderen größeren Wohnungsbauvorhaben vorgeschrieben ist.
- » die Nutzung der Einzelhandelsflächen vor allem für die Nahversorgung, die insbesondere von den Nutzer*innen

des ÖPNV und der Bahn in Anspruch genommen wird.

- » eine Ausrichtung des Verkehrskonzepts, das auf die fußläufige Nähe der Innenstadt und eine optimale Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel setzt. Entsprechend ist zur Entlastung des Quartiers vom Verkehr die Zahl der PKW-Stellplätze drastisch zu begrenzen und stattdessen muss für die Bewohner*innen das Carsharing-Angebot erweitert werden.

Die wegfallenden Posthallen bieten ein wichtiges Angebot an kulturellen Veranstaltungen abseits vom Mainstream. Wir sehen Investor und Stadt in der Pflicht, die Schaffung von Alternativen zu unterstützen.

Weitere Achse bis zum Alten Hafen

Im weiteren Verlauf der Achse stehen aktuell Neuplanungen als Ersatz für das Eon-Hochhaus in der Bismarckstraße und zur Nutzung der Frankenhalle an. Wir streben eine weitere Attraktivierung des Kultur- und Veranstaltungsquartiers am Alten Hafen an. Die klimatischen und verkehrlichen Auswirkungen dieser Entwicklungen sind gesamtheitlich zu untersuchen und zu bewältigen. Die Reduzierung und Neuordnung von Fahrspuren in der Veitshöchheimer Straße ist zu untersuchen.

Universitätsklinikum

Die Hochschulen und die Universitätskliniken sind die größten Arbeitgeberinnen Würzburgs. Sie sind bestimmend für die wirtschaftliche Entwicklung und das geistige Klima der Stadt. Das Universitätsklinikum sichert die medizinische Versorgung für Stadt und Region auf höchstem Niveau. Dieses plant eine Erweiterung in Grombühl nach Norden im

Anschluss an ZIM und ZOM in Form eines Neubaus der Kopfklinik und eines Mutter- und Kind-Zentrums. Wir werden diese Entwicklung wohlwollend begleiten. Dieses Vorhaben unterstreicht auch die Bedeutung der Erweiterung der Straßenbahn in Grombühl, um die Erreichbarkeit der Kliniken sicherzustellen und die verkehrlichen Belastungen in den angrenzenden Stadtteilen zu begrenzen.

STADTGRÜN UND SCHÜTZENSWERTE STADTRÄUME

Grüne Oasen in Würzburgs Asphalt- dschungel sind nicht einfach nur schön anzusehende Grünflächen. Im Zeitalter des Klimawandels übernehmen sie auch immer wichtiger werdende Funktionen, wie die Verbesserung des Stadtklimas durch die Sicherstellung von Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten. Sie sind Lebensräume für

Pflanzen und Tiere und tragen so zur ökologischen Vielfalt in der Stadt bei. Den Menschen in Würzburg bieten Parks, Bäume, Grün- und Freiflächen Raum zur Erholung und Bewegung, insbesondere aber auch einen Schutzraum vor der zunehmenden Hitze. Grünflächen und auch Wasserflächen wie der Main und die Bäche im Würzburger Stadtgebiet können den Folgen des Klimawandels entgegenwirken. Daher ist es von besonderer Bedeutung, nicht nur unsere grünen Oasen in der Stadt zu erhalten, sondern auch neue Potentiale von Stadtgrün für eine klimagerechte Stadtentwicklung zu nutzen.

Wir Würzburger GRÜNE verfolgen diese Ziele:

» Bei der Erstellung des neuen Flächennutzungsplans muss die Stärkung der Grünfunktionen ein zentrales Ziel sein.

- » Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete sowie Flächen, die für die Wassergewinnung zu schützen sind, müssen von Bebauung freigehalten werden (z.B. der Rotkreuzhof).
- » Der Lebensraum des vom Aussterben bedrohten Feldhamsters muss konsequent von Bebauung freigehalten werden.
- » Die Bäche im Stadtgebiet sind zu renaturieren, beginnend mit der Pleichach/Quellenbach zwischen Europastern und Bahnhof. Ihre Uferbereiche sind freizuhalten und zu schützen.
- » Das auf Antrag der GRÜNEN erstellte Pflegewerk für den Ringpark ist Stadtrat und Öffentlichkeit vorzustellen und zur Weiterentwicklung des Parks umzusetzen.

- » Nach dem Vorbild von Kardinal-Faulhaber-Platz und Mainkai sind weitere Plätze umzugestalten und Bäume dort in die Stadt einzubringen (z.B. am Bruderhof und in der Plattnerstraße).
- » Vorhandene Bäume müssen besser geschützt werden – in Bebauungsplänen, bei privaten Baumaßnahmen und beim städtischen Straßenbau.
- » Ergänzend sind Programme zur Fassaden- und Dachbegrünung aufzulegen, z.B. durch Förderung privater Vorhaben, Ermittlung geeigneter städtischer Gebäude und Berücksichtigung bei Neubaumaßnahmen (wie erstmals auf Antrag der GRÜNEN beim neuen Quellenbachparkhaus).

WOHNEN IN WÜRZBURG

Würzburg als urbanes und wirtschaftliches Herz Mainfrankens übt eine hohe Anziehungskraft auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aus. Viele Menschen haben den Wunsch, möglichst nahe am Arbeitsplatz, an Ausbildungsstätten, der Kita, oder auch an Kultur- und Freizeitangeboten zu leben, um durch kurze Wege Verkehr und Zeitverluste zu vermeiden. Auch wenn die daraus resultierende steigende Nachfrage an Wohnraum Ausdruck der besonderen Attraktivität von Würzburg ist, ist diese gleichzeitig eine große kommunale Herausforderung. Kernaufgabe der städtischen Wohnungspolitik ist es, zunehmendem Wohnraumangel und steigenden Mietpreisen entgegenzuwirken – und zwar mit der Bereitstellung von attraktiven, bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnungsangeboten für alle Würzburger*innen und die, die es noch werden wollen.



Foto von Massimo Santi/Shutterstock.com

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnraum ist ein Menschenrecht und bedeutet auch, in Würde zu leben. Demgegenüber steht die beunruhigende Entwicklung, dass Wohnraum zur schönen Kapitalanlage reduziert und als Luxusgut gehandelt wird. Wohnraum darf in Würzburg kein Luxus sein.

Wir brauchen günstigen Wohnraum, den sich auch Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, ältere Menschen mit niedriger Rente und Studierende leisten können. Dafür müssen sinnvolle Rahmenbedingungen zum Bau und zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Stadtgebiet geschaffen werden. Dies kann nur in enger Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stadtbau Würzburg GmbH und den anderen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften in der Stadt geschehen.

Die Stadtbau Würzburg GmbH ist aufgefordert, weiterhin neuen Wohn-

raum zu schaffen und günstige Mietpreise anzubieten, wodurch sie zugleich einen Beitrag zur Dämpfung der Miethöhe in Würzburg leistet. Werden größere Neubauprojekte ab 25 Wohneinheiten von privaten Investor*innen finanziert, setzen wir uns für die konsequente Durchsetzung der vom Stadtrat beschlossenen Mindestquote von 30 % gefördertem Wohnungsbau ein. Diese Mindestquote muss regelmäßig überprüft und bei Bedarf auch erhöht werden. Darüber hinaus ist die

Stadt angehalten, eigenes Bauland bevorzugt zu günstigen Preisen an gemeinnützige Träger zu vergeben.

In Zusammenarbeit mit der Stadtbau Würzburg GmbH wollen wir eine zentrale Stelle für Wohnraumhilfe aufbauen, die allen Wohnungssuchenden, die aus vielfältigen Gründen mit Problemen bei der Wohnungssuche kämpfen, Beratung und Hilfe anbieten kann.



Illustration von Sandra Vorlova

Klimafreundlich

Da der Klimawandel mit seinen gravierenden Folgen auch vor Würzburg nicht Halt macht, müssen wir ihn in allen Bereichen der Stadtpolitik mitdenken, und somit auch in der Wohnungspolitik. Der Klimaschutz muss sowohl bei der Gestaltung gesamter Stadtviertel oder Quartiere, als auch in Bezug auf Gebäude an sich vorangebracht werden.

Viele Gebäude in Würzburg sind nach wie vor schlecht gedämmt, haben veraltete Heizsysteme und schöpfen ihre Potentiale bei der Solarenergie nicht aus. Neben einer Kampagne, die Wohnungseigentümer*innen über bestehende Förderprogramme für die energetische Sanierung ihrer Gebäude informiert, wünschen wir uns, dass die Stadtbau Würzburg GmbH eine Vorreiterrolle bei der energetischen Sanierung von Altbauten einnimmt. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist der Klimaschutz angemessen zu berücksichtigen. Bei privaten Investor*in-

nen dürfen die Renditeerwartungen von Wohnprojekten nicht zu Lasten ökologischer Standards gehen.

Wir befolgen den GRÜNEN Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“. Chancen, noch neues Bauland im größeren Stil zu erschließen, sehen wir insbesondere auf dem Areal der ehemaligen Faulenbergkaserne an der Nürnberger Straße. Arrondierungen bestehender Stadtteile können wir uns vorstellen. Darüber hinaus lässt sich weiterer Wohnraum im Stadtgebiet durch Nachverdichtung in bestehenden Stadtvierteln, durch Aktivierung von Leerständen, und durch Geschossaufstockungen - auch für innerstädtische Gewerbeimmobilien - schaffen. Stellplatzforderungen dürfen der Nachverdichtung nicht im Wege stehen. Im Hinblick auf den Klimawandel müssen dabei immer die Grünbilanz der Stadt und der Einfluss sowohl auf Frischluftschneisen als auch auf Kaltluftentstehungsgebiete zentrale Punkte bei der Bewertung von Bauvorhaben sein, neben

den Interessen der Nachbar*innen und dem Einfluss auf das Stadtbild.

Sozial und multifunktional

Um einer sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft durch eine schlechende Entwicklung zu einkommensstarken und einkommenschwachen Vierteln entgegenzuwirken, wollen wir eine soziale, kulturelle und altersspezifische Durchmischung von Wohnen und Leben in Würzburg, und damit den sozialen Frieden und Verständnis füreinander fördern. Beim Neubau von Wohnungen müssen neben Singles, Paaren mit und ohne Kindern, Ein-Eltern-Familien und Senior*innen auch unterschiedliche Arten von Wohngemeinschaften berücksichtigt werden. Dazu gehören Wohnprojekte für Senior*innen und Ein-Eltern-Familien, neben barrierefreiem und auch generationenübergreifendem Wohnen. Auch hier sehen wir die Stadtbau Würzburg GmbH in der Pflicht, bei ihren Wohnraumplanungen die beschriebenen

sozialen Aspekte mitzudenken. Grundsätzlich muss sowohl Neubau als auch bestehender Wohnraum barrierefrei gestaltet werden.

Neu zu planende Quartiere brauchen daher flexible und vielfältige Gebäudestrukturen, mit Begegnungsräumen und öffentlichen Mittelpunkten sowie angegliederten Gewerberäumen. Es kann beim Wohnungsbau nicht nur darum gehen, wie viele Wohneinheiten auf ein Grundstück passen, sondern wie über eine Quartiersbildung die Lebendigkeit und Lebensqualität in der Stadt erhöht werden kann.

Gute Infrastruktur

Zu einer attraktiven Infrastruktur gehören Einkaufsmöglichkeiten in erreichbarer Nähe, die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr, Kindergärten und Schulen. Im Wohnumfeld sollte es ausreichende Grünflächen, Spielplätze und Begegnungsräume für Jung und Alt geben. Die Schaffung neuer

Wohngebiete, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen können, lehnen wir ab. Ein Zerfasern der Natur werden wir vermeiden.

Eine innovative GRÜNE Wohnungspolitik verzahnt grundlegende Aspekte der Stadtentwicklung mit dem dringlichen Klimaschutz und einer lebendigen Sozialplanung.

- » Wir Würzburger GRÜNE verfolgen in der Wohnungspolitik folgende Ziele:
- » Eine konsequente Einhaltung der Quote von mindestens 30 % gefördertem Wohnungsbau in der städtischen Bauleitplanung muss gewährleistet sein.
- » Bei Neubau und Sanierungen müssen Energieeinsparung, Barrierefreiheit und eine flexible Wohnraumgestaltung im Vordergrund stehen.

» Die Stadtbau Würzburg GmbH als wichtigstes Instrument städtischer Wohnungspolitik ist angehalten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die energetische Sanierung von Altbauten voranzutreiben und den sozialen (Wohnraum) Frieden in der Stadt mitzudenken.

- » Der Neubau von Mehrgeschosswohnungen mit angemessener Nachverdichtung hat Priorität.
- » Bei der Bewertung von Bauvorhaben sind Grünbilanz und die Erhaltung von Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten zentrale Punkte.
- » Eine gute Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Schaffung neuer Wohngebiete.

STADTTEIL-ENTWICKLUNG

Zu einem lebendigen Stadtteil gehört es, dass dort Menschen unterschiedlichster Hintergründe und Lebenssituationen wohnen. Alt neben Jung, Arm neben Reich, Migrant*innen neben Einheimischen. In der Regel identifizieren sich die Bewohner*innen mit ihrem Stadtteil. Ein hohes Identifikationspotential haben insbesondere die in den 70er Jahren eingemeindeten Stadtteile Würzburgs, deren Zentren gestärkt werden sollten. Der Ortskern von Heidingsfeld wird gerade aufgewertet, wie dies auch in der Zellerau geschehen ist. In dieser Weise sollte weiter verfahren werden.



Karte basiert auf Grafik von Ingo Menhard/Shutterstock.com

Jeder Stadtteil sollte sowohl für sich alleine lebensfähig, als auch attraktiv an die Innenstadt angeschlossen sein, wozu eine gute und umfassende Infrastruktur benötigt wird.

Im Stadtteil Hubland ist auf vorbildliche Weise im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2018 ein neuer Stadtteil entstanden, der über Einkaufsmöglichkeiten, Wohnbebauung, Kultureinrichtungen und Arbeitsplätze verfügt.

Ziel ist es, diesen wie auch die anderen äußeren Stadtteile durch ein effektives, dichtes und tariftransparentes Nahverkehrsnetz

noch besser untereinander und an das Zentrum anzubinden. Dabei gilt es, Haltestellen sinnvoll zu verteilen und sie fußläufig erreichbar und barrierefrei nutzbar zu machen. Alle Stadtteile sollten durch sichere Radwege bzw. Radstreifen miteinander und mit der Innenstadt verbunden werden. Ebenso sind in den Stadtteilzentren Tempo 30-Zonen festzulegen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in allen Stadtteilen:

- » fußläufige Einkaufsmöglichkeiten zur Grundversorgung erhalten bleiben oder, wo nicht vorhanden, entstehen. Dies könnte entweder durch Markttag mit regionalen Gemüse- und Metzgerwagen oder kleine Allround-Läden wie in Oberdürrbach verwirklicht werden.

- » Quartiersmanager als kontinuierliche Ansprechpartner*innen für alle anfallenden sozialen Anfragen und Aufgaben präsent sind.
- » die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Stadtteilforen, wie sie vom Stadtjugendring (SJR) praktiziert wird, weiter unterstützt wird.
- » Grundschulen erhalten und Kitas ausgebaut werden.
- » Grünanlagen und Spielplätze/Skateranlagen in ansprechendem Zustand angelegt und unterhalten werden.
- » eine ärztliche Grundversorgung gewährleistet ist.
- » Jugendliche sich in öffentlichen Räumen treffen können.

- » in verkehrsberuhigten Bereichen und weitläufigen Wohngebieten Ruhebänke aufgestellt werden.
- » Unterstützungs- und Betreuungsangebote für Senior*innen bereitgestellt werden – z.B. durch Nachbarschaftshilfe.
- » wohnortnaher Breitensport unterstützt wird.
- » die Einwohner*innen in relevante Planungsprozesse rechtzeitig eingebunden werden, wie es etwa bei der Bürger*innenbeteiligung zum neuen Flächennutzungsplan umgesetzt wurde.

BARRIEREFREIE STADT

Barrierefreiheit ist als Begriff und als Wirklichkeit zunehmend in der Stadt angekommen. Barrierefreiheit ist aber mehr als die Rampe vor einem

Eingang: Bauen muss die Bedürfnisse von sinnesbeeinträchtigten Menschen ebenso berücksichtigen, wie z.B. Mobilität und verständliche Kommunikation. Dazu gehören auch niedrigschwellige Angebote analog wie digital, die allen nutzen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns für folgende Schwerpunkte auf dem Weg zur Barrierefreiheit ein:

- » die Schaffung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum unter Berücksichtigung gemischter Quartiere.
- » eine konsequente barrierefreie Gestaltung von Wegen, Plätzen und Fußgängerzonen samt anliegenden Eingängen unter Berücksichtigung von Leitsystemen.

- » eine barrierefreie Gestaltung von Mobilität - insbesondere bei Bussen und Straßenbahnen: endlich das Umfeld des Hauptbahnhofs barrierefrei sanieren, insbesondere Busbahnhof und Straßenbahnanschluss.

DIE DIGITALE STADT

Digitale Technologien und die dadurch möglichen Produkte und Dienste verändern unser Zusammenleben in schwer vorstellbarer Geschwindigkeit.

Wir Würzburger GRÜNE möchten durch die Digitalisierung in Würzburg:

- » Teilhabe und Demokratie stärken.



Foto von Benita Stolz

- » Grundlagen für Kreativität, Innovation und Gründung verbessern.
- » unsere Stadt bürger*innen-freundlicher machen.
- » Inklusion durch eine barrierefreie Digitalisierung fördern.

Um das zu erreichen, wird sich unsere Stadtratsfraktion in ihren Entscheidungen von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

Digitales Know-how

Digitale Beteiligungsformate erfordern eine offene Kultur gegenüber Veränderungen, Anwendungswissen und ganz besonders Medienkompetenz. Dies kann die Stadt weder verordnen, noch genügt es, diese Themen nur in der Schule zu behandeln. Im Stadtrat haben wir die Möglichkeit, lokale Initiativen zu fördern und zu vernetzen. Wir wünschen uns eine Stadt, die Repair-Cafes, Hackerspaces und niederschweligen Kon-

ferenzen wie der Würzburg Web Week oder anderen mitunter neuen Formaten Raum gibt.

Digitale Infrastruktur

Während Land und Bund versuchen, die vielen „weißen Flecken“ auf dem Land an das 50-MegaBit-Internet anzuschließen, müssen wir in Würzburg mit Genehmigungs- und Ausbauplänen bereits das Gigabit-Zeitalter dringend in den Blick nehmen. Die Stadt kann dabei helfen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die bestehenden Förderprogramme in zukunftsfähige Infrastruktur (Glasfaser) nutzbar gemacht werden.

Digitale Demokratie

Die Visionen von grenzenloser Demokratie in Verbindung mit der weltweiten Vernetzung sehen viele heute nicht mehr so euphorisch wie noch zur Anfangszeit des Internets. Dennoch sind die Möglichkeiten für mehr Demokratie durch digitale und mobile Vernetzung heute größer als je zuvor. Wir wollen z.B. durch On-

line-Plattformen eine frühe und unkomplizierte öffentliche Beteiligung ermöglichen. Dadurch kommen Bürger*innen und Stadtverwaltung enger zusammen und können wichtige Verbesserungen schneller realisieren. Der Stadtrat soll transparenter werden. Daher setzen wir uns für die Live-Übertragung und Abrufbarkeit aller Stadtrats- und Ausschuss-Sitzungen im Internet ein.

Digitale Bürger*innendienste

„Digitale Verwaltung“ gibt Bürger*innen die Möglichkeit, Behördengänge bequem und zu jeder gewünschten Zeit zu erledigen. Wir möchten, dass die Stadt Würzburg unter Wahrung des Datenschutzes ihr Angebot an online zugänglichen Verwaltungsvorgängen ausweitet und diese Angebote möglichst einfach zugänglich und bediener*innenfreundlich gestaltet, um persönliche Behördengänge auf ein unerlässliches Minimum zu reduzieren. Da einheitliche Lebensvorgänge oft verschiedene Verwaltungsebenen betreffen, ist

eine Vernetzung mit anderen Behörden anzustreben.

Digitale Bürger*innenrechte

Wir GRÜNE sehen Datenschutz und Datensicherheit als unbedingte Voraussetzung für Demokratie und eine freie Gesellschaft. Wir sind überzeugt von der Vereinbarkeit komfortabler, digitaler Dienste und informationeller Selbstbestimmung. Wir wollen die Rechte der Menschen in Würzburg bei den großen anstehenden Veränderungen konsequent mitdenken und unsere offene Gesellschaft damit langfristig sichern.

Die Stadt Würzburg soll sichere eigene Portale und Online-Angebote aufbauen. Bestehende kommerzielle Plattformen sind in der Vergangenheit wiederholt durch die Missachtung von Datenschutz und Datensicherheit aufgefallen. Für digitale Zusammenarbeit und Beteiligung sollte die Stadt jedoch dort vertreten sein, wo sich die Menschen im digitalen Raum aufhalten. Dies

sind derzeit meist geschlossene Social-Media-Plattformen. Deshalb sind wir für einen Ausbau der Aktivitäten unserer Stadtverwaltung auf diesen Kanälen unter der Bedingung, dass offene und sichere Kanäle gleichzeitig aufgebaut und unterhalten werden, die mindestens die Social-Media-Informationen und Funktionen spiegeln. Während mittel- und langfristig sichere Alternativen zu den herkömmlichen Plattformen getestet werden sollen, fordern wir, dass die Stadt Würzburg schnellstmöglich verschlüsselte E-Mail-Kommunikation anbietet.

OPEN SOURCE

Wo möglich, soll in städtischen IT-Projekten Open Source-Software bevorzugt werden.

OPEN DATA

Der Zugriff auf städtische Daten soll für unsere Bürger*innen von der Ausnahme (auf Antrag) zur selbstverständlichen, einfachen Möglichkeit werden. Digitale Dienste leben von

Daten, die wir auch in unserer Stadt erzeugen. Sofern diese Daten nicht personenbezogen sind, sollten diese frei verfügbar sein. Dies ermöglicht einerseits neue Anwendungen beispielsweise im Verkehrssektor, zum anderen erhöht es aber auch die Transparenz bei Messwerten von Wasserqualität und Umweltfaktoren.

TRANSPARENTE STADTPOLITIK UND BÜRGERBETEILIGUNG

Eine bürger*innenfreundliche Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass sie proaktiv über neue Entwicklungen informiert und die Beteiligung aller Bürger*innen an Entscheidungsprozessen ermöglicht.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Darstellung möglichst vieler Informationen in verständlicher Sprache.
- » die barrierefreie Erweiterung des Bürger*innen-Informationssystems durch die Komponente „leichte Sprache“, damit der Zugang zu den städtischen Leistungen für alle Bürger*innen gewährleistet ist.
- » die Aufnahme eines Hinweises zur barrierefreien Erreichbarkeit der Rathausdienststellen ins Infoportal.
- » eine frühzeitige Information und Beteiligung der Stadtgesellschaft in den Planungsstadien für öffentliche Baumaßnahmen, Änderungen der Verkehrsführung, des Flächennutzungsplans und bei

anderen Großvorhaben seitens der Stadt. Die jeweiligen Ergebnisse der Bürger*innen-Beteiligung sollen zeitnah veröffentlicht und im Planungsprozess nachvollziehbar berücksichtigt werden.

- » eine nachvollziehbare Kommunikation von Entscheidungen zu öffentlich und nicht öffentlich behandelten Stadtratsthemen.

UNSERE STADT MITTEN IN EUROPA

Als weltoffene Stadt mit 12 Partner- und Freundschaftsstädten, die meisten davon in Europa, ist Würzburg gut vernetzt. Veranstaltungen wie der Frühling International oder auch Bürger*innen-Reisen schaffen wertvolle Kontakte. Sie unterstreichen das große Interesse der Würzburger*innen an der Lebenswirklichkeit der Partnerstädte und die Bereitschaft,

solidarisch Projekte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse wie z.B. in Mwanza/Tansania mitzutragen. Wir GRÜNE begrüßen das Engagement der in den Partnerschafts-Komitees engagierten Bürger*innen sowie die städtischen Fördermaßnahmen zur Begegnung durch das Büro Würzburg International.





MOBILITÄT

VERKEHRSRAUM NEU DENKEN

Menschen brauchen Mobilität. Mobilität bedeutet Freiheit. Wir alle wollen zum Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gelangen, Besorgungen erledigen oder Freizeit- und Reiseziele erreichen. Es ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge, Mobilität so zu organisieren, dass sie für alle möglich ist. Und zugleich werden wir unserem großen Ziel Klimaschutz nicht näherkommen, wenn Mobilität nicht klimafreundlich umgestaltet wird.

Noch immer steht das Auto im Zentrum der städtischen Verkehrsplanung. Unerwünschte Kehrseite der heutigen Form von Mobilität sind nicht nur Lärm, Abgase und Feinstaub aus Verbrennungsmotoren und Abrieb von Reifen und Bremsen. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) beansprucht darüber hinaus erheblichen öffentlichen Raum, sowohl für Fahrbahnen als auch zum Parken.

Die Verkehrsflächen nehmen Aufenthaltsqualität, vielbefahrene Straßen zerschneiden Stadtteile. Die Dominanz des Autoverkehrs schränkt diejenigen ein, die mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind oder hält sie sogar davon ab, weil ihnen der motorisierte Verkehr unangenehm oder zu gefährlich ist. Nutzer*innen von Bussen stecken in der Hauptverkehrszeit im Autostau fest. All das zeigt: Es ist nicht damit getan, umweltfreundlichere oder klimaneutrale Antriebe voranzubringen. Die Probleme des Autoverkehrs bestehen auch fort, wenn Privat-PKW in der Zukunft vollständig elektrisch oder mit Wasserstoff angetrieben werden. Wir müssen vielmehr Verkehrsflächen gerechter verteilen, so dass heute von Autos genutzter Raum umgewidmet wird zugunsten von ÖPNV und Radverkehr, Fußgänger*innen mehr Platz gegeben und neue Aufenthaltsräume und begrünte Flächen statt Parkplätze in der Innenstadt geschaffen werden.

Mit diesem Leitbild stehen wir GRÜNE nicht alleine. In dem von uns GRÜNEN initiierten Bürgerentscheid „Grüner Platz am Theater“ hat Würzburgs Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht, dass sie in unserer Stadt eine Verkehrswende anstrebt. Der vom Aktionsbündnis „Verkehrswende jetzt“ nach dem Vorbild von München initiierte „Radentscheid“ war bereits nach wenigen Tagen so erfolgreich, dass der Stadtrat die Forderungen übernahm. Bei den Maßnahmen für eine klima- und menschengerechte Mobilität der Zukunft wird Folgendes zu unterscheiden sein: Für kurze Wege in der Stadt stellt für sehr viele Menschen das Fahrrad die bequeme und schnelle Alternative dar. Für die entfernteren Stadtteile und stadtnahen Randgemeinden kann die neue Fahrzeugklasse der Elektrozweiräder und Pedelecs zu einer deutlichen Reduzierung des Autoverkehrs beitragen. Für die Pendler*innen aus der Region liegt das Rückgrat der Mobilität im ÖPNV.

Die Kombination aus einem gut ausgebauten ÖPNV, einem bequemen und sicheren Radverkehrsnetz und – als Ergänzung – einem deutlich gesteigerten Angebot von Carsharing, Leihrädern und Taxis macht es möglich, ganz ohne eigenes Auto mobil zu sein. Diese Angebote müssen so verknüpft und einfach benutzbar sein, dass sie für viele Menschen ebenso schnelle und dazu preisgünstige Mobilität erlauben.

Wir GRÜNE sagen daher: Wir brauchen eine 180-Grad-Wende für den Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Zufußgehen). Unser Versprechen: Jeder Mensch soll auch ohne eigenes Auto mobil sein können.

Wir Würzburger GRÜNEN wollen bis 2030:

- » die Zahl der Fahrgäste im Öffentlichen Verkehr mindestens verdoppeln.

- » den Anteil des Autoverkehrs in der Stadt halbieren.
- » den Anteil des Radverkehrs verdoppeln.

Dafür gehen wir folgende Maßnahmen unverzüglich an:

- » Mehr Busse und Bahnen, günstige und verständliche Tarife sowie den zügigen Bau neuer Straßenbahnlinien.
- » Echte Radwege mit sicherer Kreuzungsführung, auf denen angstfreies Radfahren für alle möglich ist.
- » E-Bikes und Lastenräder müssen gefördert und bei allen Planungen bedacht werden.
- » Sichere und attraktive Fußwege schaffen, die auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität voll nutzbar sind.

ÖPNV – ZEIT ZUM UMSTEIGEN

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist die umweltfreundliche Basis und das Rückgrat des Mobilitätsangebots der Stadt Würzburg. Viele Menschen nutzen bereits regelmäßig den ÖPNV. Beispiele anderer Städte zeigen, dass die Zahl der Nutzer*innen durch den konsequenten Ausbau des ÖPNV noch wesentlich gesteigert werden kann. Einen deutlichen Wandel zur autoarmen Stadt wird es erst geben, wenn das Angebot des ÖPNV für Menschen attraktiver ist als das eigene Auto. Wir GRÜNE wollen die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV in Würzburg bis zum Jahr 2030 verdoppeln.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » einen dichten und leicht verständlichen Takt.
- » einen Abendtakt, der frühestens ab 20 Uhr gilt.
- » den Betrieb der Straßenbahnlinien 1, 2 und 3 am Abend, am Wochenende und in den Sommerferien.
- » Umsteigepunkte mit gesicherten Verbindungen.
- » ein Angebot, das auch verständlich über digitale Medien abrufbar ist.
- » barrierefreie Fahrzeuge und Haltestellen, die einen ansprechenden Komfort aufweisen.
- » geeignete P&R-Plätze, die zum Umsteigen einladen.

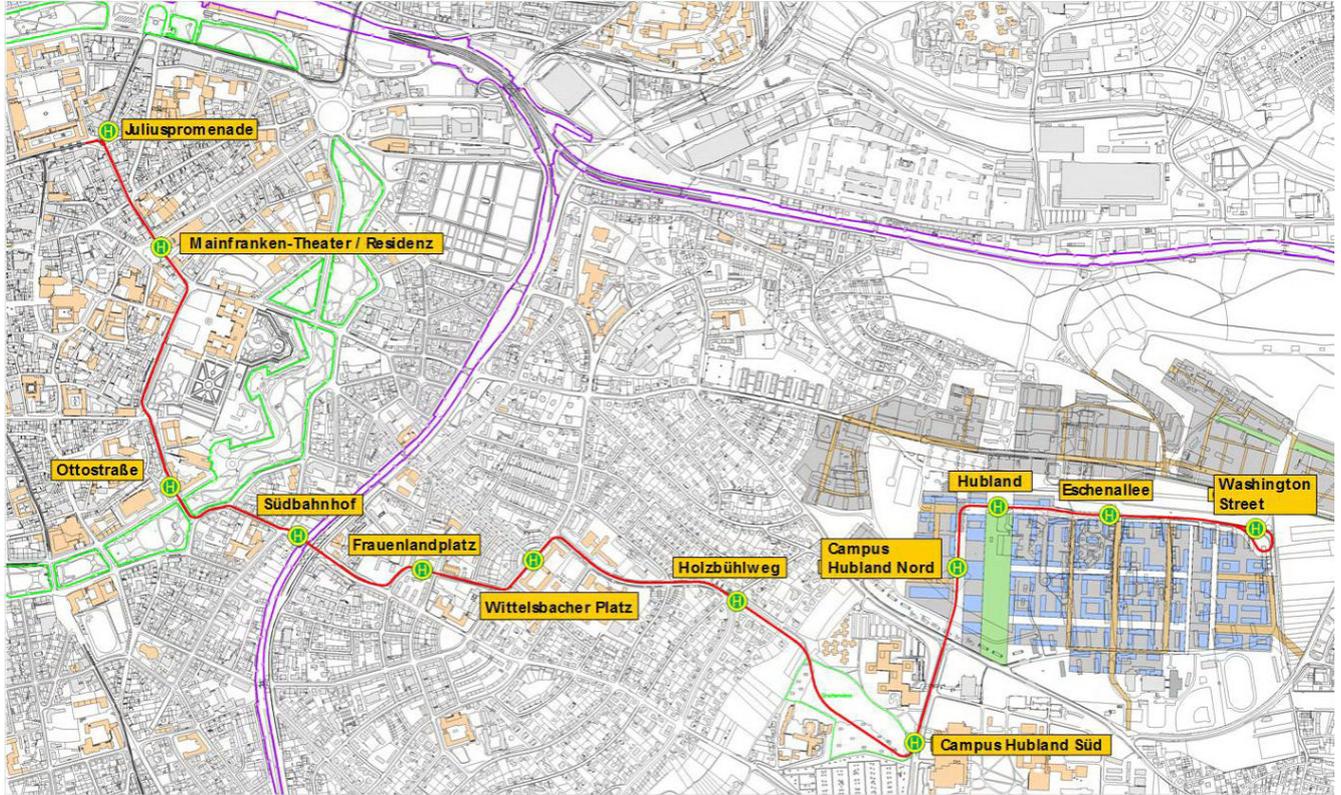
- » werbefreie Fenster in Bussen und Straßenbahnen. Werbung vermittelt unseren Fahrgästen einen geringen Qualitätsstandard und Fahrtkomfort.

Straßenbahn

Die Anbindung von Stadtteilen an das Straßenbahnnetz wertet diese Stadtteile deutlich auf. Auch müssen wesentliche öffentliche Einrichtungen, insbesondere die Universität Würzburg, gut mit der Straßenbahn zu erreichen sein. Die Fördermöglichkeiten sind so gut wie nie: Neue Straßenbahnstrecken werden im Moment mit 90 % von Land und Bund bezuschusst. Für die Straßenbahnlinie 6 hat der Stadtrat, auch auf Initiative der GRÜNEN Stadtratsfraktion, zudem eine Rücklage von bisher 17 Millionen Euro (Stand Juli 2019) gebildet. Für uns heißt das: Der in den vergangenen Jahrzehnten versäumte Ausbau der Straßenbahn muss jetzt schnellstmöglich nachgeholt werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » den sofortigen Bau der Straßenbahnlinie 6 durch das Frauenland zum Hubland mit Anbindung von Mainfrankentheater, Mozartareal, Residenz, Justizzentrum, Neuer Universität, einem Verknüpfungspunkt zur Eisenbahn am Südbahnhof, Erreichbarkeit der Schulen am Frauenlandplatz und am Wittelsbacher Platz sowie der Universitätseinrichtungen dort und am Hubland.
- » die schnellstmögliche Planung und den Bau der "Nordstraba" vom Berliner Ring über Schweinfurter Straße und Aumühle (mit P&R-Platz am Greinbergknoten), sowie Ästen nach Lindleinsmühle, Versbach und nach Lengfeld. Die Freihaltetrassen und groben Planungen sind bereits vorhanden und müs-



Quelle: WVV GmbH

sen jetzt rasch konkretisiert werden.

- » Straßenbahnplanungen, die eine riesige Wendeschleife zwischen Hauptbahnhof und Berliner Ring, die in den Ringpark eingreift, entbehrlich machen.
- » die Prüfung einer Querspange zwischen Sanderring und Ottostraße, um unter anderem auf Betriebsstörungen schneller reagieren zu können.
- » die Planung und den Bau einer Stadt-Umland-Bahn gemeinsam mit dem Landkreis. Dafür muss die kommunale Zusammenarbeit verstärkt und Freihaltetrassen verankert werden. Mit einer Überland-Straßenbahn können Gemeinden aus dem Ballungsraum ohne DB-Haltepunkt an die Schiene angeschlossen werden, wie

z.B. Höchberg/Waldbüttelbrunn/Kist entlang der B8/B27, Estenfeld/Kürnach entlang der B19, sowie Zell-/Margetshöchheim und Randersacker/Eibelstadt im Maintal.

- » einen höheren Komfort der Fahrzeuge einschließlich WLAN und Klimatisierung.
- » Rasengleise für Straßenbahntassen, wo dies möglich ist.

Bus

Bereiche der Stadt, die nicht oder noch nicht mit der Straßenbahn abgedeckt werden, müssen durch einen leistungsfähigen und möglichst schadstofffreien Busverkehr erschlossen sein. Die Stadtteile müssen miteinander verbunden sein. Wichtig ist auch der Ausbau und die bessere Vernetzung der Busverbindungen der Stadt Würzburg mit dem Umland. In Workshops zur Verbesse-



Foto von Yuri Turkov/Shutterstock.com

rung des Busnetzes haben die Bürger*innen sich im Herbst 2019 klar dafür ausgesprochen, die Takte der Busse zu verbessern und die Busse im Straßenverkehr durch eigene Spuren und Bevorrechtigung an Ampeln und mehr Platz im Straßenraum zu Lasten von Oberflächenparken zu beschleunigen. Wir GRÜNE werden uns für die Umsetzung dieser Maßnahmen einsetzen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » attraktive und übersichtliche Linienführungen, um neue Kund*innen für den ÖPNV zu gewinnen.
- » einfache und verständliche Fahrzeiten und dichte Taktungen.
- » den Einsatz komfortabler und im Sommer klimatisierter Fahrzeuge.

- » eine intelligente Verzahnung mit anderen Mobilitätsangeboten der Stadt Würzburg.
- » eine barrierefreie Neugestaltung des Busbahnhofs und die Schaffung weiterer Umsteigeknoten. Diese sollten insbesondere auch an stadtrandnah gelegenen Straßenbahnhaltestellen etabliert werden, um dort einen reibungslosen Umstieg aus den Bussen des Landkreises zu ermöglichen.
- » die Beschleunigung des Busverkehrs durch Markierung von Busspuren und Einrichtung von Ampelschaltungen mit Vorrang für den Busverkehr.
- » einen konsequenten und beschleunigten Ausbau barrierefreier Bushaltestellen bis 2026, um möglichst vielen Fahrgästen einen sicheren und fußläufigen Weg zu er-

möglichen. Für Bussteige, die im Zuge des barrierefreien Ausbaus noch verlegt werden können, müssen optimale Lösungen im Einzelfall getroffen werden.

- » umweltschonende Antriebstechnologien für Busse bei kommunaler Energieerzeugung.
- » überdachte Fahrradabstellanlagen an stark frequentierten Knotenpunkten
- » den Erhalt der bewährten städtischen Nachtbuslinie und die Schaffung weiterer Nachtlinien ins Umland

Bahn

Wir GRÜNE wollen die bestehenden Bahnverbindungen im Einzugsgebiet von Würzburg nutzen, um gemeinsam mit dem Freistaat und den Landkreisen eine S-Bahn Mainfranken zu verwirklichen. Damit wäre

komfortables Pendeln im 15-Minuten-Takt auch ins weitere Umland möglich. Es ist maßgeblich dem Einsatz der Stadtratsfraktion der GRÜNEN zu verdanken, dass der Bahnhof Haltepunkt Heidingsfeld-Ost wieder in Betrieb genommen und ein neuer Haltepunkt Heidingsfeld-West im Bereich Heriedenweg errichtet wird. Mit einer Stationsoffensive wollen wir das Stadtgebiet flächendeckend mit insgesamt 10 Haltepunkten ausstatten, darunter an Kulturspeicher, Faulenberg-Kaserne und Wöllrieder Höhe, sowie in der Sanderau und Heidingsfeld-Süd/-Randersacker. Der Hauptbahnhof muss zu einer modernen Verkehrsdrehscheibe ausgebaut werden.

Schaffung eines intelligenten und attraktiven Verkehrsverbundes

Großräumige Verbünde ermöglichen einen einfach nutzbaren ÖPNV, da die Nutzer*innen mit einem Ticket die gesamte Strecke zurücklegen

können. Leider werden die Potentiale in unserem Verbund VVM bisher nicht ausreichend genutzt. Pendler*innen- und Freizeitverkehre könnten in einem intelligenten Verbund auf den ÖPNV verlagert werden. Dazu braucht es eine bessere Koordination zwischen den Landkreisen und Verkehrsmitteln, ein besseres Angebot, einfachere Tarife und Marketing-Maßnahmen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Erweiterung des Verkehrsverbunds VVM (Bahn, Bus und Straßenbahn) um die Stadt Schweinfurt und die Landkreise Schweinfurt, Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und Haßberge - wie bereits in Vorbereitung - sowie zusätzlich im Süden bis nach Rothenburg/Ansbach, in den Raum Tauberfranken und den Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim.
- » attraktive Tarife, insbesondere günstige, verbundweit gültige Wochen-, Monats- und Jahrestickets.
- » die Einführung eines stark vergünstigten Tickets für Auszubildende, Schüler*innen und Freiwilligendienstleistende.
- » eine kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Menschen unter 18 Jahren.
- » ein Sozialticket etwa nach dem Vorbild von Aschaffenburg.
- » kurze und direkte Umsteigewege, sowie zeitnahe Verknüpfungen von Bussen und Bahnen in dichter Taktung.
- » spezielle Angebote für ältere Verkehrsteilnehmer*innen, die ihren Führerschein abgeben möchten, z.B. ein kostenfreies Jahresticket ÖPNV.

- » gezielte Angebote für Neubürger*innen (Zugezogene, Neugeborene und deren Eltern), um Mobilitätsroutinen im Umweltverbund zu fördern.
- » kostenlose Fahrradmitnahme in allen Verkehrsmitteln.
- » wir unterstützen auch Marketing-Aktionen wie kostenfreie Tage bei Festen und Veranstaltungen.

Neue Wege gehen, ökologisch und sozial - das Bürgerticket für Würzburg

Komplizierte und teure Tarife sind für viele ein Hindernis, den ÖPNV zu nutzen. Der ÖPNV soll allen zur Verfügung stehen, nach dem Motto „Einfach einsteigen und mitfahren“. Wir GRÜNE wollen daher an die positiven Erfahrungen mit dem Semesterticket anknüpfen und setzen uns langfristig für einen fahrscheinlosen,

abgabefinanzierten Nahverkehr in Würzburg und der Region ein. Sobald die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, wollen wir daher ein sogenanntes Bürgerticket in Würzburg einführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Würzburg auf Bundesebene als Modellstadt für die Erprobung des fahrscheinlosen Nahverkehrs bewirbt.

FAHRRADSTADT WÜRZBURG

Mit der richtigen Infrastruktur fühlen sich die Menschen sicher und fahren gerne Rad – erst dadurch beginnt der Wandel. Nur wo geschützte Radwege vorhanden sind, können alle Menschen aufs Fahrrad umsteigen und sich dabei sicher fühlen. Gegenwärtig ist es um Fahrradwege in Würzburg allerdings noch schlecht bestellt: Wo sie überhaupt vorhanden sind, sind sie häufig in schlechtem Zustand, viel zu eng, uneben,

voller Wurzelaufbrüche, im Winter nicht geräumt und dazu häufig zugeparkt und damit unbenutzbar.

In der laufenden Wahlperiode hat der Stadtrat nach langjährigem Bemühen der GRÜNEN Stadtratsfraktion ein Radwegekonzept beschlossen und ab dem Jahr 2018 auch die Haushaltsmittel für den Radverkehr deutlich erhöht. Das Konzept beinhaltet das Ziel, alle Stadtteile gut an die Innenstadt anzubinden.

Wir plädieren für eine Infrastruktur, die allen Verkehrsteilnehmer*innen Sicherheit und Komfort garantiert – Kinder, Familien und Rentner*innen ebenso wie für tägliche Pendler*innen, Gelegenheitsradler*innen und Sportler*innen: eine Infrastruktur, die so gut ist, dass sie ohne Benutzungspflicht angenommen wird.

Kernelemente dieser Infrastruktur sind geschützte Radwege, die auf viel befahrenen Straßen baulich vom motorisierten Verkehr getrennt sind.

Um komfortables und sicheres Fahren zu ermöglichen, erlauben sie es, nebeneinander zu fahren und zu überholen, ohne in den fließenden Kfz-Verkehr ausweichen zu müssen. Radwege müssen zudem für Liefer- und Lastenräder sowie Fahrradanhänger ausreichend Platz bieten.

Bei der Wartung und Instandhaltung muss die Radinfrastruktur die gleiche Priorität genießen wie Kfz-Straßen: Radwege müssen zeitnah von Schnee und Laub befreit werden, Schlaglöcher und Unebenheiten sind inakzeptabel. Baustellen müssen mit einer sinnvollen Verkehrsführung einhergehen, die auch Radfahrer*innen berücksichtigt. Wo es nicht durch bauliche Maßnahmen verhindert wird, müssen Polizei und Ordnungsamt sicherstellen, dass Radwege nicht als Parkflächen missbraucht werden.

Mit dem Radentscheid hat der Stadtrat als Ziele festgelegt, sichere, breite und komfortable Radwege, ein

durchgängiges Radvorrangnetz, freie Sichtbeziehungen an Kreuzungen und Einmündungen sowie mehr Fahrradparkplätze zu schaffen und diese Maßnahmen bis 2025 weitgehend umzusetzen, und zwar vorrangig durch Umwidmung von Flächen für den fahrenden oder ruhenden PKW-Verkehr. Wir werden uns nachdrücklich für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen, insbesondere auch durch die Bereitstellung des dafür erforderlichen Personals.

Unser Ziel ist der fahrradfreundliche Umbau der Stadt mit dem perspektivischen Ziel, dass 50 % der Fahrten in der Kernstadt mit dem Fahrrad getätigt werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Sensibilisierung Würzburgs für mehr Radverkehr.



- » die Schaffung von organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
- » ein fahrradgerechtes und sicheres Alltagsroutennetz mit Schulwegrouten für alle Altersgruppen.
- » eine Verringerung des Tempos des Autoverkehrs: Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit.
- » den Schutz für Radfahrende an vielbefahrenen Hauptstraßen, Mischverkehr nur bei Tempo 30 und darunter.
- » eine ausreichende Breite, Doppelborde, Poller und farbige Markierungen, die dazu dienen, auf den Radwegen Sicherheit zu vermitteln.
- » Fahrradstraßen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

- » einen radverkehrsfreundlichen Umbau aller Kreuzungen (z.B. Aufstellspuren an Ampeln).
- » die Abschaffung von „Betelampeln“ an Kreuzungen.
- » eine grundsätzliche Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr.
- » die Bevorzugung von getrennten Radwegen gegenüber gemeinsamen Rad- und Gehwegen, falls baulich umsetzbar.
- » eine konsequente Unterbindung des Haltens und Parkens von Kraftfahrzeugen auf Radwegen.
- » den Bau von Radschnellwegen gemeinsam mit dem Landkreis Würzburg, für den Pendelverkehr vom Landkreis in die Stadt.

- » eine Förderprämie zum Kauf von Lastenrädern.
- » eine Förderung des Radverkehrs an Kindergärten und Schulen.

Vor teuren Baumaßnahmen sind Tests mit Provisorien zu erwägen.

Ein besonderes Problem für den Radverkehr in Würzburg stellen die Mainquerungen dar. Wir wollen, dass im Bereich der Löwenbrücke eine neue Fahrradbrücke errichtet wird.

Abstellmöglichkeiten

Ob das Fahrrad zum attraktiven Fortbewegungsmittel wird, steht und fällt auch mit den Abstellmöglichkeiten. Denn besonders bei hochwertigen und teuren Fahrrädern gilt: Wer sich nicht sicher sein kann, ob – und in welchem Zustand – er sein Rad am Ende wieder vorfindet, der lässt es vielleicht dann doch lieber bleiben. Verständlicherweise – man denke nur an das Chaos am Hauptbahnhof.

Ein vernünftiges Angebot sieht folgendermaßen aus:

Geschützt

Fahrräder müssen vor Witterung, Diebstahl und Vandalismus geschützt werden. Dafür werden Überdachte und bewachte Fahrrad-Parkplätze benötigt, wo sich die Räder stabil anschließen lassen.

Flächendeckend

Gerade an Bahnhöfen, ÖPNV-Haltestellen und in Tiefgaragen – also überall dort, wo viele Menschen vom Rad auf andere Verkehrsmittel umsteigen – ist der Bedarf an Abstellmöglichkeiten besonders groß. Grundsätzlich müssen adäquate Angebote flächendeckend umgesetzt werden. Dafür wird Platz benötigt, der eingeplant werden muss, z. B. bei neuen Wohn- oder Gewerbebauprojekten, auch zulasten von Kfz-Parkplätzen. In Wohnstraßen sind Fahrradboxen/-häuschen zu fördern.

Gut zugänglich

Damit auch jede*r das Angebot wahrnehmen kann, müssen die Abstellmöglichkeiten gut zugänglich, gut ausgeschildert und barrierefrei sein.

Mit Service-Angeboten:

Idealerweise werden Fahrrad-Parkplätze mit sinnvollen Services kombiniert, z. B. mit Ladestationen für E-Bikes, aber auch mit Wartungs- und Reparaturangeboten. Vorbild kann hier der Aschaffener Hauptbahnhof sein.

Mit ausreichend Platz

Auch für Lastenräder oder Kinderanhänger müssen die Abstellmöglichkeiten ausreichend Platz bieten.

ELEKTROFÄHRRÄDER UND PEDELECS

Elektrofahrräder bringen mehr Menschen aufs Rad und ermöglichen ihnen, längere Strecken und größere

Steigungen zu bewältigen. Expert*innen sehen das Pedelec in der Stadt als klare Alternative zum Auto an und erwarten, dass es hier den Verkehr der Zukunft revolutionieren wird. Um stadtplanerisch darauf zu reagieren, aber auch, um der Pedelec- und Elektrozweiradnutzung einen zusätzlichen Schub zu verleihen und einer in jeder Hinsicht klimafreundlichen Stadt zum Durchbruch zu verhelfen, sehen wir eine Reihe von Maßnahmen seitens der Stadt als erforderlich an.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Erstellung eines Verkehrskonzepts, um für Pedelecs, Transporträder und schnelle Radfahrer*innen ein verkehrssicheres, schnelles Pendeln aus den weiter entlegenen Stadtteilen zu ermöglichen.



- » die Durchführung einer Bestandsaufnahme hinsichtlich des städtischen Fuhrparks mit Analyse und Bericht, wo in der städtischen Verwaltung die Pedelec-Nutzung als Dienst- und Nutzfahrzeug sinnvoll und möglich ist.
- » Öffentlichkeitsarbeit insbesondere zur Anregung von Würzburger Unternehmen, Bildungs- und sonstigen Einrichtungen, die Pedelec-Nutzung als Transport-, Geschäfts- und Mitarbeiterfahrzeug soweit wie möglich zu fördern (was inzwischen auch steuerrechtlich begünstigt wird).
- » die Erstellung einer Studie zur Einrichtung eines Pedelec-Verleih-Parks z.B. am Fuß der Festung für Besucher*innen des Festungsbergs zur Förderung des Fahrrad-Tourismus und Vermarktung

Würzburgs als E-Bike-freundliche Stadt.

- » die Förderung eines Pedelec-Pilotprojekts mit Ausleihstationen am Bahnhof.
- » Bike&Ride-Stationen im näheren Umkreis Würzburgs mit gesicherten Abstellmöglichkeiten.
- » E-Bike-Ladestationen an strategisch günstigen Punkten im Stadtgebiet.

FUSSVERKEHR

Zu-Fuß-Gehen ist die natürlichste und einfachste Form der Mobilität. Auch wer andere Verkehrsmittel nutzt, geht fast immer einen Teil des Weges zu Fuß. Zu-Fuß-Gehen ist aus der Mode gekommen und wird als eigenständige Mobilitätsform oft unterschätzt. Dabei lassen sich mit dem Einkaufstrolley an der Hand sogar Lasten bis zu 20 kg noch gut trans-

portieren. Für viele Kinder und Jugendliche ist es leider zur Normalität geworden, im Eltern-Taxi chauffiert zu werden. Mehr Zu-Fuß-Gehen wirkt auch dem Bewegungsmangel entgegen.

Wer in Würzburg zu Fuß unterwegs ist, muss mit viel zu engen oder zugeparkten Gehwegen rechnen. Darunter leiden vor allem Personen mit Kinderwagen, im Rollstuhl oder mit Rollator. Stark befahrene Straßen mit Tempo 50 können nicht direkt überquert werden und zwingen zum Umweg über die nächste Kreuzung. Wenn man dort erst nach langer Zeit oder durch Anforderungstaste Grün bekommt, ist das eine Zumutung. Zu lange Wartezeiten verleiten zum Überqueren von Ampeln bei Rot.

Eltern fällt es in diesem Umfeld schwer, ihre Kinder selbständig zur Schule oder zu anderen Zielen gehen zu lassen. Auch Senior*innen fühlen sich überfordert. Ein Verlust an Eigenständigkeit und mehr Auto-

verkehr durch Chauffeurdienste ist die Folge.

Zu Fuß kann man bequem mehrere Erledigungen auf einer Wegekette absolvieren, weil die lästige Parkplatzsuche wegfällt. Das fördert die Nahversorgung und kommt insbesondere kleinen inhaber*innengeführten Geschäften zu Gute, die es schwer gegenüber Märkten am Stadtrand oder Filialgeschäften im Zentrum haben.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » barrierefreie Fußwege für Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühle, die eben und nicht holprig, und ohne Treppen oder höhere Absätze sind.
- » die Einhaltung der Richtbreite für Gehwege von mindestens 2,50 m. Diese darf nicht zu Gunsten parkender Fahr-

zeuge beschnitten werden. Wo die Richtbreite derzeit nicht eingehalten wird, ist das systematisch innerhalb von 10 Jahren zu beheben.

- » eine bauliche Trennung von Rad- und Gehwegen.
- » mehr Tempo-20- und Tempo-30-Zonen sowie Querungshilfen. Diese Maßnahmen ermöglichen es, Straßen leichter zu überqueren und so Umwege zu vermeiden.
- » die Unterbindung von Sichtbehinderungen durch parkende Fahrzeuge an Kreuzungen und Einmündungen.
- » die Vermeidung von „feindlichem Grün“ an Ampeln. Gleichzeitiges Grün für Fußgänger*innen und Rechtsabbieger*innen ist eine große Gefahr und nach Möglichkeit zu vermeiden. Optimal ist

eine "Vorlaufphase" für Fußgänger*innen.

- » eine Schaltung von längeren Grünphasen und kürzeren Wartezeiten bis zur folgenden Grünphase an Fußgänger*innenampeln.
- » die Abschaffung von „Bet-telampeln“ - an Kreuzungen müssen Ampeln eine automatische Grünschaltung für Fußgänger*innen vorsehen.
- » vorhandene Anforderungstasten an Ampeln „auf freier Strecke“ müssen akustische Signalisierungen für Sehbehinderte aufweisen.
- » eine Förderung des Zu-Fuß-Gehens von Kindheit an durch Schulwegweiser und weitere Maßnahmen.

CARSHARING

Stationsbasiertes Carsharing hat viele Vorteile. Es spart Platz und bietet den Menschen flexible Mobilität. Für viele Menschen wird der Besitz eines PKW entbehrlich, wenn bei Bedarf in ihrer unmittelbaren Nähe ein Carsharing-Auto zur Verfügung steht. Die Suche nach freien Fahrzeugen und Buchung erfolgt unkompliziert über PC, Tablet oder Smartphone. Das bestehende Carsharing ist ein Erfolgsmodell, kann aber nur ein erster Schritt sein. Langfristig wollen wir die Carsharing-Standorte so verdichten, dass niemand mehr als 300 Meter Fußweg von einer Station entfernt lebt.

Die Fahrzeuge sollen überwiegend mit Elektromotoren betrieben werden. Bei größeren Neubauten von Wohnhäusern soll darauf hingewirkt werden, dass durch ein langfristig gesichertes Angebot an Carsharing-Fahrzeugen die Zahl der Parkplätze für Privat-PKW reduziert wird.

ELEKTROMOBILITÄT

Unsere Energieversorgung muss vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Schon heute leistet Elektromobilität einen wichtigen Beitrag zur Reduktion lokaler Abgasbelastungen und zur Lärmminde- rung. Die Straßenbahn bildet ge- meinsam mit der Eisenbahn das Rückgrat der Elektromobilität. Die Straßenbahn weiter auszubauen ist die effektivste kommunale Maßnah- me, um den Anteil der Elektromobili- tät zu erhöhen. Die Busflotte ist entsprechend den technischen und finanziellen Möglichkeiten ebenfalls so schnell wie möglich auf erneuer- bare Energieträger umzustellen. Alle Elektrofahrzeuge, die von der Stadt angeschafft werden, müssen nach neuestem Stand mit AVAS (künstli- ches Motorengeräusch) ausgerüstet werden. Beim privaten PKW sind un- ter anderen fehlenden Lademöglich- keiten ein Hindernis für einen schnellen Ersatz und die Reduktion von Verbrennungsmotoren. La-

demöglichkeiten am Straßenrand sollen vorrangig elektrisch betriebe- ne Carsharing-Fahrzeuge versorgen. Im Pendler*innen-Verkehr aus dem Umland kann das Elektroauto in den nächsten 10 Jahren einen signifikanten Anteil erreichen, weil auf dem Land häufiger die Möglichkeit zum Laden am eigenen Stromanschluss gegeben ist. Der Lade-Engpass gilt nicht für E-Bikes aller Art, deren Bat- terien sich abnehmen und an jeder Steckdose laden lassen. Bestens ge- eignet ist der Elektroantrieb auch für Fahrzeugflotten, die innerhalb des Stadtgebiets eingesetzt werden und im Betriebshof geladen werden kön- nen. Dennoch gilt: Eine echte Ver- kehrswende setzt in erster Linie auf die Reduzierung der PKW-Nutzung und nicht auf alternative Antriebs- formen.



Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » einen Ausbau des Straßennetzes und eine Umrüstung der Busflotte.
- » eine dauerhafte Sicherung des auf Antrag der GRÜNEN geschaffenen Programms zur Förderung der Anschaffung von Lastenfahrrädern und E-Bikes.
- » eine Bevorzugung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb bei Neuanschaffung kommunaler Fahrzeuge.
- » eine Förderung zur Anschaffung von Elektro-Taxis, indem (induktive) Lademöglichkeiten an den Taxiständen errichtet werden.
- » eine Förderung zur Anschaffung von Elektro-Carsharing-Fahrzeugen.

- » die Erprobung von autonomen Elektro-Shuttles als ÖPNV- und P&R-Zubringer.
- » die Schaffung von Quartiersparkhäusern und P&R-Plätzen mit Lademöglichkeiten.

P&R UND PARKPLATZ-MANAGEMENT

Park&Ride ist dann eine gute Idee, wenn es Menschen dazu veranlasst, möglichst weit entfernt von der Stadtmitte auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Wenn ein Park&Ride-Platz hingegen Menschen mit dem Auto bis dicht in die Stadt zieht, die bisher den gesamten Weg mit dem ÖPNV zurückgelegt haben, verfehlt er seinen Zweck. Bei der Anlage von P&R-Plätzen ist in jedem Einzelfall abzuwägen, welche Wirkung davon zu erwarten ist. Einen achtstöckigen P&R-Platz am Berufsschulzentrum in der Sanderau lehnen wir ab, da er zu nah an der Stadt

liegt und darüber hinaus einen schweren Eingriff in die Grünanlage bewirken würde.

Im Rahmen unseres Schienenkonzeptes mit S-Bahn und Stadt-Umland-Bahn wollen wir mit den Landkreismunicipalitäten optimale Park&Ride-Standorte umsetzen, ggf. unter Hinzuziehung eines Fachbüros. Dabei werden anfallende Flächenversiegelungen durch grüne Ausgleichsflächen kompensiert.

Inwieweit der ÖPNV und P&R-Plätze angenommen werden, hängt maßgeblich von zwei Faktoren ab: Wie schnell, zuverlässig und günstig kommt man von Haltestelle oder P&R-Platz zum gewünschten Ziel und wie einfach und günstig findet man im Vergleich dazu mit dem eigenen PKW einen Parkplatz am Ziel? Die Erfahrung anderer Städte lehrt: Wenn der Autoverkehr zurückgedrängt werden soll, müssen wir beide Faktoren beeinflussen. Der ÖPNV muss verbessert werden, aber es

muss auch die Zahl der Parkplätze in der Innenstadt verringert und verteuert werden, vor allem für Dauerparker*innen. Das gilt insbesondere für Oberflächenparkplätze. Sie nehmen nicht nur Aufenthaltsraum – wenn sie nicht an ein Parkleitsystem angeschlossen sind, erzeugen sie zudem erheblichen Parksuchverkehr. Das Oberflächenparken im „Bischofshut“ wollen wir GRÜNEN deshalb schrittweise abbauen - mit Ausnahmen für Taxi und eventuell Anwohner*innen - und im Vergleich zu den Tiefgaragen verteuern. Behindertenparkplätze sind hingegen auszuweiten. Für Handwerker*innen, Pflegedienste und ähnliches müssen praktikable Lösungen gefunden werden. Um P&R-Plätze attraktiv zu gestalten, müssen sie Ladestationen für E-Fahrzeuge vorhalten und nach Möglichkeit weitere Dienstleistungen wie z.B. Paketstationen anbieten.

Die Stellplatzsatzung der Stadt ist zu überarbeiten. Die Forderung zur Herstellung von PKW-Stellplätzen ist



Foto von Benita Stolz

auf das gesetzlich geforderte Mindestmaß zu beschränken. Dadurch wird ein Überangebot an Parkplätzen vermieden und Bauen verbilligt. Bei neuen Bauvorhaben sind ausreichend Ladesäulen für E-Fahrzeuge zu berücksichtigen.

SICHERHEIT FÜR ALLE VERKEHRSTEILNEHMER*INNEN

Sicherheit geht vor Flüssigkeit des Verkehrs. Dieser Grundsatz muss für alle Planungen gelten. Insbesondere Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen müssen sich in unserer Stadt sicher bewegen können. Sicherheit darf aber nicht so verstanden werden, dass die gefährdeten Personen in ihrer Bewegungsfreiheit durch Gitter, Unterführungen, erhebliche Umwege oder überlange Wartezeiten eingeschränkt werden.

Wir wollen insbesondere für Schüler*innen durchgehend sichere Schulwege gewährleisten. Bring- und Holverkehr vor Schulen muss eingeschränkt werden, um die zu Fuß gehenden Kinder zu schützen. Wir sorgen dafür, dass Bürgersteige – insbesondere an Kreuzungen – frei von parkenden Fahrzeugen sind und bleiben. Zugeparkte Kreuzungen machen die Querung für Rollstuhlfahrer*innen unmöglich und für Schulkinder lebensgefährlich. Laut StVO ist dies zudem unzulässig.

Auf Durchgangsstraßen wollen wir die Entschleunigung von 50 km/h auf bis zu 30 km/h vorantreiben. In Wohngebieten abseits von Erschließungsstraßen mit Omnibusbetrieb wollen wir die Bereiche für Tempo-20-Zonen und Spielstraßen flächendeckend ausweiten. Geschwindigkeitsbeschränkungen sollen durch entsprechende bauliche Veränderungen sichtbar gemacht werden.

Die Stadt Würzburg soll Verkehrswege und insbesondere Kreuzungen nach dem Prinzip „Vision Zero“ planen: Kein Mensch soll mehr im Verkehr sein Leben lassen oder schwer verletzt werden.

VERKEHRSPLANUNG IN DER STADT

Wir Würzburger GRÜNE wollen den öffentlichen Raum gerechter verteilen. Dafür müssen die bisher benachteiligten Verkehrsformen, das Fahrrad, aber auch Fußgänger*innen und Bus, mehr Platz erhalten und der bisher bevorzugte Autoverkehr Flächen abgeben. Dazu gehören Oberflächenparkplätze und Fahrspuren. Die Aufgabe der Mobilitätswende ist komplex. Wie umweltfreundliche Verkehrsmittel gestärkt und besser vernetzt werden, wo eine Reduzierung von Fahrspuren möglich und sinnvoll ist, und wie Verkehre anders als heute geleitet werden können, wird am besten in einem Verkehrs-

entwicklungsplan ermittelt. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die zukünftige Gestaltung von Greinbergknoten und Europastern gerichtet werden. Einer aufwändigen Neugestaltung werden wir nur zustimmen, wenn sie mit erheblichen Verbesserungen für den Fahrrad- und Fußverkehr und den ÖPNV einhergeht. Eine moderne digitale Verkehrssteuerung könnte es in Zukunft auch möglich machen, bisher vier-spurige Straßen in dreispurige Straßen zu verwandeln, wobei eine Fahrspur abhängig von der Verkehrslage in die jeweilige Hauptrichtung genutzt werden kann.

Der Ballungsraum Würzburg ist von einem hohen Aufkommen an Autobahnabkürzungsverkehr zwischen den Anschlussstellen Helmstadt, Kist, Heidingsfeld (A3) und Estenfeld (A7) betroffen. Intelligente Navigations-Apps leiten den motorisierten Individualverkehr je nach Uhrzeit auf verschiedene Abkürzungsrouten weg von der Autobahn in die Stadt. Das

trägt erheblich zu den täglichen Staus und unseren schlechten Luftwerten bei. Dieser Zustand ist inakzeptabel, denn für ein solches Verkehrsaufkommen sind die innerstädtischen Straßen, an denen Menschen wohnen, nicht vorgesehen. Stattdessen fordern wir, dass der Greinbergknoten zu einer leistungsfähigen Verteilerstation umfunktioni-ert wird.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » einen Planungsstopp bezüglich einer Auffahrt zwischen Nürnberger Straße und B19 nach Schweinfurt, da diese den Durchgangsverkehr über die Nordtangente und den Zeller Bock weiter erhöhen wird.
- » Aus- und Umbauplanungen im Straßenverkehr nur unter der Bedingung, dass diese spürbar

den Durchgangsverkehr zwischen A3 und A7, sowie durch Grombühl, Haugerring, Nürnberger Straße und Rottendorfer Straße verringern und Teil eines gesamtstädtischen Konzepts sind, das den ganzen Ballungsraum im Blick behält.

- » die Prüfung eines Umschlagplatzes für Lieferverkehr, damit Güter auf der letzten Meile mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes verteilt werden können.
- » den Bau der Nordstraba und Planung der Stadt-Umland-Bahn mit zugehörigen Umsteigehaltestellen.
- » schnelle, sichere und bequeme Fuß- und Radwege zwischen der Stadtmitte, dem Universitätsklinikum und den Stadtteilen im Nordosten.

Unzulässiger überregionaler LKW-Abkürzungsverkehr über den Stadtring soll zukünftig nicht mehr durch eingesparte Mautgebühren provoziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Toll Collect in solchen Fällen die höheren Gebühren der längeren Autobahn-Route abrechnet. Soweit der Gesetzgeber es der Stadt ermöglicht, muss der Durchgangsverkehr vor allem von LKWs beschränkt werden, sei es durch Verbote oder Mautregelungen.

Die Kernstadt wollen wir von Durchgangsverkehr befreien. In Abstimmung mit den zuständigen Stellen ist die Höchstgeschwindigkeit entlang der B19 auf 70 km/h zu reduzieren, um von Navigationssystemen geleiteten PKW-Durchgangsverkehr auf die Autobahn zu verlagern.

Die Verkehrsplanung muss insgesamt ein höheres Gewicht in der Stadtverwaltung erhalten. Dafür muss eine geeignete Organisationsform geschaffen werden. Wir wollen

die Struktur der Referate in der Stadtverwaltung ohnehin überdenken, um ein eigenständiges Umweltreferat zu schaffen. In dem Zuge ist zu entscheiden, ob Grundsatzfragen der Verkehrsplanung dem Umweltreferat zuzuordnen sind, ob ein eigenständiges Mobilitätsreferat geschaffen wird oder die Mobilitätsthemen in einem eigenen Fachbereich des Planungsreferates zusammengeführt werden. Diese Abteilung braucht alle notwendigen Planungsmittel: Die letzten umfassenden Verkehrsdaten, über die die Stadt Würzburg verfügt, stammen noch aus den Jahren 2006 und 2007 – damit sind zuverlässige Planungen und Erfolgskontrollen nicht mehr möglich. Schließlich muss sich diese Stelle um eine gemeinsame Verkehrsplanung mit dem Umland bemühen. Mit einem stimmigen Gesamtkonzept werden wir die Verkehrswende verwirklichen.

VERNETZUNG VON VERKEHRSSYSTEMEN

Viele Menschen sind heute flexibel bei der Wahl ihres Verkehrsmittels. Sie wollen vor allem schnell und bequem von A nach B kommen. Um die Vorteile der verschiedenen Verkehrsmittel optimal nutzen zu können, braucht es geeignete Umsteigepunkte: etwa vom Fahrrad zum ÖPNV oder auch zum Carsharing-Auto. Die Nutzer*innen müssen die jeweils beste Möglichkeit aber auch kennen. Wir GRÜNE setzen uns für die Bereitstellung einer App ein, die die verschiedenen Mobilitätsarten sinnvoll miteinander verknüpft.

CITYLOGISTIK UND LIEFERDIENSTE

Eine Vielzahl unkoordinierter Fahrten zur Belieferung von Geschäften und Endkunden erzeugt heute unnötige Belastungen. Wie im Green City Plan vorgesehen, wollen wir City-Logistik

neu denken. Verschiedene Logistikunternehmen sollen zusammenarbeiten, damit die Verteilung auf der „letzten Meile“ zusammengefasst und zunehmend mit umweltverträglicheren Verkehrsmitteln erfolgt, z.B. mit Elektro-Transportern und Lastenrädern. Wir GRÜNE setzen uns für die Planung eines oder mehrerer stadtnaher Güterumschlagsplätze ein.





NATUR & UMWELT

UNSERE LEBENSGRUNDLAGE ERHALTEN

Damit nachfolgende Generationen auch noch gesund leben können, sind wir gefordert, mit unseren natürlichen Ressourcen sorgsamer und sparsamer umzugehen. Der anhaltende Verlust an Biodiversität in Deutschland ist eine der größten Herausforderungen, der wir uns stellen müssen. Die Hauptursachen für den Artenverlust liegen in der Lebensraumzerstörung durch Flächenversiegelung und der Zerstückelung der Lebensräume durch Straßenbau sowie in der Intensivlandwirtschaft mit weiträumigen Monokulturen und dem Einsatz von Pestiziden. Weltweit hängen drei Viertel aller Nahrungspflanzen zumindest teilweise von der Bestäubung durch Insekten ab.

Im Februar 2019 haben sich 18 % der bayerischen Bevölkerung für den Schutz der Artenvielfalt ausgespro-

chen und das Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ unterstützt. Kein Volksbegehren zuvor hatte eine derart hohe Resonanz. Daraus müssen auch Rückschlüsse für Würzburg als Kommune gezogen werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Begrünungsoffensive für Würzburg. Trotz gegenteiliger Beteuerungen werden derzeit in Würzburg zu viel Grün und Natur entfernt. Ein Beispiel war die Baumfällung in der Nürnberger Straße.
- » neue Prioritäten, insbesondere beim Straßenbau: Bestehendes Grün und alte Bäume sind wertvoller als alle Neuanlagen!
- » den Erhalt von vernetzten Grünzügen (Ringpark) und die Schließung von Lücken. Wei-

tere neue Anlagen, wie das LGS-Gelände am Hubland, müssen geschaffen werden.

- » die Nutzung der Bauvorschriften für den Erhalt der Artenvielfalt.
- » die Prüfung jedes Bauantrags auf seine ökologische Nachhaltigkeit.
- » eine gärtnerisch insektenfreundliche Gestaltung von baulich nicht genutzten Freiflächen in Privatgrundstücken.
- » eine konsequente Festschreibung des Erhalts von bestehendem Grün in Bebauungsplänen.
- » eine Unterlassung der nachträglichen Befreiungen von Natur schützenden Regelungen.

- » eine Planung von Bauvorhaben, die von Beginn an die Erhaltung des bestehenden Grüns und die Fassadenbegrünung ermöglicht.
- » die Freihaltung kommunaler Flächen von Glyphosat und anderen Totalherbiziden zum Schutz der Artenvielfalt.
- » eine Nutzung von Leerstand und Verdichtung vor neuer Versiegelung.
- » eine Minimierung von Bauentwicklungen in Freiflächen. So lehnen wir z.B. die diskutierten Standorte eines Stadionneubaus auf der „grünen Wiese“ abseits jeglicher Schienenanbindung ab.
- » den Feldhamster, der im Norden von Würzburg eines seiner letzten Refugien in Bayern hat. Jegliche Baumaßnahme in diesem Bereich ist

mit einer weiteren Gefährdung dieser Population verbunden und daher zu unterlassen.

Ein Urwald vor der Stadt ist die grüne Zukunftsvision für unseren Stadtwald. Seine Funktion als letzte Naturbastion in einer zersiedelten, vielfach schon zerstörten Umwelt erfordert eine Umkehr von der „ordnungsgemäßen“ Forstwirtschaft. Wir wollen einen Naturwald mit hohem Naturschutzwert und hohem Erlebniswert. Der vorhandene Kern, das bestehende Naturwaldreservat (ca. 25 Hektar), soll wachsen. Der Würzburger Stadtwald (ca. 1.000 Hektar) soll in seinem Randbereich nach Naturlandkriterien bewirtschaftet werden.

Umwelt- und Klimaschutz hat so an Bedeutung zugenommen, dass er im Rahmen einer Neuordnung der Zuständigkeiten ein eigenes Referat bekommen muss.

WASSER IST LEBEN

Die Situation der Oberflächengewässer

Die Bäche der Stadt Würzburg sind leider in einem schlechten ökologischen Zustand. Hauptgründe sind eine offene und unterirdische Kanalisierung sowie die Flächenversiegelung. Von den Würzburger Bächen führen nur die Kürnach und Pleichach ganzjährig Wasser, im Jahr 2019 war leider auch die Kürnach kurzzeitig ausgetrocknet. Auf Druck der GRÜNEN hat die Stadt Würzburg im Jahr 2017 gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ein Gewässerentwicklungskonzept beschlossen. Wir setzen uns für eine baldige und konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ein.

Bis heute wird bei uns die Ressource Wasser als ewigfließender Quell betrachtet. Um Bewagung zu ermöglichen, werden deshalb leichtfertig Wasserspeicherflächen entwässert. Wir fordern, Naturflächen als unver-

zichtbare Wasserspeicher zu erhalten. Nach der Entwässerung und Flächenversiegelung muss das Wasser kanalisiert abgeleitet werden, so dass Naturflächen zwangsläufig verschwinden und das Regenwasser nicht mehr gespeichert werden kann. Stattdessen fließt es nicht selten sintflutartig ab und verursacht Hochwasserereignisse. In Trockenperioden führen die Bäche dann wenig oder gar kein Wasser mehr, da die natürlichen Speicher nicht mehr vorhanden sind.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns für folgende Ziele ein:

- » Bei der Genehmigung von Bauvorhaben, die mit der Versiegelung und Entwässerung von Flächen einhergehen, ist dem Aspekt der Wasserspeicherung durch Naturflächen größte Bedeutung einzuräumen (Beispiel: keine überdi-

mensionierten Parkplätze vor Gewerbebetrieben).

- » Würzburg soll „Schwammstadt“ werden. Dies bedeutet: Der Boden nimmt Wassermassen wie ein Schwamm auf und gibt diese verzögert wieder ab. Maßnahmen sind z.B. die Gründachstrategie: Von begrünten Dächern fließt Regenwasser langsamer ab. In abflusslosen Siedlungsgebieten kann Regenwasser dezentral von Grundstücken, Plätzen und Straßen in Rasenmulden gesammelt werden und versickern. Auch Regenwasserzisternen, die jetzt nach Anträgen der GRÜNEN vielfach gefördert werden, sind Bestandteil einer Schwammstadt.

Der Bevölkerungszuwachs und die damit zusammenhängende Flächenversiegelung hat dazu geführt, dass vorhandene Regenrückhaltevorrich-



Foto von Sandra Vorlova

tungen unterdimensioniert und inzwischen technisch veraltet sind. Schon bei leicht stärkeren Regenfällen fungieren Kürnach und Pleichach als Ausweichkanalisationssysteme, sodass die Fäkalien direkt in den Bach geleitet werden, was auch zu dem tragischen Fischsterben der letzten Jahre beigetragen hat. Dem muss mithilfe von Renaturierungsmaßnahmen und einem Trennkanalsystem entgegengewirkt werden.

- » **Wir GRÜNE fordern die Finanzierung einer adäquaten Dimensionierung der Rückhalteanlagen und die Zusammenarbeit mit den betroffenen Landkreismunicipalitäten, um die Einleitung von Kanalwasser grundsätzlich zu unterbinden.**

Eine weitere Maßnahme zur Entlastung des Abwassersystems und somit der Bäche ist die sukzessive Einführung eines modernen Abwasser-Trennsystems. Der Regen wird

dann nicht mehr, wie bisher, in den Abwasserkanal (Mischsystem) gespült, sondern in einem getrennten Rohr einem Vorfluter (Gewässer) zugeführt.

- » **Wir GRÜNE fordern von der Stadt Würzburg den Einbau eines Trennsystems wo immer möglich, in jedem Fall bei Neuschließungen von Baugebieten.**

Jeder Bach sollte einen Naturraum darstellen. Dies ist in Würzburg aufgrund der im letzten Jahrhundert durchgeführten umfassenden offenen und geschlossenen Kanalisierung nicht mehr gegeben. Die Kürnach fließt unter dem Greinbergknoten in die Pleichach, diese dann weiter überwiegend unterirdisch bis zu ihrer Mündung in den Main unterhalb des Heizkraftwerks der WVV.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Renaturierung der Bäche und damit eine Rückgewinnung des Naturraums an allen Teilstrecken der Bäche, an denen dies möglich und realisierbar ist.
- » eine zügige Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK), in dem die Renaturierung der Pleichach im Bereich der Lindleinsmühle bereits vorgesehen ist.
- » die baldige Umsetzung des 2014 beschlossenen Pleichachkonzepts, welches die Renaturierung der Pleichach im Bereich Europastern und Quellenbachparkhaus umfasst.

Trinkwasser

Unser Wasser ist grundsätzlich ohne Behandlung trinkbar und schmeckt

gut. Die außergewöhnliche Situation, dass Würzburg fast eine Vollversorgung mit Trinkwasser von eigenem Territorium hat, verpflichtet zu einem besonders sorgsamem Umgang mit der Trinkwasserversorgung der Bürger*innen. Wir GRÜNE lehnen die Liberalisierung des Wassermarktes ab. Auch Teile der Wasserversorgung, dürfen nicht privatwirtschaftlich organisiert werden, sondern müssen unter demokratischer Kontrolle bleiben.

Wir wollen unsere Quellen (u.a. Bahnhofsquellen und Zeller Quellen) und alle dazugehörigen Wasserschutzgebiete schützen. Ihre Bedeutung wird in Zukunft noch wachsen, weil sie ihre größte Schüttung im Sommer haben. Problematische Nutzungen sind die Straßen Hettstadter Steige und Zeller Bock. Die Flächen um den Rotkreuzhof (auf der Höhe zwischen Unterdürrbach, Grombühl und Versbach) liegen im Einzugsbereich der Bahnhofsquellen. Sie müssen als Gebiet für die

Wassergewinnung gesichert werden. Eine Ausdehnung von Baugebieten über das Vorbehaltsgebiet für die Klinikerweiterung hinaus oder gar einen Straßenbau in Richtung Rimpar oder Versbach (Steinlein) lehnen wir entschieden ab.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine bessere Transparenz bei Messwerten zur Trinkwasserqualität.
- » die zeitnahe und transparente Information über mögliche Verunreinigungen des Trinkwassers.
- » den Verzicht auf sogenannte technische Aufbereitung des Trinkwassers (Entkalkung), die keinen gesundheitlichen Vorteil bringen. Jede zusätzliche Behandlung verursacht – außer Kosten - erhöhten Was-

serverbrauch und schwierig zu entsorgende, für Boden und Gewässer schädliche Abfälle und Abwässer.

- » den Erhalt der Wasserschutzgebiete und ihren Schutz vor schädlichen Nutzungen und Überplanungen.
- » den Erhalt auch aller derzeit nicht genutzten Brunnen und Quellen mit ihren Wasserschutzgebieten als Reserven und ihren Schutz vor konkurrierenden Nutzungen.

BODEN SCHÜTZEN

Unsere Böden sind unsere Nahrungsgrundlage, Grundlage von Artenvielfalt sowie Wasserspeicher. Sie sind gefährdet durch immensen Flächenverbrauch, durch Schadstoffeintrag aus der Luft und durch Überdüngung als Folge der Massentierhaltung. Der Einsatz der Agroche-



Foto von Dominik Michalzik

mie als Begleiterscheinung der Monokulturen zerstört die Pflanzenvielfalt. Die fortschreitende Versiegelung zerstört die lebendigen Stoffkreisläufe.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » den Erhalt wertvoller Ackerböden in landwirtschaftlich genutzten Flächen im Stadtgebiet wie in Versbach, Lengfeld, Dürrbach, Rottenbauer.
- » die Durchführung einer ökologischen Bodenbewertung vor Baumaßnahmen und ihre Berücksichtigung in Genehmigungsverfahren.
- » flächenschonende Baumaßnahmen (Geschossbau) und den Verzicht auf großflächige Parkplätze in Gewerbegebieten.
- » Begrünungsaufgaben für städtische und städtisch verpackete Flächen.
- » Rasengleise für die Straßenbahn, wo immer sie möglich sind.
- » die Rückgewinnung von Böden durch Entsiegelung und Bepflanzung - wie z. B. am Kardinal-Faulhaber-Platz.
- » ein chemiefreies Arbeiten im städtischen Gartenbetrieb so weit möglich und den vollständigen Verzicht auf Glyphosat.
- » vielfältige Blühpflanzen an Straßenrändern.
- » einen naturschonenden und wassergebundenen Wegebau für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.

- » die Beschränkung des Streusalzeinsatzes an Straßen auf Blitzeissituationen.
- » eine naturnahe Pflege und Bewirtschaftung des städtischen Waldes.
- » eine Vermeidung der Bekämpfung von Schädlingspopulationen mit Hormonprodukten in städtischen Wäldern.

LUFT REIN HALTEN

Bedingt durch das hohe Verkehrsaufkommen und die Kessellage der Stadt gibt es in Würzburg eine bedenkliche Konzentration von gesundheitsgefährdenden Stickoxiden und Feinstaub. Zwar wurde in den letzten Jahren der Immissionsgrenzwert am einzigen offiziellen Messstandort im Mittel knapp unterschritten, sodass auf die Einrichtung einer Umweltzone verzich-

tet wurde. Am Stadtring Nord wird der Grenzwert jedoch weiterhin überschritten. Die Stadt muss daher durch geeignete verkehrslenkende Maßnahmen Sorge tragen, dass die Gesundheit der Stadtbewohner*innen nicht weiter belastet wird.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine konsequente und rasche Umsetzung der zielführenden Vorschläge des im Sommer 2018 zum zweiten Mal erneuerten Luftreinhalteplans, der alle erforderlichen Maßnahmen beinhaltet, um eine Einhaltung der Grenzwerte sicherzustellen.
- » die Errichtung weiterer Messstationen an neuralgischen Punkten, die belastbare Werte liefern können.

- » konsequente Geschwindigkeitskontrollen und eine verlässliche Überwachung des Schwerlastverkehrs am Stadtring zur Verbesserung der dortigen Luft- und Lärmsituation.

- » den Verzicht auf die Ausbringung von Pestiziden im gesamten Stadtgebiet, da sie nach neuesten Erkenntnissen des Umweltinstituts München auch langfristig die Luft belasten.

LÄRM IN DER STADT REDUZIEREN

Da unsere Generation mit dem motorisierten Verkehr aufgewachsen ist, werden die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Verkehrslärm oft unterschätzt bzw. der Lärm als „gegeben“ hingenommen. Dabei hat Verkehrslärm gemäß WHO bereits heute schädliche Auswirkungen auf

die Gesundheit: z.B. durch Minderung der Schlafqualität, Stress und Nervosität als Risikofaktoren für Herzinfarkt, und Schwerhörigkeit. Besonders ärmere Menschen leben in lärmbelasteten Wohnungen.

Öffentliche Naherholungsgebiete wie der Würzburger Ringpark oder der Botanische Garten verlieren durch Verkehrslärmbelastung an Erholungswert. Größere Bereiche von Grombühl sind vom Verkehrslärm des Stadtrings betroffen. Die Stadt Würzburg hat im Sommer 2017 einen Lärmaktionsplan (LAP) beschlossen, mit dem die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Umgebungslärm umgesetzt wird. Dieser enthält einen Maßnahmenkatalog, mit dessen Umsetzung schon begonnen wurde.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Reduzierung der Anzahl lärmemittierender Fahrzeuge.
- » eine Tempobegrenzung auf 30 km/h im gesamten Stadtgebiet.
- » eine wesentlich konsequentere und engmaschigere Geschwindigkeitskontrolle des Tempolimits von 50 km/h auf dem Stadtring.
- » eine Temporeduzierung auf den Zubringern (B 19) bis zur A3 und A7 von 100 auf 70 km/h.
- » die städtische Finanzierung von Lärmschutzfenstern bei Dauerbelastungen von mehr als 60 dB.
- » die Lückenschließung des Lärmschutzwalls beidseitig

entlang des gesamten Stadtrings wo immer sinnvoll und möglich, mit Priorität entlang aller Wohngebiete in Grombühl und dem Frauenland, sowie am Botanischen Garten und dem Hauptfriedhof.

TIERE IN DER STADT

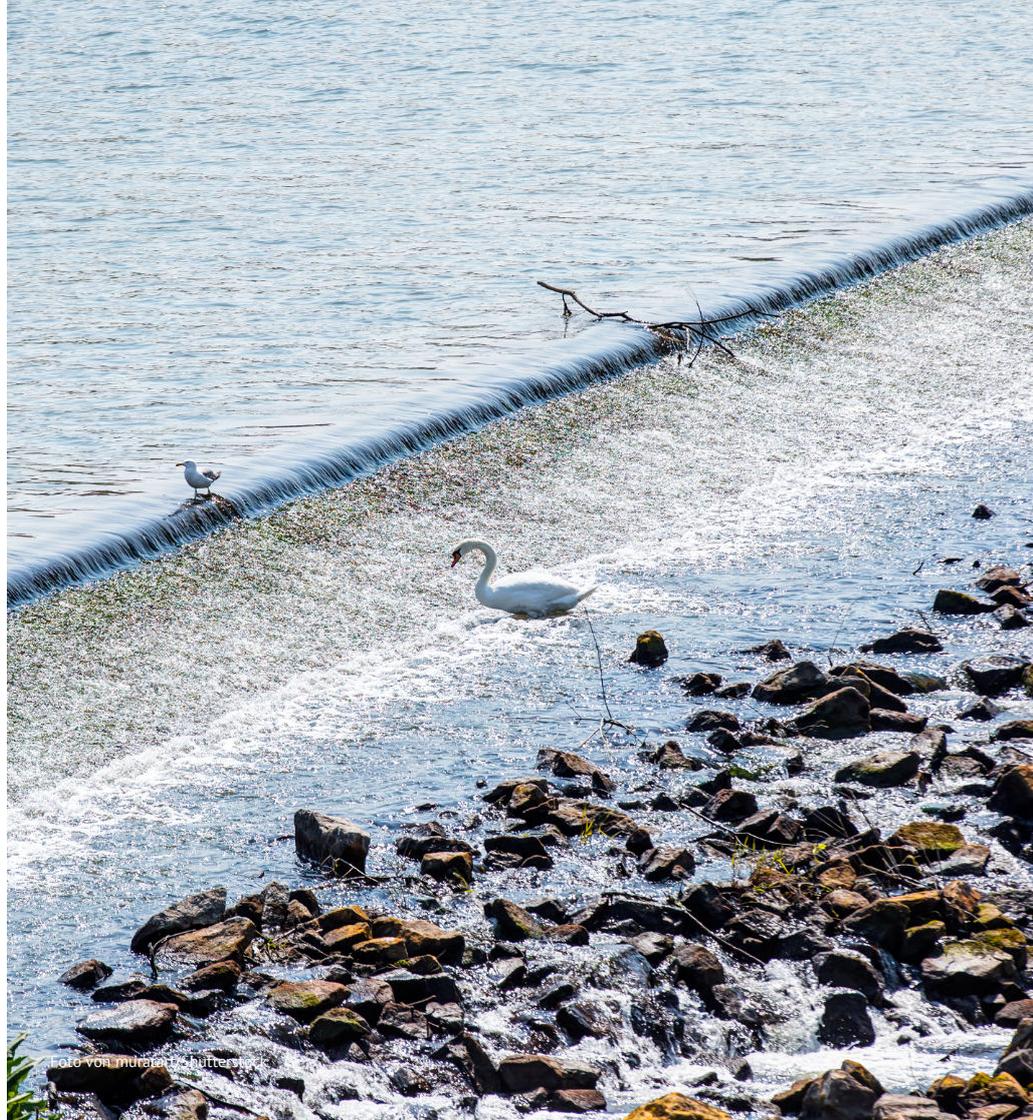
Tiere haben ein Recht auf ausreichenden Schutz und ein artgerechtes Leben. Wir GRÜNE wollen Lebens- und Rückzugsräume für Wildtiere erhalten. Würzburgs letzte Äcker sind nicht nur für den besonders geschützten Feldhamster, sondern auch für die Feldlerche, das Rebhuhn, die Wiesenweihe und den Feldhasen wichtig.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Realisierung durchgehender Grünzüge von der Stadt

in die freie Landschaft, renaturierter Bachtäler, von Grünanlagen und Gebäudebegrünung. Dies dient dem Stadtklima, der menschlichen Erholung und dem Artenschutz.

- » das freie Wachstum von „Wildnis“ inmitten von menschengenutztem Grün. Im Stadtwald ist das mit dem Naturwaldreservat vorbildlich gelungen. Aber auch im städtischen Grün muss Platz sein für „wilde“ Ecken: Nur in dichtem Gebüsch brüten Nachtigallen, der Schmetterlingsnachwuchs braucht Brennesselecken, die Bienen blühende Wildblumen, die Vögel wilde Fruchthölzer.
- » das Verbleiben von Totholz im Wald; auch alte und absterbende Bäume sollen, wo immer möglich, stehen bleiben.



- » dauerhafte Schutzmaßnahmen für wandernde Kröten, wie z.B. Krötenleitzaune oder -tunnel.
- » eine Duldung der Saatkrähen-Kolonien im Stadtgebiet.
- » eine schrittweise Einsetzung von dimmbarer Straßenbeleuchtung mit einem schonenden Lichtspektrum. Die zunehmende Lichtverschmutzung beeinträchtigt erheblich das Gleichgewicht des natürlichen Biorhythmus aller Lebensformen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns für Haus- und Heimtiere ein:

- » Das Tierheim muss weiterhin eine angemessene finanzielle Ausstattung erhalten.

- » Die Stadt wird angehalten, Vereine finanziell zu unterstützen, die nachweislich durch Kastrationsprogramme die Katzenpopulation regulieren (z.B. die Katzenhilfe e.V.).
- » Eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für freilaufende Katzen muss von der Stadt eingeführt werden, sobald dies den Kommunen rechtlich möglich ist.
- » Das von Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V. erarbeitete Würzburger Taubenprojekt soll in Zusammenarbeit mit dem Verein wie ursprünglich vom Stadtrat beschlossen weitergeführt bzw. wiederaufgenommen werden. Dies beinhaltet kontrollierte Taubenschläge mit artgerechter Fütterung und „Geburtenkontrolle“ durch Entnahme der Eier.

VON DER WEGWERF- ZUR KREISLAUF-GESELLSCHAFT

Abfälle sind Rohstoffe am falschen Platz

Wenn sieben Milliarden Menschen im gleichen Stil konsumieren und leben wollen wie wir, reicht eine Erde dafür nicht aus. Weder sind Rohstoffe auf Dauer ausreichend vorhanden, noch kann die Umwelt die Rest- und Schadstoffe alle aufnehmen. Wie kann Würzburg zu einer langfristig nachhaltigen Wertstoffwirtschaft für alle Siedlungsabfälle gelangen? Die letzte Hausmüllanalyse in Würzburg vom Jahr 2011 kam zu dem Ergebnis: Im Restmüll befindet sich ein wertbares Potenzial von 52,9 %. Damals fielen im Stadtgebiet 29.000 t Restmüll an. Bei sachgerechter Trennung hätte man die Hälfte recyceln können - also rund 15.000 t.

Bei konsequenter Einhaltung der fünfstufigen Hierarchie, wie sie das

Kreislaufwirtschaftsgesetz vorschreibt, können wir die Verbrennungsmenge reduzieren. Unterstützt werden wir dabei von Abfallberater*innen, die dem Eigenbetrieb der Stadtreiniger unterstellt und in der Umweltstation angesiedelt sind. Sie erfüllen die gesetzlich vorgeschriebene Abfallberatungspflicht durch Informations- und Beratungsangebote.

1. STUFE: VERMEIDEN

Der beste Abfall ist der, der erst gar nicht entsteht. Jede Tonne Restmüll, die nicht entsteht, entlastet das Klima um etwa eine Tonne des Klimagases CO₂.

Gute Beratung und gute Konzepte

- » Die von den Stadtreiniger*innen und der Umweltstation unternommenen Anstrengungen in Bezug auf Abfallvermeidung und Abfalltrennung sind zu intensivieren.

- » Erstellen eines Abfallvermeidungsprogrammes mit dem Ziel, Abfallvermeidung und Abfalltrennung in Würzburg wesentlich zu verbessern. Nach Ablauf von zwei Jahren wird dem Stadtrat ein Zwischenbericht vorgestellt.

- » Personelle Verstärkung der Würzburger Abfallberatung, auch durch Abfallberater*innen mit ausländischer Abstammung. Sie müssen intensiv geschult werden, wie es beispielsweise der Abfallcheck des BUND Berlin realisiert.

Gezielte

Öffentlichkeitskampagnen

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll das aktuelle Trennverhalten der Bevölkerung verbessert werden. Hierzu werden Workshops an allen Schulen im Rahmen des Lehrplans angeboten, die sich mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz befassen.

Mehrweg ist mehr wert

Laut Städtischer Satzung gilt bei Veranstaltungen in städtischen Gebäuden oder auf Plätzen das Gebot der Verwendung von Mehrweggeschirr.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Kontrolle über die Einhaltung des Mehrweggebotes bei Veranstaltungen auf städtischen Liegenschaften: Umsonst & Draußen, Africa Festival, Frühling International; auf Sportstätten, Märkten und dergleichen.
- » das Erstellen eines verpflichtenden Abfallkonzepts für Veranstaltungen.
- » eine Festlegung in der Wochen- und Jahrmarktsatzung - Verzicht auf Verpackungen aus PVC, Schaumpolystyrol und Aluminium.

Anpassung der Friedhofssatzung

Die Nutzung von Mehrwegkerzenbehältern im Wald- und Hauptfriedhof durch Aufstellen von entsprechenden Kerzenautomaten muss von der Stadt gefördert werden.

Ressourceneffizienz durch Sharing / Nutzen statt Besitzen: gemeinschaftlicher Konsum

Die Stadt wird angehalten, Sharing-Initiativen zu beraten und zu unterstützen.

Vom Sperrmüll zum Bestseller

Die ganze Stadt ein Tauschmarkt: Am Cleaning Day verwandelt sich Helnsinki in einen Flohmarkt. Jede*r kann seine Möbel, Kleider und was er*sie sonst nicht mehr will, direkt vor der Haustüre oder an Sammelplätzen verkaufen. Der Standort wird zentral auf einer Karte eingetragen, ebenso Öffnungszeiten und Kategorie.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Einführung eines Cleaning Days in Würzburg nach dem Vorbild Helsinkis.
- » die Unterstützung und Bewerbung der Würzburger Initiativen wie Brauchbar.
- » die Wiedereinführung der alten Sperrmüllabfuhr, damit Menschen sich gezielt brauchbare Gegenstände von der Straße abholen können.

2. STUFE: VORBEREITUNG ZUR WIEDERVERWENDUNG

In sogenannten Repair Cafés werden schadhafte Gegenstände allein oder gemeinsam mit anderen repariert.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Suche nach Ausbaumöglichkeiten des Würzburger Repair Cafés.
- » die Suche nach Möglichkeiten, um die Erfassung von Gebrauchtmobilien und Sperrmüll zu optimieren - mit dem Ziel einer Erhöhung der Wiederverwendungsquote.

3. STUFE: RECYCLING

Die Voraussetzung für ein hochwertiges Recycling ist die richtige Abfalltrennung.

Öffentlichkeitsarbeit

- » Kreative Trennkampagnen: „Trennt-Wende Würzburg“, Herausgabe eines „Trennt-Magazins“ oder Newsletter der Stadtreiniger.
- » Regelmäßige Teilnahme am Weltrecyclingtag, der erstmals am 18. März 2018 stattfand.

Weniger Abfall - weniger Gebühren

Viele Landkreise und Städte berechnen die Müllgebühren nach Gewicht und/oder der Anzahl der Leerungen. So müssen die Bürger*innen nur für die Abfallmenge bezahlen, die sie verursachen, und nicht für eine festgelegte jährliche Pauschale, wie das in Würzburg der Fall ist. Die Abfallbehälter werden mit elektronischen Chips oder Barcodes ausgestattet, Lesegeräte am Müllfahrzeug identifizieren den Behälter und speichern die Leerung. Die Einführung des Systems führt immer zu einer deutlichen Reduktion der Restmüllmenge und gleichzeitig zu einer Erhöhung der wiederverwertbaren Stoffe. In der Regel kommt es nicht zu vermehrter Ablagerung in der Natur. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für die Einführung eines elektronischen Behälter-Identifikationssystems – als Pilotprojekt in geeigneten Stadtteilen – ein.

Biologisches Recycling von Bioabfällen: Vergären und Kompostieren

Die älteste Form des Recyclings ist die Kompostierung. Der Würzburger Kompost wird vornehmlich in der Landwirtschaft eingesetzt. Er fördert die Humusbildung im Boden und ersetzt dadurch Kunstdünger oder Torf. Die Würzburger Bioabfälle werden bisher in einer stadtnah gelegenen, eingehausten Anlage kompostiert. Im Gegensatz zur Technik der Vergärung können bei der Kompostierung die anfallende Wärme und die Gase nicht genutzt werden. Plastiktüten und andere Störstoffe in der Biotonne von Haushalten können dazu führen, dass Kompost nicht mehr als Dünger genutzt werden kann, weshalb Verbraucher*innen in geeigneter Form darauf hingewiesen werden sollten.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » den Beginn des Baus einer Vergärungsanlage. Die bereits bei den Stadtwerken erarbeiteten Pläne für eine Vergärungsanlage sollen auf ihre heutige Verwendbarkeit geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.
- » die Veredelung des in der Vergärungsanlage entstandenen Biogases und dessen Einspeisung ins Erdgasnetz. Der Fermenter wird von der Abwärme des MHKW beheizt: eine deutliche Verbesserung der Energiebilanz des Müllheizkraftwerkes.
- » eine kostenlose Ausgabe von Papiertüten, um die verbotene Nutzung von Plastiktüten für die Biotonne zu unterbinden.



Foto von DebSankar/Shutterstock.com

- » eine Förderung der Abfallberatung durch den Einsatz von ehrenamtlichen Abfallberater*innen, sogenannten Botschafter*innen, die in ihrem Umfeld und darüber hinaus zum Sammeln und richtigen Umgang mit Biomüll motivieren. Auch das Angebot an die Bewohner*innen einer Vor-Ort-Abfallberatung ist anzustreben.
- » eine kontinuierliche und koordinierte Zusammenarbeit der Würzburger Abfallberatung mit den (städtischen) Wohnungsbaugesellschaften, mit dem Ziel einer gemeinsamen aktiven und direkten Ansprache von Mieter*innen zur besseren Mülltrennung.
- » eine regelmäßige Teilnahme an den deutschlandweiten Aktionswochen zur Biotonne.

Energiewende gelingt nur durch Rohstoffwende

Wegen schwacher Rückläufe bei Batterien und Elektronikgeräten müssen Wege gefunden werden, die ab 2019 gesetzlich vorgeschriebenen Sammelquoten für gebrauchte Elektrogeräte und Batterien zu erfüllen. Hier muss die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, wie die Sammelquoten deutlich gesteigert werden können.

Lebensmittel sind kostbar – Man muss sie restlos genießen.

Gemeinsam mit dem Sozialreferat, dem Handel, der Gastronomie und sozialen Trägern sollen Wege zur Reduktion des Lebensmittelanteils im Müll gesucht werden. Initiativen zur fairen Umverteilung von Lebensmitteln, die im Müll landen würden, sollen gefördert werden. Die Umverteilung an wohnungslose Menschen ist dabei verstärkt zu fördern.

Erfassung von Kunststoffen:

Das Meer ertrinkt im Abfall

Wertstoffe wie Kunststoffe, Metalle, elektr(on)ische Kleingeräte wie Handys, sowie CDs sind zu wertvoll, um weggeworfen zu werden. Wir fordern daher ein wirkungsvolles Erfassungssystem für wertstoffgleiche Materialien wie Plastikeimer oder Pfannen - z.B. im Rahmen des Cleaning Days.

Coffee to go

Die Versuche der Stadt, einen Würzburger Mehrwegbecher einzuführen, müssen konsequent und flächendeckend ausgebaut werden.

Kreislaufwirtschaft auf dem Bau

Bau- und Abbruchabfälle stellen den größten Stoffstrom in der Abfallwirtschaft dar. Um Ressourcen zu schonen, müssen diese wiederverwertbaren Rohstoffe sinnvoll und effizient eingesetzt und ihre Akzeptanz erhöht werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » einen von der Verwaltung erarbeiteten Leitfaden für den Einsatz von Recycling-Baustoffen als Beilage zu jedem Bauantrag.
- » die Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Förderung des Bauabfallrecyclings. Die Stadt verpflichtet sich, bei ihren eigenen Bauvorhaben die Kreislaufwirtschaft auf dem Bau zu fördern. Bei Ausschreibungen und Vergaben soll der Einsatz von Recyclingmaterial ausdrücklich befürwortet und die Nichtverwendung begründet werden.
- » ein Verbot des Einbaus von Schlacke aus der Müllverbrennung im Straßen- und Platzunterbau!

4. STUFE: VERWERTUNG

Nicht alles, was gut brennt, soll in der Müllverbrennungsanlage verbrannt werden. Im Jahr 2015 beschloss die Verbandsversammlung die schrittweise Sanierung der drei Ofenlinien. Die Sanierungsbedürftigkeit der drei Ofenlinien bietet auch die Chance der teilweisen Stilllegung. Wir GRÜNE fordern, dass die Stadt Würzburg alle Möglichkeiten auslotet, mindestens eine Ofenlinie stilllegen zu können.

5. STUFE: BESEITIGUNG

Reststoffe, beispielsweise die hochgiftigen Filterstäube aus dem MHKW, die trotz konsequenter Anwendung der Stufen 1 bis 4 nicht zu vermeiden sind, werden nicht „beseitigt“, sondern sind rückholbar zu deponieren, um sie für mögliche künftige Verfahren verfügbar zu halten.



SOZIALES

KLIMA

GERECHT – MENSCHENWÜRDIG – INKLUSIV

Wir GRÜNEN stehen für ein positives und achtsames soziales Klima in unserer Stadt. Alle Menschen sollen in ihrer individuellen Vielfalt gut miteinander und nebeneinander leben können. Solidarität, Teilhabe, Selbstbestimmung und Toleranz gehören zu unseren GRÜNEN Grundwerten. Rechtes Gedankengut, insbesondere egoistischer, ausgrenzender Populismus hat bei uns GRÜNEN keinen Platz.

KINDER UND FAMILIEN

Wir möchten eine lebenswerte Stadt für unsere Kinder und Familien. Deshalb muss die Familien- und Kinderfreundlichkeit bei der Stadtentwicklung besonders berücksichtigt werden. Da sich der Lebensraum von Kindern in unmittelbarer

Nähe ihrer Wohnung befindet, kommt stadtteilorientierten Konzepten eine große Bedeutung zu. Naturnahe gestaltete Spiel-, Bolz- und Aufenthaltsflächen müssen in ausreichender Anzahl vorhanden sein, zudem Begegnungsstätten für Jung und Alt.

Trotz vieler Fortschritte ist es für viele Würzburger Eltern nach wie vor nicht möglich, die benötigten Betreuungsangebote für ihre Kinder zu finden, und es ist davon auszugehen, dass der Bedarf weiter steigen wird. Jede Familie muss die Möglichkeit und die Wahl haben, ihre Vorstellungen der Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf umsetzen zu können. Deshalb müssen insbesondere Krippen und Kitaplätze konsequent weiter ausgebaut werden. Dabei darf die Qualität der Betreuung nicht vernachlässigt werden: Betreuungsverhältnis, Gruppengröße und die Möglichkeit für Erzieher*innen, sich kontinuierlich weiterzubilden und Zeit für Konzeptionsarbeit

zu haben, sind dabei wichtige Elemente. Neben Angebot und Qualität müssen auch die Öffnungszeiten flexibel und familienfreundlich gestaltet werden, wozu auch normale Öffnungszeiten während der Schulferien gehören. Zusätzlich unterstützen wir Betreuungskonzepte, die auf besondere Bedürfnisse eingehen, wie z.B. eine 24-Stunden-Kita.

Als hilfreiche und wirksame Gruppierungen zur Unterstützung von Familien haben sich neben der städtischen Jugendhilfe der Stadtjugendring (SJR) und die ARGE Familien bewährt und sollten deshalb finanziell und personell unterstützt werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » den konsequenten Ausbau von Kindertagesstätten.
- » den Ausbau offener Kinder-

und Familientreffs in allen Stadtteilen.

- » den Erhalt und Ausbau von Spiel- und Bolzplätzen.
- » den Erhalt und eine Weiterentwicklung des Angebots an Beratung, Familienhilfen, Tagesbetreuung, Pflegefamilien und Heimen.
- » die Sicherung des Angebots an qualitativ hochwertigen Ferienfreizeiten.
- » die Einrichtung eines Jugendzeltplatzes.
- » die Aufstockung des städtischen Nothilfefonds gegen Kinderarmut.

JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE

In der Entwicklung zum Erwachsenen ist es für Jugendliche unerlässlich, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen. Hierfür müssen Räume außerhalb der familiären vier Wände zur Verfügung stehen. Da zudem Jugendliche und junge Erwachsene häufig ein großes Interesse am sozialen und politischen Geschehen haben, sollten sie auch die Möglichkeit bekommen, am politischen Leben der Stadt zu partizipieren. Hierbei ist es für die jungen Menschen von großer Bedeutung, dass man ihnen auf Augenhöhe begegnet und ihre Belange ernst nimmt.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die ausreichende Bereitstellung von Räumen für Jugendtreffs, die der Kreativität und dem gegenseitigen Austausch dienen.
- » die Bildung eines Jugendparlaments und die Behandlung von Anträgen des Jugendparlaments an den Stadtrat in angemessener Frist.
- » die Gründung eines Rings politischer Jugend nach dem Vorbild der Stadt München, der mit staatlicher finanzieller Unterstützung insbesondere politische Bildungsarbeit für junge Menschen fördert.

ALT WERDEN IN WÜRZBURG

Die Stadt Würzburg hat einen hohen Anteil an Bewohner*innen im Alter von über 65 Jahren. Diese werden durch die aktive Senior*innenvertretung unterstützt und vertreten, mit der wir als GRÜNE in regelmäßigem Kontakt stehen. Wir begrüßen und unterstützen die Arbeit der Senior*innenvertretung, in deren Reihen wir uns ausdrücklich mehr Frauen als Mitglieder wünschen.

Wohnen im Alter

Laut Umfragen wünschen sich die meisten Menschen, im Alter im gewohnten Umfeld weiter leben zu können. Darauf muss die Stadt mit passenden Maßnahmen reagieren.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

» eine Ausweitung der Beratungsstelle zur Wohnungsan-

passung, um noch mehr Menschen über Umbau- und Fördermöglichkeiten im eigenen Zuhause beraten zu können.

- » die Schaffung von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum.
- » eine Qualitätssicherung der Nahversorgung und von Mobilitätsangeboten in den Stadtteilen. Hierbei sollen nicht nur große Discounter, sondern auch kleine differenzierte Verkaufsangebote bei der Planung mitgedacht und entsprechend gesucht und unterstützt werden.
- » ausreichend Sitzgelegenheiten und gepflegte Wege mit ausreichender Beleuchtung.
- » innovative Wohnmodelle wie WGs oder generationenübergreifendes Wohnen - weg von komplexen Großeinrichtun-



gen. Dabei drängen wir GRÜNE auf eine bessere und andere Förderung durch Land und Bund.

Menschenwürdige Pflege im Alter

Viele Senior*innen sind bis ins hohe Alter gesund und fit. Auf der anderen Seite wächst jedoch auch die Anzahl der Menschen, die aufgrund einer Erkrankung und/oder Behinderung auf Pflege angewiesen sind. Auch in Würzburg werden nach wie vor noch mehr Menschen zuhause als in Einrichtungen gepflegt. Ambulante Versorgung ist deshalb nach allen Kräften zu unterstützen und zu fördern, Räumlichkeiten für stadtteil orientierte Beratungs- und Vermittlungsstellen sind zu schaffen. Die stadtnahe Stiftung „Bürgerspital“ betreibt 7 Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtungen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » flexiblere Angebote im ambulanten und teilstationären Bereich und eine optimale Förderung.
- » den konsequenten Verzicht auf Fixierungen und freiheitsentziehende Maßnahmen in allen Einrichtungen. Das Bürgerspital und auch Träger*innen anderer Einrichtungen werden angehalten, sich dem sogenannten „Werdenfelser Weg“ anzuschließen.

INKLUSION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Inklusion und somit die Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung im alltäglichen Zusammenleben sollten eine Selbstverständlichkeit darstellen. 2014 hat

die Stadt Würzburg den Aktionsplan Inklusion beschlossen. Es wurde eine Inklusionsbeauftragte eingestellt und zum Aktionsplan Arbeitsgruppen gebildet. Erstmals wurden Inklusionswochen der Stadt angeboten. In den sechs Handlungsfeldern Bildung und Erziehung, Arbeit und Beschäftigung, Bauen und Wohnen, Mobilität, Kultur/Freizeit/Sport sowie gesellschaftliche und soziale Teilhabe bestehen jedoch weiterhin viele offene Maßnahmen und damit Defizite in der Ausgestaltung der angestrebten inklusiven Gesellschaft.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Fortschreibung des Aktionsplans nach 10 Jahren mit erneut umfassender Beteiligung der Stadt.
- » eine zeitnahe Evaluation der vollzogenen Maßnahmen, Defizite und Themen.



Foto von falco auf pixabay.com

- » die Aufwertung und Professionalisierung der Arbeit des Behindertenbeirats, insbesondere durch die Schaffung der Stelle einer*ines Behindertenbeauftragten.
- » die Finanzierung und Planung umfassender Barrierefreiheit beim Verkehr, beim Bauen und Wohnen sowie in der Kommunikation. Darunter fallen unter anderem:
 - » mehr Parkplätze für Menschen mit Behinderung in der Innenstadt, insbesondere vor für Behinderte wichtigen öffentlichen Gebäuden. Diese sollten auch eine ausreichende Größe für das Parken von Transportern aufweisen.
 - » barrierefreie Toiletten mit Pflegeliegen für erwachsene Menschen mit Behinderung in öffentlichen Gebäuden.
 - » vibrationsarme und barrierefreie Wege in der ganzen Stadt, insbesondere auf Kopfsteinpflaster.
 - » einen umfassenden Einsatz der Stadt für die Verkehrssicherheit von Behinderten im Rahmen ihrer Möglichkeiten.
 - » einen vermehrten Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher*innen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens
 - » den barrierefreien Ausbau sämtlicher Bushaltestellen bis zum Jahr 2026.
 - » eine Stärkung des Ombudsrats und des Bündnisses für Zivilcourage für deren übergreifende Antidiskriminierungsarbeit.

Viele Eltern schwerst mehrfachbehinderter Kinder kostet es Überwindung, einen gemeinsamen Stadtbummel zu machen. Oftmals werden sie von allen Seiten angestarrt oder – bei verhaltensauffälligen Kindern – gemäßregelt. Das verletzt und demütigt. Deshalb ist es umso wichtiger, Aktivitäten anzubieten, um sich kennenzulernen und Berührungssängste zu überwinden. Sehr gut gelingt das bei Festen auf eine spielerische Art: beim gemeinsamen Rollstuhlparcours oder beim Üben mit dem Blindenstock bei verdunkelten Augen. Bei Outdoor-Veranstaltungen wie z.B. Faschingsumzug oder Konzerten empfindet sich ein Behindertenareal als geschützter Raum in Form einer Bühne. Wir Würzburger GRÜNE setzen uns dafür ein, dass städtische Veranstaltungen inklusiv gestaltet werden, insbesondere durch inklusive Aktivitäten wie einen Rollstuhlparcours, an dem auch nichtbehinderte Kinder teilnehmen können und sollen, aber auch durch eine Bereitstellung ausreichender Sonderparkplätze.

GESCHLECHTER- GERECHTE POLITIK

Um nachhaltige Entscheidungen in kommunalen Bereichen wie etwa der Verkehrs- und Stadtentwicklungsplanung zu treffen, ist es notwendig, die Unterschiede der Geschlechter beim kommunalpolitischen Handeln zu berücksichtigen. Bei jeglichen Entscheidungen ist stets im Sinne des Gender Mainstreamings die Perspektive aller Geschlechter mitzudenken, um potenzieller Diskriminierung vorzubeugen.

Es bedarf einer deutlichen Verbesserung der Entgeltgleichheit, gleichberechtigter Teilhabe am Arbeitsmarkt, des Aufbrechens von Rollenbildern und vor allem der Erreichung einer paritätischen Besetzung in Führungspositionen und -gremien, gerade im öffentlichen Dienst. Die Stadt nimmt hier eine Vorbildfunktion für Gesellschaft und private Wirtschaft ein. Die Gleichstellungsbeauftragten haben dabei eine unverzichtbare

und wertvolle Schlüsselrolle.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine geschlechterparitätische Besetzung in städtischen Gremien und Aufsichtsräten.
- » die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- » interne Weiterbildungsmöglichkeiten während der Familienpause und Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf.
- » eine gezielte Frauenförderung auf höherer Leitungsebene.
- » die Förderung von Geschlechterparität in geschlechtlich unausgeglichen ausgelasteten Berufssparten.

- » eine geschlechtersensible und bürgernahe Sprache in der Verwaltung.
- » die vermehrte Benennung von Straßen nach verdienten Frauen.
- » die Herausstellung der Vorbildfunktion erfolgreicher Frauen im Hinblick auf das Selbstbewusstsein und die Zielorientierung junger Mädchen.

FRAUENHÄUSER

Obwohl nur 3 % der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen Hilfe in Frauenhäusern suchen, reicht die Anzahl der vorhandenen Plätze bei weitem nicht aus. Nach einer Studie, die 2016 im Auftrag der Staatsregierung durchgeführt wurde, muss jede zweite Frau, auch in akuter Bedrohungslage, abgewiesen werden. Der Grund hierfür liegt in der nicht vor-

handenen Grundsicherung der Frauenhäuser durch den Freistaat Bayern, der diese Plätze nur mit 10 % der Gesamtkosten unterstützt. Den Hauptanteil der Kosten muss der jeweilige Träger schultern und ist somit auf Spenden und kommunale Zuschüsse angewiesen. Zudem ist aufgrund der zwangsläufigen Überbelegung das Personal überlastet, und dringend notwendige Rückzugsräume für die stark traumatisierten Frauen sind nicht vorhanden und Mittel für Sanierungen (z.B. Barrierefreiheit) fehlen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine gemeinsame Förderung weiterer Frauenhausplätze mit den umliegenden Landkreisen.
- » die Bereitstellung sogenannter „Second Stage“-Schutzwohnungen in der Stadt,

welche die Frauenhäuser entlasten und den Frauen einen langsamen Übergang in die Selbständigkeit bieten.

- » eine weiterhin großzügige Unterstützung der Frauenhäuser. Gleichzeitig muss die Staatsregierung auf die Missstände hingewiesen und auf eine notwendige Grundsicherung hingewirkt werden.

VIELFALT ALLER LEBENSWEISEN

In Würzburg müssen alle Lebensentwürfe ohne Diskriminierung möglich sein. Homosexualität und Transidentität sind Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine weitere Unterstützung des Christopher Street Days.
- » ein Engagement der Stadt beim Tag gegen Homophobie.
- » die Förderung von LGBT*-Organisationen.
- » die finanzielle Unterstützung von Beratungsstellen.
- » eine gute Zusammenarbeit mit dem Ombudsrat und der Gleichstellungsstelle, um Diskriminierung zu vorzuzukommen.

KEIN PLATZ FÜR NAZIS

Dass rechte Hetze in Würzburg nicht toleriert wird, haben die vielfältigen Proteste gegen Veranstaltungen von

Neonazis gezeigt. Als GRÜNE setzen wir uns weiterhin dafür ein, antifaschistischen Protest zu unterstützen und die Zivilgesellschaft zu stärken. Wir sehen dabei auch die Stadt Würzburg in der Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um neonazistische Veranstaltungen zu verhindern. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, das allerdings dann an seine Grenzen stößt, wenn die Versammlung die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert oder verharmlost. Ist dies zu befürchten, kann ein Verbot der Versammlung geprüft werden. In Fällen ohne rechtliche Handhabe gegen solche Aufmärsche fordern wir die Stadt auf, durch entsprechende Auflagen bezüglich Standort, Marschieren im Gleichschritt, Mitführen von Pyrotechnik etc. deutlich zu machen, dass Neonazis in Würzburg nicht der rote Teppich ausgerollt wird.

Gleichzeitig erklären wir uns solidarisch mit denjenigen, die gegen rechtsextreme Demonstrationen protestieren.

FLUCHT UND MIGRATION

Integration von Zugewanderten

Zentrale Aspekte bei der sozialen Eingliederung von Mitbürger*innen aus fremden Herkunftsländern und deren Nachkommen in unsere Gesellschaft sind vor allem Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Partizipation, Werte und Identifikation. Der Begriff Integration umfasst zudem eine sukzessive Gleichstellung zu anderen Einwohner*innen in Rechten, Pflichten und Chancen.

Geflüchtete „Willkommen heißen“

Wir möchten Menschen, die in Deutschland Zuflucht und Asyl suchen, warmherzig willkommen heißen. Niemand verlässt gern seine*ihre Heimat und lässt alles zurück, was ihm*ihr vertraut ist. Es sei denn, Verfolgung oder Krieg zwingen die Menschen dazu. Wir wünschen uns ein positives Miteinander, welches zu sozialen und kulturellen Ge-

winnen beiderseits führt. Insbesondere Berührungängste und die Angst vor dem „Fremden“ müssen durch Begegnungen überwunden werden. Um deutlich zu machen, dass Geflüchtete willkommen sind, hat der Stadtrat beschlossen, Würzburg zu einem „sicheren Hafen“ zu machen. Dies bedeutet, dass insbesondere aus Seenot gerettete Menschen schnell und unkompliziert aufgenommen werden. Zugleich erklären wir damit, dass wir Seenotrettung nicht für ein Verbrechen, sondern für ein Gebot der Menschlichkeit halten.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

» ein besonderes Augenmerk auf die schulische und berufliche Ausbildung von Migrant*innen und Geflüchteten, und deren Unterstützung durch mehr Sozialarbeit.

- » eine Unterstützung auf dem Weg zur Erwerbstätigkeit von Migrant*innen und Geflüchteten seitens der Kommune.
- » die Einhaltung und Förderung des kommunalen Integrationskonzepts in Zusammenarbeit der Stadt mit dem Ausländer*innen-Beirat.
- » die Förderung einer regelmäßigen Teilnahme von Migrant*innen und Geflüchteten an Sprachkursen und die Evaluation der Institute im Hinblick auf die korrekte Durchführung.
- » eine Erleichterung des Zugangs zu allen städtischen Veranstaltungen des öffentlichen Lebens für Migrant*innen und Geflüchtete, um ein häufiges Miteinander zu fördern.
- » eine menschenwürdige und sichere Gestaltung der Gemeinschaftsunterkünfte (z.B. Reinigung, Schallschutz, Privatsphäre, mehr Grün im Außenbereich).
- » die Bereitstellung von individuellem Wohnraum, insbesondere für Familien.
- » eine klare Positionierung der Stadt Würzburg gegen die Abschiebung von beruflich integrierten Geflüchteten, sowie prinzipiell gegen die Abschiebung in unsichere Herkunftsländer, wie Afghanistan.
- » eine großzügige Nutzung der Spielräume bei der Anwendung des Ausländerrechts seitens der Stadt.
- » eine Schulung des Stadtverwaltungspersonals hinsichtlich seiner interkulturellen Kompetenz.

- » die Pflege und den Ausbau von Begegnungsräumen zum gegenseitigen Kennenlernen und kulturellen Austausch, z.B. für Jugendliche oder für Frauen, die ohne Sprachkenntnisse nur in den eigenen vier Wänden bleiben oder auch für alte Menschen, die es besonders schwer haben, in der neuen Umgebung, Sprache und Kultur Fuß zu fassen.

ARMUT IN DER STADT

Die Zahl derer, die von Armut betroffen sind, steigt auch in Würzburg und ebenso ist es auch hier nicht leicht, sich aus langandauernder Armut wieder zu befreien. Besonders betroffen sind hiervon ältere Menschen, dabei häufiger Frauen als Männer, und Alleinerziehende. Alleinerziehende leben nicht selten trotz Erwerbstätigkeit an der Armutsgrenze und müssen insbesondere im Hinblick auf das noch

unzureichende Angebot an Kinderbetreuung intensiver unterstützt werden. Wochenend- oder Schichtarbeit sind für Alleinerziehende mit Kindern schwierig. Eng verknüpft ist das Thema auch mit der Wohnsituation dieser Menschen, welche häufig als „Risikogruppen“ diskriminiert werden. Die Mieten sind außerdem zu hoch, die Energiekosten werden nicht adäquat übernommen und günstiger Wohnraum ist schwer zu finden. Auch wenn die Zuständigkeit beim Bund liegt, muss die Stadt Würzburg Härtefallsituationen abfangen. So wurden auch durch unsere Anträge zwei Nothilfefonds für Senior*innen und Familien mit Kindern geschaffen, dessen Nutzung von uns beobachtet und eine Aufstockung regelmäßig beantragt wird.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Stelle einer*eines Familienbeauftragten, deren*dessen

Fokus auf der Bekämpfung der Kinderarmut liegen soll.

- » eine Erweiterung der optimierten Lernförderung des Bildungs- und Teilhabepaketes.
- » die Einführung eines „Sozialtickets/Bonus-Card“ oder ähnlichem in Würzburg nach dem Vorbild anderer Kommunen.
- » eine finanzielle Aufstockung des Gehalts für betreuendes Pflegepersonal, insbesondere für Wochenend- und Schichtdienste.
- » die Erarbeitung neuer Wohnkonzepte, wie z.B. öffentlich geförderte Alleinerziehenden-Wohngemeinschaften nach Berliner Modell.

WOHNUNGS- UND OBDACHLOSIGKEIT

Immer mehr Menschen verlieren aus den unterschiedlichsten Gründen – auch hier in Würzburg – ihre Unterkunft und finden keine neue Behausung. Das Ordnungsrecht sieht vor, dass die Kommune, also die Stadt Würzburg, jedem unfreiwillig obdachlos gewordenen Menschen eine Unterkunft zur Verfügung stellen muss. Dafür gibt es aber leider bundesweit keine einheitlichen Maßstäbe.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Unterstützung der bestehenden Notunterkünfte durch ausreichende Sach- und Personalkostenzuschüsse und räumliche Erweiterungen.
- » die Bereitstellung von Verfügnungswohnungen ausgestattet

mit Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen, da die obdachlosen Menschen in der Regel nichts oder sehr wenig besitzen.

Ebenso steigt auch die Zahl der wohnungslosen Menschen in Würzburg an. Das sind Menschen, die nicht als obdachlos gelten, sondern irgendwo bei Freunden, Verwandten oder Bekannten unterkommen, oft unter schwierigsten Bedingungen, da sie einfach keine Wohnung finden können. Hier ist der Anteil von alleinerziehenden Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, sucht- oder psychisch erkrankten Personen sehr hoch. Leider finden sich hier auch sehr häufig Menschen, die sich schon lange in prekären Arbeitsverhältnissen befinden (Leiharbeitsverhältnisse, Kettenbefristungen und dergleichen), wieder. Die Stadt muss ein besonderes Augenmerk auf diese Personengruppe haben, und sie bei der Belegung von geförderten Wohnungen entsprechend bevorzugen.

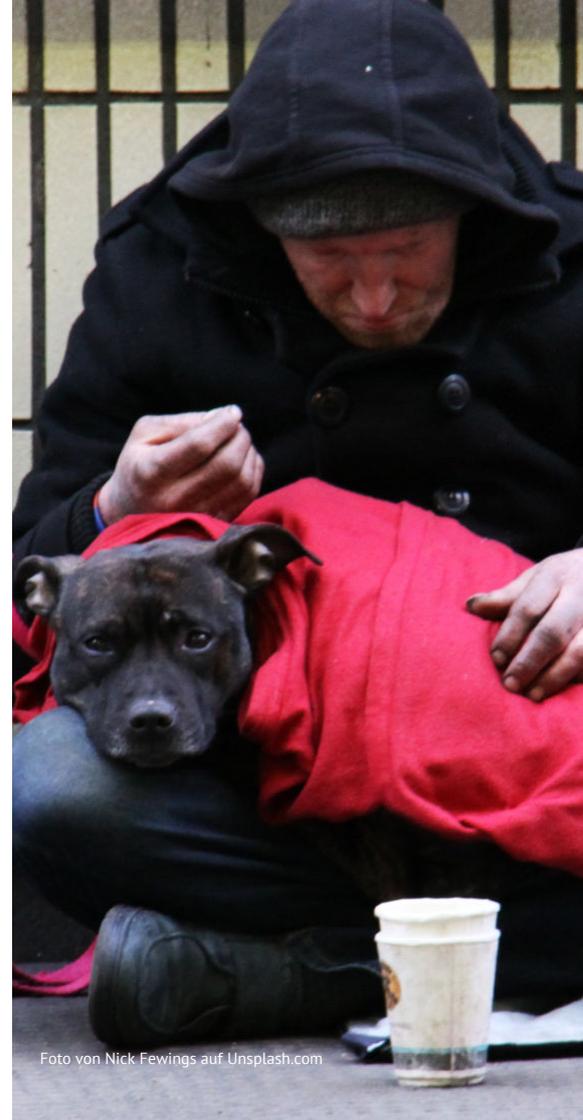


Foto von Nick Fewings auf Unsplash.com

HILFE FÜR SUCHTKRANKE

(Schwerst-)Suchtkranke Menschen befinden sich in den meisten Fällen in einer ausweglosen Situation und leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Um eine Chance auf ein Leben in Würde zu erhalten, brauchen diese Menschen Hilfe von außen. Der Verein Condrops in Würzburg hilft Suchtkranken wirkungsvoll, indem er z. B. Räume und Personal zur Verabreichung von Substitutionsmitteln unterstützt, und dazu Begegnungsräume in suchtfreier Umgebung und Arbeitsplätze schafft.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine ausreichende Anzahl an Räumen und Ärzten, die für eine Substitutionsambulanz zur Verfügung stehen.
- » eine weitere Zusammenarbeit mit dem Verein Condrops und dessen bestmögliche finanzielle Unterstützung.





**KULTUR FÜR ALLE
IN EINEM BUNTEN
WÜRZBURG**

GRÜNE Kulturpolitik steht für Welt-offenheit und Vielfalt. Unterschiedliche kulturelle Ansätze sind keine Gegensätze, sondern bereichern unsere Stadt. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass kulturelle Vielfalt Würzburg insgesamt voranbringt. Wir beschäftigen uns mit der eigenen Geschichte und blicken nach vorn mit einem Kulturleben, das niemanden ausschließt, sondern kulturelle Teilhabe bezahlbar für alle im Blick hat.

KULTURELLE VIELFALT-FREIE KULTURSZENE

Ohne die privaten bzw. freien Kulturträger wäre eine bunte Kulturszene gar nicht denkbar. Das Afrika Festival, das Stramu (Straßenmusikfestival) sowie das Umsonst und Draußen sind mit großer Reichweite zu Markenzeichen unserer Stadt geworden und dürfen nicht in Frage gestellt werden. Ebenso hat sich auch das genossenschaftliche Programm

Central jetzt fest im Bürgerbräu-Areal etabliert. Die freie Theaterszene bietet ein breit gefächertes Programm in einem Ambiente, das für viele Menschen einen leichten Einstieg ins Kulturangebot bietet. Dasselbe gilt für die Kunst- und Musikszene.

Die 2017 überarbeiteten Kulturförderrichtlinien geben den kontinuierlich arbeitenden Institutionen mehr Gerechtigkeit und Planungssicherheit. Außerdem gibt es eine Projekt- und Impulsförderung. Weitere Fördermöglichkeiten bestehen für einzelne Investitionen sowie für Einzel- bzw. Nachwuchskünstler*innen.

- » Wir begrüßen das niederschwellige Beratungsangebot des städtischen Kulturamts zur Förderfähigkeit von Projekten, sowie die Vielfalt der Förderung, die Projekte wie „Würzburg liest ein Buch“ oder Schulprojekte einschließt.

» Ebenso schätzen wir die Beratungstätigkeit des Dachverbands freier Kulturträger und setzen uns für ihre Förderung ein. Als städtisch finanzierte Stelle bietet sie einfache Beratung von Künstler*innen für Künstler*innen.

» Wir GRÜNE werden darauf achten, dass weiterhin die städtischen freiwilligen Leistungen dem Erhalt und der Erweiterung dieser Vielfalt dienen. Dazu müssen die freiwilligen Leistungen der Stadt gerecht verteilt und verlässlich an die steigenden Kosten angepasst werden.

Jugendkultur

Für die Universitäts- und Ausbildungsstadt Würzburg ist Kultur für Jugendliche und junge Erwachsene besonders wichtig, weil sie mit dafür sorgt, dass Würzburg attraktiv ist und bleibt. Die Stadtteil- und Jugendzentren Würzburgs bieten Jugendlichen



Foto von Barbara Lehrrieder

Räume, um sich und ihre Interessen zu entfalten. Sie werden auch für kulturelle Veranstaltungen genutzt, insbesondere das Jugendkulturhaus Café Cairo und der B-Hof. Zudem brauchen junge Künstler*innen Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten. Die aufsuchende Arbeit des Vereins Willkommen mit Musik ist zu unterstützen und fortzuführen. Es fehlt jedoch weiterhin ein soziokulturelles Zentrum, wie es in vergleichbaren Städten in der Regel zu finden ist.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Erstellung eines Konzeptes für eine soziokulturelle Einrichtung an einem geeigneten Standort in Würzburg. Sie soll barrierefreien Raum bieten für kulturelles, politisches und kreatives Engagement, sowie Bildung in Eigenverantwortung – das sogenannte „Skill-Sharing“.

- » dauerhafte Bleiben für Initiativen wie „Freiraum“, die sich der Idee des nutzungsorientierten Teilens verpflichtet fühlen. Dies könnte in noch zu erwerbenden Flächen wie dem Faulenbergareal geschehen.
- » eine Planungssicherheit und Unterstützung für Initiativen wie Luftschloss, Freirad, Initiativ Bleiberecht und Miezekoze. Diese Initiativen setzen wichtige Akzente nachbarschaftlicher Teilhabe.

BILDENDE KUNSTSZENE

Das Schaffen und Wirken von zeitgenössischen Künstler*innen aller Gattungen ist für eine Kommune unverzichtbar. Eine lebendige, kulturoffene Stadt schafft deshalb günstige Rahmenbedingungen für Kulturschaffende in den institutionalisierten Einrichtungen und fördert vor allem auch die freie Kulturszene.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns im Bereich der Bildenden Kunst ein für:

- » eine regelmäßige Anpassung des bestehenden städtischen Förderprogramms für den Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler an die allgemeine Bedarfsentwicklung.
- » ein „Artist in Residence“- Programm für die Stadt Würzburg am Beispiel der Stadt Bamberg, das auch internationalen Künstler*innen der Partnerstädte offensteht.
- » eine Wiederbelebung der Auftrags- und Wettbewerbskultur durch die Stadt.
- » eine Ergänzung des städtischen Petrini-Preises durch einen Sonderpreis für Kunst am Bau.

- » eine Belegung innerstädtischer Plätze durch zeitgenössische Kunst z.B. am Platz vor dem Kulturspeicher.
- » eine Katalogisierung bestehender „Kunst im öffentlichen Raum“ – vom Wiederaufbau bis heute.
- » die Beibehaltung des Haushaltstitels „Künstlerhaus“ (Druckwerkstatt im BBK).
- » eine kulturelle Bildung von Anfang an z.B. durch „Kinder treffen Künstler*innen“ an Grundschulen in Kooperation mit dem Kultur- und Schulamt.

HAFENSOMMER WÜRZBURG

Mitten im Kulturquartier Alter Hafen befindet sich mit der Hafenbühne ein besonders attraktiver Veranstaltungsort, an dem jährlich das Musik- und

Kunsthafensommer stattfindet. Dieses Angebot der Stadt in der theaterfreien Zeit im August, das für die Region Main-Franken bereichernd ist, begrüßen wir GRÜNE. Es zeigt Tourist*innen wie Daheimgebliebenen die Lebendigkeit unserer Stadt. Wir möchten besonders regionale, überregionale und internationale Kultur aus aller Welt für Jung und Alt in lockerer sommerabendlicher Atmosphäre fördern. Als Ergänzung schlagen wir vor, das Kunstschiiff Arte Noah und den Kulturspeicher durch attraktive Angebote während des Festivals einzubeziehen.

MAINFRANKENTHEATER

Wir GRÜNE haben bewusst die großräumige Sanierung des Mainfrankentheaters mitgetragen, da es zu den wichtigsten Kultureinrichtungen unserer Stadt und der Region gehört. So stehen wir auch hinter dem Sanierungsbau des Theaters bis 2022 im laufenden Spielbetrieb.

Theater muss sich den Herausforderungen einer sich in vieler Hinsicht wandelnden Gesellschaft stellen. Zur Gewinnung eines jungen Publikums sind neue Präsentationsformen notwendig. Anzustreben ist ein künstlerischer Experimentierraum mit niedrigen Eintrittsbarrieren und Eventcharakter. Wir GRÜNE befürworten das Theatersemesterticket und die neu eingeführte Möglichkeit für Studierende, Vergünstigungen durch das Studentenwerk auch bei den freien Theatern zu erhalten. Wir begrüßen ebenfalls die Ausweitung dieses Konzepts auf Schüler*innen und Auszubildende.

MUSEUM IM KULTURSPICHER

Das Museum im Kulturspeicher beherbergt sowohl die Städtische Kunstsammlung als auch die Kunstsammlung „Peter C. Ruppert – Konkrete Kunst in Europa nach 1945“. Sie zeigt 350 Werke von 233 Künst-



ler*innen aus 23 europäischen Ländern. Eine vergleichbare Gesamtschau, die immer wieder erneuert und ergänzt wird, sucht man in Europa vergeblich. Sie ist ein Highlight in Würzburgs Museen-Landschaft, dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit noch mehr herausgehoben werden sollte.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Begrünung des Vorplatzes des Kulturspeichers und einer Ausstattung mit Sitzmöbeln, um eine angenehme Aufenthaltsqualität zu schaffen. Auch sollte er für Objekte regionaler Kunstschaffender offenstehen.
- » die Auffindung und Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, insbesondere aus jüdischem Besitz. Für die rechtmäßigen Eigen-

tümer*innen muss individuell eine gerechte Lösung gefunden werden.

- » eine deutliche Hervorhebung des Wegs zum Kulturspeicher, z.B. vom Hauptbahnhof.
- » mehr Aufmerksamkeit für den Kulturspeicher auch von der Wasserseite aus, unter anderem als Anziehungspunkt für die Schiffstouristen, die auch im Alten Hafen an Land gehen.

DAS STAATLICHE MUSEUM FÜR FRANKEN

vormals Mainfränkisches Museum bietet eine gute Gelegenheit, die Würzburger Stadtgeschichte neu zu präsentieren und bisherige Lücken zu schließen. Themen wie Hexenverfolgung, Bauernkrieg und die Gegenreformation, Nationalsozialismus und Wiederaufbau sollten deutlicher herausgestellt werden. Ebenso ist

das Leben der einfachen fränkischen Bevölkerung im Sinne einer Geschichte von unten besser miteinzu beziehen. Im Zusammenhang mit der Generalsanierung muss an eine bessere Zugänglichkeit des Museums in der Festung Marienberg gedacht werden.

EIN MUSEUM FÜR KINDER

Kinder erkunden, probieren und entdecken. Kinder sind neugierig. Kinder denken Dinge neu. Dadurch wird kulturelle Bildung lebendig und macht Kinder zu wichtigen kulturellen Akteuren. Jedoch suchen Kinder in einem Museum ganz andere Erfahrungen als Erwachsene. Sie suchen Experimentierlabore, Forschungsstationen, Spiel- und Freiräume, weshalb herkömmliche museumspädagogische Angebote ihren Bedürfnissen nicht gerecht werden. Ein Kindermuseum ist ein Ort, der Wissenschaft, Spiel, Kunst und Kultur miteinander verknüpft, an dem man ausprobieren, berühren, staunen, for-

schen, nachdenken, basteln, turnen, rennen, riechen und vieles lernen kann. Ein solcher Ort fehlt in Würzburg, einer Stadt, in der immerhin fast 10 % der Einwohner jünger als 15 Jahre sind.

Ein Kindermuseum ist attraktiv für alle Familien, unabhängig von ihrer Bildung oder ihrer Herkunft, wodurch es einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet und auch Menschen aus bildungsschwachen Familien in die Museen einlädt. Sicherlich ebenso relevant aus Sicht der Stadt ist, dass Kindermuseen in anderen Städten gezeigt haben, dass sie kosteneffektiv sind und hohe Besucherzahlen aufweisen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ein neuer, spannender und lebendiger Kulturort für Kinder in Würzburg entsteht. Dazu bedarf es eines runden Tisches mit Sponsor*innen, Hochschulen, Gestalter*innen. Ideal wäre ein Standort im Rahmen der Kulturmeile.

SING- UND MUSIKSCHULE WÜRZBURG

Mit ihren vielfältigen Angeboten richtet sich die Sing- und Musikschule (SiMu) Würzburg an alle, die Lust am Musizieren haben. Die SiMu leistet Breitenarbeit und Begabtenförderung in hoher Qualität. Neben der musikalischen Bildung trägt sie zur Persönlichkeitsentwicklung bei.

- » Wir freuen uns, dass die SiMu nach der Sanierung endlich adäquate Räumlichkeiten im „Hufeisen“ des Mozartareals erhält.
- » Wir begrüßen das Konzept des engen Austausches der SiMu mit der Musikhochschule Würzburg, der durch die räumliche Nähe noch leichter gelingen kann.
- » Um möglichst vielen Kindern eine Musikbildung zu ermöglichen und Begabungen frühzei-

tig zu fördern, müssen durch mehr öffentliche Förderung aus Landesmitteln die Gebühren niedrig gehalten werden.

- » Einkommensschwache Familien sollen ermutigt werden, die Möglichkeiten der Förderung noch besser zu nutzen.
- » Neue Kooperationsformen mit Schulen, Kindergärten und Horten sind zu entwickeln.
- » Inklusive und interkulturelle Projekte wie z.B. die Solidarisches Musikschule bieten eine gute Ergänzung.

DIE STADTBÜCHEREI

Die Qualität einer Bücherei hängt auch vom Etat für Neuanschaffungen ab. Diese sind nötig, um stets mit aktueller Literatur ausgestattet zu sein. Insbesondere der Sprach- und Leseförderung von Kindern und Ju-

gendlichen kommt dies zugute. Doch auch weitere Angebote, wie eine literarische Krabbelgruppe, Bibliotheksbesuche für Kindergarten- und Schulklassen, sowie die Jugend liest ein Buch-Wochen sind wichtige Pfeiler. Die neue Zweigstelle Hubland mit ganztägigem Zugang ist ein zeitgemäßes Konzept und genießt eine Vorreiterrolle in Bayern.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » einen Erhalt der Stadtteilbüchereien und die Etablierung einer SB-Verleihausgabe mit 24-Stunden-Rückgabesystem in allen Zweigstellen.
- » eine Zweigstelle im neuen Jugendzentrum in der Zellerau.
- » eine generelle Öffnung aller Stadtteilbüchereien auch in den Ferien.

» die Bereitstellung eines Sonderbestands an muttersprachlicher Literatur, Sprachmedien und Sprachkurse für die große Gruppe der Migrant*innen, insbesondere aus dem türkischen und dem russischen Sprachraum.

» das Angebot zweisprachiger Lesestunden, damit Kinder ihre Muttersprache erhalten können.

» die Schaffung von mehr Ruhe- und Lernzonen neben Entspannungs-Ecken für kreative Pausen und die Erledigung von Hausaufgaben zwischen Schule und Freizeit. Diese Bereiche sollten mit einem schwarzen Brett für Informationen und einem Smartboard für zeitgemäße Lehr- und Lernformate ausgestattet sein.

» die Schaffung eines Raums für eine Maker Space Werkstatt, um neue Technologien ausprobieren zu können.

LEBENSLANGES LERNEN

Gerade angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen kommt der Volkshochschule eine wichtige Rolle in der Erwachsenenbildung für alle zu. Um auch weiterhin ein offenes, zukunftsweisendes Bildungsangebot gewährleisten zu können, braucht die Volkshochschule (vhs) Planungssicherheit, enge Kooperation und Unterstützung von der Stadt und ihren Bürger*innen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Unterstützung eines Angebots an sozial- und bildungspolitisch relevanten

Kursen an der vhs, die sich finanziell nicht rechnen.

- » die Unterstützung von Kooperationen der vhs mit verschiedenen Institutionen, Einrichtungen und Gruppierungen in der Stadt und im Landkreis, weil alle davon profitieren können.
- » ein durchdachtes Raummanagement, das die Räumlichkeiten verschiedener Institutionen miteinbezieht.
- » ein nach Bedarf strukturiertes Angebot der vhs, sodass Kurse und Materialien für alle Menschen zugänglich sind. Sie sollten darauf ausgerichtet sein, Bürger*innen in ihren persönlichen Bildungswünschen zu unterstützen und ihnen ein Bewusstsein für ihre Wirkmächtigkeit in der Gesellschaft geben.

- » eine*n Ansprechpartner*in für barrierefreien Zugang, um allen die Teilhabe an diesem Bildungsangebot zu ermöglichen.

SPORT

Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Förderung von Sportvereinen für den Breitensport. Er ist das Rückgrat des Sportangebotes in Würzburg mit großer sozialer Bedeutung. Da hier das Ehrenamt am stärksten vertreten ist, muss die Vereinsarbeit von der Stadt unterstützt werden. Vor allem Vereine mit eigenen Sportanlagen sind auf Unterstützung im baulichen Bereich angewiesen. Besonders wichtig sind uns GRÜNEN präventiv wirksame Vereinsangebote, die Kinder, Jugendliche und soziale Integration fördern, sowie Gesundheit und soziale Kompetenzen stärken. Entsprechende Angebote brauchen wir in allen Stadtteilen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » verlässliche feste städtische Zuschüsse für Übungsleiter*innenstunden sowie bauliche Maßnahmen und energetische Sanierungen für die Sportvereine.
- » die Bereitstellung von öffentlich zugänglichen Bewegungsangeboten und Flächen für vereinsungebundene Sportarten für alle Altersgruppen.
- » die Schaffung sicherer Bademöglichkeiten am Main im Stadtgebiet, z.B. am Mainufer in der Zellerau.
- » die Einrichtung eines Etats zur Unterstützung des Sportaustausches mit unseren Partnerstädten.

Durch den **Spitzensport** gewinnt Würzburg erheblich an Bedeutung und Attraktivität hinzu. Für die finanzielle Unterstützung der Sportler*innen braucht es Sponsoren aus der Wirtschaft. Wir stehen dazu, dass die Stadt finanzielle Unterstützung leistet, damit es in Würzburg ein Stadion gibt, das die Anforderungen an den Spielbetrieb in einer Profiligena erfüllt. Dieses Stadion muss bei Bedarf allen Vereinen zur Verfügung stehen. Nachdem sich die Pläne für einen Neubau im Stadtgebiet als ungeeignet erwiesen haben, ist ein Ausbau nur am Dallenberg in nachbarschaftsverträglicher Weise vorstellbar. Dieser Standort ist mit dem Fahrrad, zu Fuß sowie mit dem ÖPNV sehr gut erreichbar.

Schwimmbäder für Sport, Spaß und Gesundheit

Schwimmen ist für viele Menschen im Leben die Sportart, die sie als erste und am längsten ausüben. Immer wieder stehen die Schwimmbäder mit ihren hohen Betriebs- und Sanierungskosten in der Diskussion.



Foto von Thomas Öffner

- » Mit einem Neubau wird das Nautiland als Familien- und Freizeitbad mit einer Saunalandschaft fertiggestellt. Die Preisgestaltung sollte familienfreundlich sein.
- » Das Hallenbad in der Lindleinsmühle wird durch einen Neubau am Standort der Wolffskeelschule in gemeinsamer Trägerschaft von Stadt und Landkreis Würzburg ersetzt.
- » Da ein Drittel der Grundschüler*innen noch nicht schwimmen kann, werden neben dem Projekt „Tauch nicht ab – lern Schwimmen“ noch weitere Maßnahmen benötigt.

GEDENKKULTUR

Die Zerstörung und der Wiederaufbau unserer Stadt sind im Gedächtnis der Würzburger*innen fest eingepägt. Ihrer wird in zentralen Veran-

staltungen am 16. März jedes Jahres gedacht. Erinnerungsstätten wie der DenkOrt Deportationen sollen die Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Ermordung von Würzburger Bürger*innen in der NS-Zeit wachhalten. Über 200 jüdische Mitbürger*innen wurden in der NS-Zeit aus ganz Unterfranken deportiert.

Würzburger Erinnerungskultur zeigt sich:

- » indem der Arbeitskreis Stolpersteine große Unterstützung durch die Stadt erfährt.
- » indem das Würzburger Bündnis für Zivilcourage und der Ombudsrat, die sich gegen jede Form der Diskriminierung einsetzen, zuverlässig mit städtischer finanzieller Unterstützung rechnen können.
- » indem das unterfrankenweite Projekt DenkOrt Deportationen bald verwirklicht wird, damit möglichst viele Menschen sich

kritisch mit der NS-Zeit beschäftigen.

- » indem Gästeführer*innen speziell zum Thema „Würzburg in der NS-Zeit“ weitergebildet werden.
- » indem in Koordination mit dem Schul- und Kulturreferat Angebote in Schulen gemacht werden, mit dem Ziel der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit: Spaziergänge entlang des Erinnerungsweges, Stolpersteinführungen, Stolperstein-Reinigungsaktionen, Übernahme von Klassen-Patenschaften.

Zur Sensibilisierung aller Bürger*innen von Würzburg für das Unrecht der NS-Zeit dient auch die Auseinandersetzung mit den Straßennamen in Würzburg. Eine Kommission untersucht derzeit das Leben aller Personen, die in dieser Zeit gelebt haben und nach denen in Würzburg eine Straße benannt ist. Diese Arbeit wird

in kritischen Fällen zu einer öffentlichen Auseinandersetzung führen, auch mit den Konsequenzen einer Umbenennung.

Bei der Suche nach neuen Straßennamen muss sorgsam vorgegangen werden: Wir wollen uns an Menschen erinnern, die diskriminiert und verfolgt wurden oder in vorbildlicher Weise Gewalt entgegengetreten sind. Ehemalige jüdische Bürger*innen sollen mit ihrem Namen in die Stadt zurückkehren, wie im Fall von Oskar Laredo, Max Stern, oder Ilse Totzke.

Würzburger Gruppierungen, Vereine und Institutionen sind aufgefordert, sich ihrer Geschichte zu stellen: beispielsweise mit einer Gedenktafel für die ehemaligen jüdischen Vereinsmitglieder, denen der Zutritt zum Verein in der NS-Zeit verwehrt wurde. Auch das Stadtarchiv ist aufgefordert, das Leben aller Zwangsarbeiter*innen in städtischen Betrieben zu erforschen.

Die zugrundeliegende Thematik des Volkstrauertags als Gedenken an alle Opfer von Gewalt sollte für breitere Bevölkerungsschichten offener und zugänglicher gestaltet werden. Gegen eine Instrumentalisierung durch rechte Gruppierungen setzen wir uns ein. Wir GRÜNE möchten traditionelle Strukturen aufbrechen und die junge Generation ansprechen.



Foto von Dominik Michalzik

The image shows the upper part of a grand, yellow building with a highly ornate facade. The central gable is the most prominent feature, topped with a golden eagle sculpture. Below the eagle, there are intricate carvings and a central window. The gable is flanked by two smaller windows, each with its own decorative frame. The main facade below the gable consists of a row of five windows, each with a highly decorative, white stone frame. The sky is blue with some white clouds. The text 'BILDUNG, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT & ARBEIT' is overlaid on the image in a bold, green, sans-serif font, arranged in four lines. The text is contained within white rectangular boxes that overlap the building's facade.

**BILDUNG,
WIRTSCHAFT,
WISSENSCHAFT
& ARBEIT**

WÜRZBURGS WIRTSCHAFT

Die wirtschaftliche Situation in Würzburg ist positiv. Als Sitz von Verwaltungen, Schulen und Hochschulen, Krankenhäusern sowie als unterfränkisches Zentrum von Handel und Dienstleistungen erreicht Würzburg eine annähernde Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenquote von 3,3 %. Im Jahr 2018 stiegen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer auf ein Rekordhoch, das mit über 100 Millionen Euro in die Stadtkasse und weiter in die öffentliche Infrastruktur fließen kann. Dabei stellen Klimawandel und Digitalisierung Würzburg vor große Herausforderungen, denen mit einer ökologisch und ökonomisch erfolgreichen Wirtschaft, die nicht auf Kosten zukünftiger Generationen in der Stadt gehen kann, begegnet werden muss. Deshalb ist unser Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung Würzburgs ressourcenschonend und nachhaltig zu gestalten.

Klimaschutz fördert Handwerk und Unternehmen

Neben der Universität, dem Uniklinikum und der Stadt Würzburg als größte Arbeitgeber bilden kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk das Rückgrat der Würzburger Wirtschaft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und zur regionalen Wertschöpfung. Zielgerichtete Investitionen in Handwerksleistungen in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien und energetische Gebäudesanierung führen zu einer ökologischen Modernisierung und consequentem Klimaschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass das Handwerk sowie kleine und mittelständische Unternehmen in Würzburg gute Standortbedingungen vorfinden. Ausschreibungsmodalitäten sollen so gestaltet werden, dass lokale Betriebe gute Chancen bei der Auftragsvergabe haben.

Wir wollen die Würzburger Betriebe bei dem notwendigen Wandel hin zu einer nachhaltigeren, energieeffizienteren und ressourcenarmen Wirtschaftsweise begleiten. Deshalb möchten wir anregen, dass die Stadt Würzburg mit der örtlichen Wirtschaft an dem Kooperationsprojekt ÖKOPROFIT (ÖKOlogisches PROJekt Für Integrierte UmweltTechnik) teilnimmt. Ziel des Projektes ist es, Unternehmen, Betrieben und Institutionen den Einstieg in das Umweltmanagement zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, ihre Betriebskosten bei gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen zu senken. Zentrale Themen sind die Reduktion des Wasser- und Energieverbrauchs, sowie Abfallreduktion und eine nachhaltige Beschaffung. In Deutschland nehmen bereits über 100 Kommunen an dem Projekt teil, das in Bayern auch von der Bayerischen Landesregierung finanziell gefördert wird.

Grüne und Soziale Start-ups

Im Umfeld der Universität Würzburg, insbesondere des neuen Hubland-Campus, des IGZ und des TGZ werden bereits gezielt Firmen mit innovativen Ideen und Konzepten gefördert und der Kontakt mit der Wirtschaft hergestellt. Start-ups sind wichtige Motoren für den Wirtschaftsstandort Würzburg und sollten gefördert werden. Daneben wünschen wir uns aber, dass ein besonderes Augenmerk auf Start-ups gelegt wird, die ein gesellschaftliches oder ökologisches Problem lösen wollen. Dazu gehören Social Start-ups und Start-ups aus dem Bereich der Green Economy. Sozial- oder umweltorientierte Geschäftsideen zu entwickeln ist eine kreative Herausforderung und benötigt häufig mehr Zeit, um Gewinne zu erwirtschaften, was schnell zur Abschreckung gewinnorientierter Investor*innen führt. Hier sollte auch die städtische Wirtschaftsförderung, im Wesentlichen verkörpert durch den städtischen Eigenbetrieb

Congress-Tourismus-Wirtschaft (CTW) mit dem Wirtschaftsbeirat, eine lenkende Rolle spielen.

Frauen in der Wirtschaft

Frauen sind innovative und dynamische Akteurinnen in der Wirtschaft: Als Unternehmerinnen, als Wissenschaftlerinnen, als Gründerinnen, als Fachkräfte. Allerdings verläuft der Berufsweg von Frauen oft nicht ganz geradlinig. Nach wie vor stellt die Vereinbarkeit von Familie und Berufen ein Problem dar. Häufig sind vor allem Frauen diejenigen, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Dies führt häufig zu einer Teilzeittätigkeit oder einem gänzlichen Pausieren im Berufsleben. Wir sehen es als Problem unserer Gesellschaft, dass viele Frauen nach dieser Zeit große Schwierigkeiten haben, wieder in den Beruf einzusteigen. Deshalb fordern wir die Etablierung einer Koordinierungsstelle für die „Frauenförderung in der privaten Wirtschaft“ mit dem Ziel, die berufliche Gleichstellung von Frauen und

ihre Integration in das Erwerbsleben nach einem längeren Ausstieg aus dem Berufsleben durch Information und Beratung zu fördern. Die Koordinierungsstelle soll als Bindeglied zwischen der regionalen Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt, den Weiterbildungseinrichtungen und den Frauen vor Ort dienen.

Regiopolregion Mainfranken

Würzburg liegt zwischen den Metropolregionen Frankfurt und Nürnberg. Um überregional wahrgenommen zu werden und Kräfte in der Region zu bündeln, hat Würzburg aktiv den Zusammenschluss mit Schweinfurt und 7 unterfränkischen Landkreisen zur Regiopolregion Mainfranken betrieben. Diese soll den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort stärken und Projekte der Regionalentwicklung vorantreiben, darunter gemeinsame Infrastrukturmaßnahmen, Forschungseinrichtungen und Fördermöglichkeiten. Das unterstützen wir, wünschen jedoch eine noch stärkere Hinwendung zu Themen ei-

ner nachhaltigen Entwicklung, sei es die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs in der Region oder die Entwicklung von Zusammenarbeiten bei Umwelttechnologien.

Tourismus

Der Standort Würzburgs in der Mitte Deutschlands und Europas ist optimal für den Kongress- und Freizeittourismus. Würzburg muss Angebote in allen Segmenten bereitstellen. Zukunftsträchtig bleibt das Kongresswesen. Sehr beliebt ist auch der Fahrrad- und Schiffstourismus. Eine wachsende Tourist*innengruppe sind Senior*innen, auch Menschen mit Behinderungen, auf die sich die Stadt mit barrierefreien Angeboten einstellen sollte. Je attraktiver die Stadt für Tourist*innen ist, desto länger bleiben sie und bringen umso mehr Kaufkraft mit. Wir GRÜNE legen besonderen Wert auf sanften Tourismus mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln.



Foto von Elena Radiant/Shutterstock

Kongress-Besucher*innen müssen problemlos und ökologisch Veranstaltungsorte und Hotels erreichen können. Dazu ist es unabdingbar, dass die Anreise mit öffentlichem Nah- und Fernverkehr attraktiv gestaltet wird. E-Bus-Shuttles müssen von Bahnhöfen und P&R-Plätzen alle Hot-Spots anfahren. Ökologische und barrierefreie Hotels müssen gefördert werden. Es sollten Konzepte entwickelt werden, die Natur und Stadt miteinander verbinden, um Geschäftsreisenden und auch Tourist*innen eine Kombination aus Kultur, Natur und Erholung zu bieten. Würzburg benötigt noch mehr Übernachtungskapazitäten. Bemühungen um die Ansiedlung weiterer Hotels werden wir unterstützen.

Gewerbeansiedlungen

Wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hat die Stadt durch die Ausweisung von Gewerbeflächen. Ein besonderes Anliegen für uns Grüne ist der sparsame und effektive Umgang mit der be-

grenzten Ressource Boden. Deshalb begrüßen wir die gewerbliche Nutzung der ehemaligen Bahnflächen östlich des Hauptbahnhofes.

Die Schaffung weiterer Gewerbeflächen entlang der B 19 zwischen Lengfeld und Estenfeld halten wir für nicht erforderlich und lehnen sie wegen des Flächenverbrauchs und zum Schutz der Artenvielfalt ab. Wichtig ist dabei eine gute interkommunale Zusammenarbeit mit dem Umland für die Region statt gegeneinander: Wichtig sind Arbeitsplätze – egal ob in Würzburg oder in der Region.

WÜRZBURGER HOCHSCHULEN

Die drei Würzburger Hochschulen – die Julius-Maximilians-Universität mit dem Universitätsklinikum, die Hochschule für angewandte Wissenschaften und die Hochschule für Musik – sind wichtige Impulsgeber für

die Stadt und spielen für die demografische, wirtschaftliche und auch kulturelle Entwicklung Würzburgs eine zentrale Rolle. Mit knapp 36.000 Studierenden sind sie ein Anziehungspunkt für junge Menschen, mit etwa 10.000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber der Stadt. Die Hochschulen machen Würzburg zu einer jungen und dynamischen Stadt, weshalb wir ihre Entwicklung unterstützen und Würzburg als attraktiven Studien- und Forschungsstandort sichern wollen. Dafür brauchen wir eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik insbesondere in stadtplanerischer, verkehrlicher und wohnungspolitischer Hinsicht.

Bezahlbarer Wohnraum

Trotz des Baus neuer Wohnheime am Hubland bleibt die Suche nach günstigem Wohnraum für Studierende in Würzburg schwierig. Hier muss die Stadt weiterhin die Herausforderung annehmen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dabei kann das Problem der studentischen Wohnungsnot

nicht größtenteils auf privatwirtschaftliche Investor*innen abgewälzt werden, deren Studentenwohnheime auf ein deutlich zahlungskräftigeres Zielpublikum ausgerichtet sind, als Wohnheime des Studentenwerks oder gemeinnütziger Träger. Dies birgt das Risiko einer zusätzlichen Befeuerung der Mietpreise in Würzburg, was nicht nur zu Lasten der Studierenden, sondern auch anderer Menschen mit geringem Einkommen geht.

Mobilität

- » Die Straßenbahnlinie 6 zum Unistandort Hubland muss endlich gebaut werden!
- » Das Semesterticket macht den Nahverkehr für Studierende attraktiv und ist gleichzeitig Werbung für die Hochschulen in Würzburg. Es muss erhalten und gesichert werden. Wir streben eine Erweiterung des Verkehrsverbunds um Stadt und Landkreis Schweinfurt an,

um auch Studierenden der Fachhochschule die notwendige Mobilität zu gewährleisten.

- » Würzburg zeichnet sich aus durch räumlich weit auseinanderliegende Campus-Standorte, wie den Campus Hubland Nord und Süd, Campus Medizin an der Uniklinik in Grombühl, und Campus Röntgen- und Sanderring. Insbesondere Studierende und Mitarbeiter*innen am Hubland und der Uniklinik müssen durch die fachliche Nähe der beiden Standorte häufig zu Vorlesungen und Veranstaltungen zeit- und kostenaufwändig hin und her pendeln. Wir setzen uns für Einführung einer Campus-Buslinie für eine Quervernetzung der Standorte durch den ÖPNV ein. Ebenso müssen die Fahrradrouten zwischen den Hochschulstandorten ausgebaut werden.

- » Gute Fahrradrouten müssen auch an ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den jeweiligen Universitätsgebäuden enden.

Förderung von wissenschaftlichen Ausgründungen

Die Hochschulen sind die Basis für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft durch Ausgründung neuer Unternehmen. Wir begrüßen und unterstützen die Ansiedlung innovativer und zukunftsweisender Technologieunternehmen, die neue Arbeitsplätze nicht nur für hochqualifizierte Hochschulabsolvent*innen schaffen, und dadurch die Wirtschafts- und Finanzkraft Würzburgs stärken.

Kooperation

Nur wenn die Hochschulen und die Stadt miteinander kooperieren, profitieren sie auch voneinander. Daher ist es wichtig, dass Verwaltung, Kommunalpolitik und Wissenschaft, aber

auch die lokale Wirtschaft in einem stetigen Dialog stehen. Wir fordern daher regelmäßige Treffen des Stadt-Hochschul- Koordinierungsausschusses unter Beteiligung städtischer Vertreter*innen und Vertreter*innen der Würzburger Hochschulen, des Studentenwerks sowie der Studierenden.

Vereinbarkeit von Studium und Kind

Wir setzen uns dafür ein, dass in Kooperation mit dem Studentenwerk passende Wohnangebote für Studierende mit Kind und eine bedarfsgerechte, flexible Kinderbetreuung angeboten werden.

Eine lange Nacht der Wissenschaften für Würzburg

Fast 50.000 Menschen sind in Würzburg über die Hochschulen und Kliniken in verschiedenster Weise an der wissenschaftlichen Arbeit in Würzburg beteiligt. Eine „Lange Nacht der Wissenschaften“ bietet

Würzburg die Möglichkeit, sich als Wissensstadt zu profilieren und der Stadtgesellschaft an einem Abend an verschiedenen Orten Einblicke in die Forschungsarbeit ihrer Mitbürger*innen zu geben. Unterschiedliche Veranstaltungsformate wie Vorträge, Mitmachexperimente, Institutsführungen oder Science Slams lassen hinter die Kulissen schauen und können Wissenschaft und Forschung für kleine und große Wissenschaftsfans oder auch nur Interessierte, spannend und verständlich machen. Wir möchten den Anstoß für ein solches Veranstaltungsformat geben und Rahmenbedingungen schaffen, in denen die wissenschaftlichen Einrichtungen gemeinsam mit der Stadt eine solche lange Nacht der Wissenschaften durchführen.

DER STÄDTISCHE HAUSHALT

In der aktuellen Wahlperiode ist der Schuldenstand der Stadt trotz der

hohen Investitionen für die Entwicklung des neuen Stadtteils am Hubland in etwa konstant geblieben. Überschüsse bei der Durchführung der Haushalte wurden zur Schuldentilgung und zur Schaffung von Rücklagen verwendet. Auch aufgrund der Initiative der GRÜNEN Stadtratsfraktion wurde der Aufbau einer Sonderrücklage für den Bau der Straßenbahnlinie 6 zum Hubland eingeleitet, die mittlerweile auf 17 Millionen Euro angewachsen ist. Die anhaltend gute Wirtschaftslage und die damit einhergehenden hohen Einnahmen aus Einkommen- und Gewerbesteuer schaffen im Rahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik Spielräume, die in den kommenden Jahren benötigt werden. Die Stadt hat sich weiterhin viel vorgenommen:

- » die Weiterentwicklung des neuen Stadtteils am Hubland
- » den Bau der neuen Straßenbahnlinie 6 zum Hubland

- » die notwendige Sanierung des Mainfrankentheaters
- » ein umfassendes Programm zur Sanierung aller Schulgebäude
- » den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen

Dies alles sind umfangreiche Investitionen in die Zukunft der Stadt, die von einer breiten Mehrheit im Stadtrat getragen und von uns GRÜNEN unterstützt werden. Energetische Sanierungen der städtischen Gebäude, Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes sowie verstärkte Bemühungen zur Schließung der vielfältigen Lücken im Radwegenetz werden auch in der kommenden Wahlperiode Schwerpunkte der Arbeit der GRÜNEN im Stadtrat sein. Zuschüsse an freie Träger in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport sind zu sichern und an den noch steigenden Bedarf anzupassen. Eine

nachhaltige Finanzpolitik erfordert, jeden Einzelfall zu überprüfen und die zu erwartenden Folgekosten zu berücksichtigen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine stärkere Berücksichtigung der Aufgabe der Stadt als Oberzentrum durch den Freistaat Bayern, sowohl pauschal im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs als auch durch Sonderförderung einzelner Projekte. Denn in vielen Bereichen finanziert die Stadt Leistungen, die auch von Bewohner*innen des Umlandes genutzt werden. Häufig erfolgt dabei kein vollständiger Kostenersatz von den Nutzer*innen und den umliegenden Landkreisen und Gemeinden.



- » eine konsequente Beachtung und Anwendung des Konnexitätsprinzip („wer anschafft, der zahlt“) von Bund und Land. Erhalten die Kommunen neue oder erweiternde Aufgaben vom Bund oder dem Land, müssen diese entsprechend finanziert werden. Als Beispiel sei der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz genannt.

Die Stadt als Arbeitgeberin

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Stadt tendenziell eher zu wenig als zu viel Personal. Die zumutbare Belastung der Mitarbeiter*innen ist häufig schon erreicht, wodurch Kapazitäten für zukunftsgerichtete Planungen fehlen. Nicht zuletzt haben die Stadt und ihre Tochterbetriebe eine Vorbildfunktion zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie für die Gestaltung guter Arbeitsbedingungen.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » den Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Arbeitsverträge dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen befristet abgeschlossen werden.
- » eine Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft, die die Diversität der Gesellschaft widerspiegelt.
- » gute Aus- und Weiterbildungen sowie faire Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen. Diese sollen sich als Dienstleister*innen im Interesse der Bürger*innen verstehen können.

Faires Beschaffungswesen

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll die Stadt die neu geschaffenen gesetzlichen Spielräume nutzen,

ökologische und soziale Anforderungen zu stellen und diese bei der Entscheidung neben dem Preis zu berücksichtigen.

Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe

Die Stadtreiniger, der Entwässerungsbetrieb, das Mainfrankentheater und der Bereich Congress-Tourismus-Wirtschaft (CTW) sind in der Rechtsform eines Eigenbetriebs organisiert. Somit sind sie rechtlich unselbständiges Sondervermögen der Stadt Würzburg. Die wichtigsten Entscheidungen werden vom Stadtrat bzw. von einem Werkausschuss getroffen.

Wesentliche Teile des wirtschaftlichen Handelns der Stadt Würzburg sind in den Konzernen der WVV (Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH – zu 100 % im Eigentum der Stadt) und seine Tochtergesellschaften ausgegliedert. Dies sind u.a. die Stadtwerke AG, die Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH, die Würz-

burger Straßenbahn GmbH, die „Parkhausgesellschaft“ SVG und die Bäder GmbH. Daneben besteht die städtische Wohnungsbaugesellschaft Stadtbau Würzburg GmbH.

Uns GRÜNEN ist wichtig, dass die Gesellschaften nicht der Gewinnmaximierung, sondern dem Wohl der Gesamtstadt verpflichtet bleiben. Die meisten Gesellschaften haben Aufsichtsräte, in denen die Stadtratsgruppierungen anteilig vertreten sind.

In der Vergangenheit ist es regelmäßig gelungen, über das Instrument des steuerlichen Querverbundes die Gewinne vor allem der Stadtwerke zur Abdeckung der ÖPNV-Verluste zu verwenden. Dies ist in den kommenden Jahren nicht mehr gewährleistet. In Zukunft wird es erforderlich sein, dass die Stadt ihrer Verantwortung für den ÖPNV wieder verstärkt selbst nachkommen muss – auch durch Zahlungen direkt aus dem städtischen Haushalt.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Information von Stadtrat und Öffentlichkeit über alle wichtigen Entscheidungen in Aufsichtsräten und Zweckverbänden, soweit dies rechtlich möglich ist. Demokratie braucht Transparenz!
 - » den Vorbehalt von wesentlichen Entscheidungen beim Stadtrat: Es geht um den Umgang mit städtischem Eigentum und die Steuerung der städtischen Verkehrs- und Energiepolitik und der Wasserversorgung. Der beherrschende Einfluss der Stadt darf nicht durch Aufnahme von Fremdunternehmen oder gar Verkauf an externe Unternehmen geschmälert werden.
 - » die Prämisse, dass der Stadtrat über die strategische Ausrichtung der städtischen
- Gesellschaften berät und entscheidet. Wir GRÜNE wünschen uns eine stärkere Hinwendung der WVV zu erneuerbaren Energien, umfassenden Verbesserungen im ÖPNV, und zu attraktiven Mobilitätskonzepten wie z.B. Carsharing oder Leihfahrrädern.
- » den Einsatz von Gebühren und Entgelten als Elemente der Steuerung: Entscheidungen des Stadtrates sind umso wichtiger, je eher ein „Monopol“ besteht. Geschäftsführung und Aufsichtsrat brauchen jedoch insbesondere in einer „Marktsituation“ die Freiheit zu schneller Reaktion und Detailregelungen



SCHULE ALS LERN- UND LEBENSORT – BILDUNG IST MEHR ALS SCHULE

Um Bildungsgerechtigkeit, Inklusion sowie lebenslanges Lernen zu verwirklichen, muss sich unsere Schullandschaft verändern. Kommunen sind nicht nur für die Gebäude zuständig, sondern auf vielerlei Weise auch an der inhaltlichen Arbeit der Schulbereiche beteiligt. Kommunale Schulpolitik muss eigene Leitlinien und Handlungsfelder formulieren, um neben der Zuständigkeit für den Sachaufwand eine pädagogisch leistungsfähige Bildungslandschaft mitgestalten zu können.

Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Würzburger Kommunale Schulentwicklungsplan. Den darin beschriebenen 77 Handlungsempfehlungen müssen nun zeitnah konkrete Schritte folgen. Die im Schulentwicklungsplan gelisteten Handlungsempfehlungen müssen

gewichtet bzw. priorisiert werden, aufgeteilt nach Investitions-, organisatorischen und pädagogischen Maßnahmen. Mittlerweile ist der von den GRÜNEN im Wahlprogramm 2014 geforderte Bildungsbeirat eingesetzt worden. Über die Ergebnisse der Besprechungen sollte in Zukunft regelmäßig im Stadtrat berichtet werden.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Bildungsorte in Würzburg die folgenden Kriterien erfüllen:

Gute Bildungsorte ermöglichen Beteiligung

Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden, demokratische Prozesse zu erlernen. Wir begrüßen, dass sich der Würzburger Schüler*innenrat als beratendes Gremium regelmäßig im Rathaus trifft. Auch die Elternschaft aller Schularten soll an dem Prozess der Weiterentwicklung der Würzburger Schullandschaft teilnehmen. Wir setzen uns für ein Gremium für Elternvertreter*innen aller

Schularten ein, das sich – ähnlich wie der Würzburger Schüler*innen-tag - anlassbezogen mehrfach im Jahr trifft und austauscht. Über die Ergebnisse beider Gremien wird der Stadtrat bei Bedarf unterrichtet.

Gute Bildungsorte sind inklusiv

Schulen müssen sich für Menschen mit Behinderung öffnen und brauchen dafür die Unterstützung der Stadt. Im Kommunalen Aktionsplan Inklusion der Stadt Würzburg wurden im Handlungsfeld Bildung und Erziehung insgesamt 34 Maßnahmenempfehlungen beschlossen. Bisher wurde davon nur eine Empfehlung umgesetzt. Wir fordern eine zügige und konsequente Umsetzung weiterer Maßnahmen.

Gute Bildungsorte sind interkulturell

Kindern und Jugendlichen müssen unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer Herkunft alle Chancen offenstehen. 42 % der minderjähri-

gen Würzburger*innen haben einen Migrationshintergrund. Möglichst frühe Sprachförderung ist die Voraussetzung für die gute Entwicklung.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » Fortbildungen zur Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache.
- » einen von der Stadt initiierten Runden Tisch zur Integration von Geflüchteten in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Gute Bildungsorte bauen Brücken zwischen (vor)schulischen und nichtschulischen Akteuren

Kooperationen zwischen Kitas und Schulen sowie mit externen Einrichtungen werden in Würzburg oft praktiziert. Der Bedarf für externes Knowhow wächst ständig. Externe

Träger ermöglichen die Teilhabe an den vielfältigen Angeboten unserer Stadt und sind besonders wichtig für die Kinder und Jugendlichen, die von zu Hause keinen Zugang dazu haben. Wir begrüßen das seit Februar 2019 eingerichtete Bildungsbüro in der Stadt Würzburg. Dabei handelt es sich zunächst um das dreijährige Förderprogramm des Bundes Bildung integriert zum Aufbau eines datengestützten Bildungsmanagementsystems auf kommunaler Ebene.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Schaffung einer Anlaufstelle, welche die Angebote und Kooperationsmöglichkeiten systematisiert, ausweitet und vermittelt.
- » eine Belohnung von Schulen und Kitas, die kulturelle Bildung systematisch in ihrem

Alltag verankern, durch ein vom Kulturreferat ausgestelltes Qualitätssiegel „Kulturschule“.

Gute Bildungsorte fördern Bildungsgerechtigkeit – gerechte Chancen für jedes Kind

In bayerischen Schulen besteht die Möglichkeit, sowohl offene als auch gebundene Ganztagsangebote in Schulen einzurichten.

Gebundene Ganztagschulen bieten mit dem über den ganzen Tag verteilten verbindlichen Bildungs- und Erziehungsangebot die größten Chancen. Deshalb bevorzugen wir GRÜNE sie gegenüber der offenen Ganztagschule. Das Angebot offener Ganztagschulen ist seit 2016/17 auch an Grundschulen möglich und in Würzburg fast bei der Hälfte der Schulen eingeführt. Im Gegensatz zur bisher in Grundschulen angebotenen Mittagsbetreuung sind beide Ganztagsangebote elternbeitragsfrei

und fordern höhere Qualitätsstandards, vor allem beim pädagogischen Personal.

Für die Einrichtung von Ganztagschulen müssen geeignete Räumlichkeiten in der Schule zur Verfügung gestellt werden. Deswegen sollen bei der Priorisierung des Schulinvestitionsprogrammes die Schulen bevorzugt werden, an denen aufgrund der engen Räumlichkeiten bisher keine Ganztagschule eingerichtet werden konnte. Auch Schulstandorte mit vielen Schüler*innen mit Migrationshintergrund sollen bevorzugt werden.

Gute Ausstattung für ein besseres Lernklima

Im Februar 2017 beschloss der Stadtrat, in den nächsten 15 Jahren 300 Millionen Euro für die teils maroden Schulgebäude zu investieren. Benötigt werden Klassenräume, Aufenthaltsräume und Mensen mit Blick auf die Ganztagsentwicklung. Der Investitionsplan baut auf dem

Schulentwicklungsplan auf. Die Reihenfolge ergibt sich aus Kriterien, der schulischen Notwendigkeit und der dauerhaften Standortsicherheit. Bei der Umsetzung der Maßnahmen trägt gute Architektur maßgeblich zum Wohlfühl der Menschen bei und sorgt damit für eine ideale Lernumgebung. Das betrifft ebenso die Pausenhöfe.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » die Erstellung eines Investitionsplans seitens des Schulamtes, aus dem ablesbar ist, wann die einzelnen Schulen mit einer Baumaßnahme rechnen können.
- » die Schaffung oder Sanierung von Fachräumen auch für Mittelschulen. Bislang werden Fachräume ausschließlich an weiterführenden Schulen berücksichtigt.

- » die Berücksichtigung neuer pädagogischer Konzepte bei Schulumbauten, Erweiterungsbauten und Neubauten.
- » eine naturnahe grüne Pausenhofgestaltung mit Erlebnissräumen für die Schüler*innen.
- » eine Prüfung, ob die Entscheidung und Umgestaltung der Flächen über den Ausgleichsflächenpool der Stadt finanziert werden kann. Durch bunte, selbst gestaltete, kreative Plätze und Schulgärten werden positive Erlebnissräume für Schüler*innen geschaffen.

Gute Bildungseinrichtungen schützen das Klima

Schulen spielen bei der Vermittlung von Klimawissen eine tragende Rolle. Ziel einer Klimaschule ist die Entwicklung eines schuleigenen Klimaschutzplanes, der neben einem

Maßnahmenkatalog einen langfristigen CO₂-Reduktionspfad enthält. Jährlich wird eine detaillierte schulinterne CO₂-Bilanz erstellt.

- » In gemeinsamer Arbeit wird in den Fachbereichen Schule, Umwelt- und Klimaschutz ein Schulprofil Klima erarbeitet mit den entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten. Einem ersten Modellversuch, der möglichst wissenschaftlich begleitet werden sollte, sollen in Stadt und Landkreis weitere Schulen folgen.
- » Die Stadt Würzburg setzt sich dafür ein, dass sich möglichst viele Würzburger Schulen Umweltschule in Europa nennen dürfen. Zwei Projekte im Jahr zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit sind dafür durchzuführen und zu dokumentieren. Jede Würzburger Schule sollte daran teilnehmen. Die ausgezeichneten Schulen werden in

einer Feierstunde im Rathaus geehrt.

Gute Bildungsorte stellen sich der Digitalisierung

In Zeiten der Digitalisierung ist es notwendig, dass diese Entwicklungen Einzug in unseren Schulen finden. Dafür unterstützen wir GRÜNE den angestrebten Digitalpakt.

Wir Würzburger GRÜNE setzen uns ein für:

- » eine Verwendung der durch den Digitalpakt bereitgestellten Mittel sowohl für Hardwareumrüstungen als auch für die Schaffung eines IT-Supports für die Würzburger Schulen.
- » die Bereitschaft der Schulen, Endgeräte zur Ausleihe zur Verfügung zu stellen, um gleiche Bildungschancen für alle zu gewährleisten.

Gute Bildungseinrichtungen sind verkehrssicher

Um die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg zu erhöhen, fordern wir Tempo-30-Zonen und ausreichende Gehwegbreiten vor allen Würzburger Schulen. Auf die Gefährdungslage vor Schulgebäuden sollte durch Warnblinkleuchten oder Geschwindigkeitskontrollen hingewiesen werden. Zudem wünschen wir uns regelmäßige Aktionen zum Schuljahresbeginn, um ÖPNV, Fahrradnutzung und Zu-Fuß-Gehen für alle Schüler*innen zu fördern.







**GRÜNE
HOCHSCHULGRUPPE**

Die GRÜNE Hochschulgruppe (GHG) setzt sich seit vielen Jahren innerhalb der Gremien der Studierendenvertretung der Universität Würzburg für eine nachhaltig-ökologische, soziale, demokratische, barrierefreie und offene Hochschul-landschaft ein. Im letzten Wahljahr konnten wir als zweitgrößte Fraktion im Studierendenparlament, dem Studentischen Konvent, zahlreiche Akzente setzen:

Wir setzen uns für ein ökologisch gerechteres Essensangebot, z.B. mehr regionale Gerichte aus Bioanbau, mehr vegetarische und vegane Alternativen und fair gehandelte Produkte in Mensen und Cafeterien ein. Außerdem ist es uns wichtig, dass transparent und einfach erkennbar ist, woher alle verwendeten Produkte stammen. Zusammen mit dem Referat Ökologie haben wir uns für die Etablierung eines green office als zentrale Anlaufstelle für Ökologie und Nachhaltigkeit an der Universität stark gemacht.

Die GHG setzt sich auch seit vielen Jahren für eine fahrradfreundliche Universität ein. Im letzten Jahr konnten wir mit großer Mehrheit einen Antrag zur Umgestaltung der Kreuzung am Seminargebäude Z6 beschließen. Im Gespräch mit der Stadtratsfraktion der GRÜNEN versuchen wir das seit 2018 etablierte Semesterticket Kultur so zu gestalten, dass auch Würzburger Kulturschaffende jenseits des Mainfrankentheaters dort berücksichtigt werden. Trotz vieler Bemühungen ist das bis heute leider nicht der Fall. Die weitere Verbesserung des Kulturtickets ist uns somit ein großes Anliegen.

Neben diesen und vielen weiteren "Großbaustellen" sind und waren viele unserer Mitglieder in Kommissionen oder als SSR- und Konvents-vorsitz aktiv. Weitere nennenswerte Beiträge sind eine Podiumsdiskussion zum Dieselfahrverbot, sowie Anträge und Projekte zum Mehrwegkaffeeteller in Cafeterien, Bau

von mehr Fahrradständern, Einführung der 24-Stunden-geöffneten Bibliothek, und vieles mehr. Wir sprechen uns ausdrücklich für eine Zivilklausel an der Universität Würzburg aus, da diese ein wirksames Mittel ist, die Freiheit von Lehre und Forschung vor äußerer Einflussnahme zu schützen. Forschung an Hochschulen soll demnach ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen. Außerdem fordern wir die Abschaffung von Konkordatslehrstühlen und ein Ende der Einflussnahme kirchlicher Einrichtungen auf staatliche Hochschulen.

In unseren wöchentlichen Treffen tauschen sich die Mitglieder der GHG zu aktuellen tages- und hochschulpolitischen Themen aus und planen Aktionen & Anträge. Obwohl unsere Aufgabe als Hochschulgruppe primär die Gremien- und Konvents-Arbeit innerhalb der Studierendenvertretung ist, vernetzen wir uns auch regelmäßig

mit weiteren städtischen Nachhaltigkeitsinitiativen. Auf überregionaler Ebene ist die GHG im Dachverband der grünen Hochschulgruppen campusgrün organisiert. Für die bayerische Hochschullandschaft fordern wir schnellstens die Einführung der verfassten Studierendenschaft (VS). Bayern ist seit 2012 das letzte Bundesland, welches seinen Studierenden diese Möglichkeit der Mitbestimmung nicht bieten möchte. Wir fordern auch hierzulande eine VS mit einer Studierendenvertretung als öffentlich-rechtlich eigenständige Körperschaft, mit deutlich mehr Kompetenzen, insbesondere Satzungs- und Finanzhoheit.

Unser Wirken sehen wir jedoch nicht nur auf hochschul-bezogene Prozesse beschränkt, sondern wollen auch an der Gestaltung der Stadt mitwirken. Nach den Kommunalwahlen wünschen wir uns von den Stadträtinnen und Stadträten

verstärkt Unterstützung und Engagement in folgenden Punkten:

Das Semesterticket "Kultur" muss auf die freien Theater und Kunstschaffenden ausgeweitet werden. Das VVM-Semesterticket muss im Rahmen einer solidarischen Finanzierung erschwinglich bleiben und die teilweise noch immer unerträgliche Bussituation, insbesondere zum Hubland, beseitigt werden. Die Straßenbahn-Linie 6 erwarteten wir bereits in unserer vergangenen Stellungnahme (2014) "voller Vorfreude", und fordern den Baubeginn heute, fünf Jahr später, dringendst und zeitnah. Bis dahin muss die Mobilität der Studierenden durch ein adäquates Busangebot sichergestellt werden. Außerdem sollte sich die Stadt Würzburg für den Ausbau der Radwege einsetzen. Insbesondere das Radwegenetz zum Campus am Hubland muss für Radfahrer*innen sicherer und damit attraktiver werden.

Die Grüne Hochschulgruppe freut sich auf eine erfolgreiche und zielstrebige Zusammenarbeit mit einer starken Grünen Fraktion im Stadtrat!

UNSER PODCAST:



Am 15. März 2020 wählt Würzburg wieder einen Oberbürgermeister. Unser Kandidat ist Martin Heilig.

In diesem Podcast wollen wir euch Martin Heilig und seine Ideen für Würzburg vorstellen. An sechs verschiedenen Terminen können die Bürger*innen unserer Stadt gemeinsam mit Martin Heilig, Stadtratskandidat*innen und externen Expert*innen zu den einzelnen Themen ins Gespräch kommen. Im Vorfeld veröffentlichen wir jeweils eine passende Podcastfolge, in der wir einen ersten Ausblick geben.

Weitere Infos und alle Folgen gibt es in vielen Podcast-Apps oder unter:



martin-heilig.de/podcast



GRÜNE JUGEND

Bei den Kommunalwahlen 2020 geht es um viel. In Stadt und Landkreis müssen in den nächsten Jahren die Weichen gestellt werden, um die Region Würzburg fit für die Zukunft zu machen. Für uns ist klar, dass wir in vielen verschiedenen Bereichen tiefgreifende Veränderungen benötigen. Kommunalpolitik bedeutet, sich direkt und unkompliziert vor Ort einzumischen, auch als junger Mensch. Doch bisher ist dies gerade in Würzburg und Umgebung oft Sache der älteren Generation. Wir als junge Menschen wollen über unsere Zukunft mitbestimmen! Deswegen möchten wir bei den Kommunalwahlen 2020 und darüber hinaus für die folgenden Ziele kämpfen:

UMWELTSCHUTZ, NATURSCHUTZ UND KLIMASCHUTZ

Im Bereich des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes wollen wir sowohl im Landkreis als auch in der Stadt Würz-

burg substanzielle Verbesserungen bewirken, um so unsere Lebensgrundlagen zu sichern.

Gewässerschutz

Besonders am Herzen liegt uns der Gewässer- und Trinkwasserschutz, gerade im trockenen Unterfranken. An und in Pleichach und Kürnach waren zuletzt immer wieder Fischsterben zu beobachten. Die Regenrückhaltebecken entlang der Bäche müssen deutlich vergrößert werden und mit Sicherungsmechanismen ausgestattet werden. In keines unserer Gewässer, darf ungeklärtes Abwasser eingeleitet werden! Im Stadtgebiet Würzburg wollen wir die Pleichach so weit wie möglich freilegen, insbesondere im Bahnhofsbereich, und renaturieren. Dazu gehört auch die Rehabilitierung des Fischbestandes im Bach. An den anderen Gewässern im Landkreis, wie zum Beispiel dem Aalbach und der Tauber, wollen wir durch die Schaffung von Randstreifen Gewässerschutz betreiben. Am Main sollten weitere

renaturierte Altarme geschaffen werden, um Tieren Rückzugsorte an der Bundeswasserstraße Main zu bieten. Ebenso setzen wir uns für den Schutz des Grundwassers ein. In diesem Zusammenhang muss der Skandal im Schotterwerk Aub schnellstmöglich und vollständig aufgeklärt, sowie trinkwasserbelastende Substanzen aus dem Schotterwerk entfernt werden. Um Wasser zu sparen, sollte in Würzburg der Einbau von Zisternen in Privathäuser verstärkt gefördert werden. Städtische Neubauten sollten standardmäßig mit Zisternen ausgestattet sein.

Flächenversiegelung verringern

Ein großes Problem ist auch im Landkreis Würzburg die zunehmende Flächenversiegelung. Die interkommunale Zusammenarbeit sollte stark verbessert werden, um zusätzliche Flächenversiegelung so gut wie möglich zu vermeiden. Insbesondere sollten keine Supermärkte mehr „auf der grünen Wiese“ gebaut werden.

Im Stadtgebiet Würzburg wollen wir die vierspurige Versbacher Straße auf zwei Spuren zurückbauen und damit Flächen entsiegeln.

Arten- und Naturschutz

Sowohl im Landkreis als auch in der Stadt sollte durch das Anlegen von Blühwiesen und Rückzugsgebieten für bedrohte Arten wie zum Beispiel Fledermäuse und Feldhamster aktiv Arten- und Naturschutz betrieben werden. Die Rodungen der Firma Benkert in Thüngersheim müssen sofort gestoppt werden. Das durch die Beschlüsse des Kreistags veränderte Naturschutzgebiet im Taubertal sollte soweit möglich wieder hergestellt werden. In der Stadt Würzburg sollen der Ringpark sowie bestehende Bäume geschützt werden. Es muss der Grundsatz gelten: erst Straßen und Parkplätze zurückbauen, dann Bäume fällen. Wir fordern darüber hinaus, dass in Würzburg, insbesondere in der Innenstadt, neue Bäume gepflanzt werden, um in Zeiten des Klimawandels einer Überhitzung der Stadt ent-

gegenzuwirken. Sollte der Busbahnhof verlegt werden, muss der Ringpark an dieser Stelle wiederhergestellt werden. Zum Insektenschutz soll Lichtverschmutzung vermieden werden. Die Stadtwerke Würzburg müssen darüber hinaus schnellstmöglich Ökostrom beziehen.

MOBILITÄT

In der Verkehrspolitik muss in Stadt und Landkreis Würzburg eine 180-Grad-Wende erfolgen. Noch immer wird dem Auto insbesondere in der Stadt Würzburg ein viel zu hoher Stellenwert eingeräumt. Die Radinfrastruktur und der ÖPNV wurden stattdessen in den letzten Jahren stark vernachlässigt. Im Landkreis Würzburg sieht es leider ähnlich aus. Noch immer sind selbst stadtnahe Gemeinden mit dem Bus nur unzureichend an Würzburg angebunden und das Fahrrad wird im Landkreis als Naherholungsgerät und nicht als Fortbewegungsmittel betrachtet.

Öffentlicher Nahverkehr

Um die Situation des Würzburger Bus- und Straßenbahnnetzes zu verbessern, muss in einem ersten Schritt die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis intensiviert werden, um eine bessere Verzahnung der Angebote zu erreichen. Diese müssen zudem stark ausgebaut werden. Die Straßenbahnlinie 6 muss in der nächsten Legislaturperiode gebaut werden. Zudem sollte sie nicht nur bis ans Hubland, sondern bis nach Gerbrunn geführt werden. Wir fordern darüber hinaus den Bau einer Querspange vom Sanderring zur neuen Linie 6, um so den Straßenbahnverkehr durch neue Linienführung besser und effizienter verteilen zu können. Der Straßenbahnhalt Bahnhofsvorplatz sollte nutzer*innenfreundlich umgebaut werden, so dass dort weniger Zeit verloren geht. Bis 2026 muss zudem mit einem Planfeststellungsverfahren für eine Straßenbahnlinie in die Lindleinsmühle und nach Versbach begonnen werden. Langfristig soll der Bau von

Straßenbahnlinien nach Höchberg sowie Zell/Margetshöchheim angestrebt werden. Für den Bau neuer Linien und die Beschaffung zusätzlicher Fahrzeuge wollen wir die zurzeit großzügig vorhandenen Fördermittel nutzen. Jede Straßenbahnlinie soll zwischen 6 und 20 Uhr im 10-Minuten-Takt verkehren, von 20-24 Uhr im 20-Minuten-Takt. Die zurzeit betriebene Einstellung von Straßenbahnlinien am Abend, am Wochenende und in den Sommerferien lehnen wir ab.



Ebenfalls Reformbedarf hat der Busverkehr im Landkreis Würzburg. Wir fordern einen echten Stundentakt für alle Gemeinden im Landkreis Würzburg zwischen 6 und 24 Uhr auch am Wochenende, für stadtnahe Gemeinden einen Halbstundentakt zwischen 7 und 20 Uhr. In sehr stadtfern gelegenen Gemeinden soll die Taktung vor allem am Wochenende durch intelligente Rufbussysteme realisiert werden. Die stadtnahen Gemeinden müssen in das sehr gut funktionierende Nachtbusssystem der Stadt Würzburg eingebunden werden.

Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsgesellschaften, wie beispielsweise der VGMT, zur Bereitstellung von Nachtbusangeboten verbessern. Eigenwirtschaftlich betriebene Busverkehre wollen wir abschaffen. Die Fahrpläne müssen vom Kommunalunternehmen vorgegeben werden, um unnötige Kollisionen zu vermeiden. Die Abfahrtszeiten der Busse wollen wir besser an die Schul-

schlusszeiten anpassen. Die Verkehrsgesellschaften APG und die VVM sollen verpflichtet werden, am Ende eines jeden Jahres einen detaillierten Pünktlichkeitsbericht für alle Linien vorzulegen. Die Abfahrtszeiten der Straßenbahnen und Busse müssen deutlich besser an die Abfahrtszeiten der Deutschen Bahn angepasst werden. Die Bahnhalte in Heidingsfeld müssen reaktiviert werden, ebenso wie die Bahnlinie Würzburg-Volkach.

Allgemein sollen schnellstmöglich sowohl in der Stadt als auch im Landkreis nur noch barrierefreie Fahrzeuge auf allen Linien eingesetzt werden. Den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen wollen wir genauso wie den Ausbau der dynamischen Fahrgastinformation stark beschleunigen. In allen Fahrzeugen sollte WLAN angeboten werden. Darüber hinaus muss so schnell wie möglich eine leicht zu bedienende App für Stadt und Landkreis bereitgestellt werden, in der unkompliziert

Ticketkäufe möglich sind. Ebenfalls notwendig ist die Einrichtung einer API-Schnittstelle, die Ticketkäufe für den Würzburger ÖPNV in der Bahn-App ermöglicht. Die zurzeit genutzte Tarifstruktur mit dem Wabensystem wollen wir reformieren, um eine größere Übersichtlichkeit herzustellen. Die Ticketpreise sollten massiv gesenkt werden. Menschen unter 18 Jahren sollen den ÖPNV zukünftig ticketlos nutzen können. Für Schüler*innen, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Studierende über 18 Jahre soll ein stark vergünstigtes Ausbildungsticket – ähnlich dem zurzeit bestehenden Semester ticket – mit Gültigkeitsbereich in ganz Unterfranken angeboten werden. Langfristig sollen alle Menschen den ÖPNV ticketlos benutzen können.

Radverkehr

Die Radinfrastruktur wollen wir sowohl im Landkreis als auch in der Stadt verbessern. In Würzburg sollen statt der bisher gebauten, von Autos

immer noch befahrbaren Schutzstreifen sogenannte Protected Bike Lanes (geschützte Radwege) eingerichtet werden. Das Radwegesystem wollen wir so schnell wie möglich ausbauen. Radwege müssen gut instandgehalten werden und dürfen nicht „im Nichts“ enden. Poller und ähnliches, die nicht notwendig sind und Lastenräder behindern, sollen zurückgebaut werden. Ampelschaltungen müssen besser auf die Bedürfnisse von Radfahrer*innen abgestimmt werden. Die stadtnahen Gemeinden sollen durch beleuchtete Radschnellwege an die Stadt angebunden werden. Die Tourist*innenradwege entlang des Mains müssen zu Radschnellwegen ausgebaut werden. Wir fordern, dass die Stadt Würzburg Lastenräder zur kostenlosen Ausleihe zur Verfügung stellt und einen Zuschuss für den Kauf von Lastenrädern einrichtet.

Autoverkehr

Beim Autoverkehr ist für uns klar, dass dieser innerhalb der Stadt

Würzburg stark zurückgehen muss. Oberflächenparkplätze in der Innenstadt wollen wir sukzessive zurückbauen. Mittelfristig soll der komplette Bischofshut autofrei sein. Über Parkgebührenerhöhungen wollen wir zusätzliche Einnahmen generieren, um günstigere ÖPNV-Tickets zu ermöglichen. An den Stadträndern wollen wir Park-and-Ride-Parkplätze einrichten. Dabei soll die Flächenversiegelung so gering wie möglich gehalten werden. Neue Car-Sharing-Stationen auf bereits vorhandenen Parkflächen sollen errichtet werden. Den Bau der B26n im Landkreis Würzburg lehnen wir ab.

Fußverkehr

Für Fußgänger*innen sollten schnellere Bedarfsampeln mit längeren Grünphasen eingerichtet werden. Außerdem wollen wir die Fußgängerzone erweitern, beispielsweise durch Einschluss der Plattnerstraße oder Theaterstraße.

FINANZEN

Ein grünes Würzburg hört für uns bei der Finanzierung nicht auf. Wir fordern, dass die Stadt Würzburg zukünftig kein Geld in Kohle-, Erdöl- und Erdgasunternehmen investiert und etwaige derzeitige Investments schnellstmöglich, spätestens jedoch innerhalb von fünf Jahren nach der Kommunalwahl, abzieht.

Geschlechtergleichheit muss sich auch in finanziellen Aspekten widerspiegeln: Wir fordern die Erarbeitung eines Gender-Budgeting-Konzepts für den Haushalt der Stadt Würzburg. Der Stand der Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen soll regelmäßig von der Gleichstellungsstelle der Stadt Würzburg überprüft werden.

WOHNEN

In den letzten Jahren sind zum einen die Mietpreise in Würzburg deutlich gestiegen, zum anderen der verfüg-

bare Wohnraum immer knapper geworden. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, fordern wir die Einführung eines städtischen Mietspiegels, der von der Stadt Würzburg in Zusammenarbeit mit Mieter*innen- und Vermieter*innenorganisationen erarbeitet wird. Bei der Berechnung sind auch energetische Aspekte zu berücksichtigen. Für den Bau günstiger Wohnungen steht insbesondere die Stadtbau Würzburg GmbH in der Verantwortung. Damit sich auch alle Studierenden eine Unterkunft in Würzburg leisten können, fordern wir für die kommenden Jahre eine Ausbauoffensive von Studierendenwohnheimen.

SOZIALES MITEINANDER

Eine Stadt lebt von der Vielfalt ihrer Bürger*innen. Um diese zu erhalten und ein gutes Miteinander zu garantieren, fordern wir den Ausbau der Bürger*innendialoge sowie eine Stärkung des nachbarschaftlichen

Engagements, etwa durch städtische Zuschüsse für Initiativen in diesem Bereich. Zur Garantie des sozialen Miteinanders gehört für uns auch die Unterstützung von LGBTQ*-Personen. Wir fordern, dass die Stadt den Christopher Street Day aktiv unterstützt. Für die besonders vulnerable Gruppe der LGBTQ*-Geflüchteten fordern wir die Einrichtung von Schutzräumen, etwa durch separate Unterbringungsmöglichkeiten.

STADTBILD

Das Stadtbild von Würzburg muss sich ändern. Wir fordern eine kreative Gestaltung von öffentlichen Wänden durch Begrünung oder Street Art und mehr Spielplätze in der Innenstadt. Außerdem braucht die Stadt mehr öffentliche Sitzgelegenheiten. Das Landesgartenschauergelände am Hubland muss für junge Menschen attraktiver gestaltet werden, sodass es einerseits gesteigerten Freizeitwert hat und

andererseits als grünes Lernumfeld genutzt werden kann. Die flächen-deckende Digitalisierung ist von großer Bedeutung, um Menschen die Möglichkeit zu geben, sich auch außerhalb von Ballungszentren zu bewegen und gleichzeitig vernetzt zu sein.



In Würzburg leben sehr viele junge Menschen. Wir fordern mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene in Form von

Jugendparlamenten und Jugendräten im Stadt- und Landkreis.

Essen ist ein Grundbedürfnis. Deshalb fordern wir in öffentlichen Beeten den Anbau von Bio-Obst und Gemüse nach dem Konzept der essbaren Stadt und ein städtisches Foodsharing-System. Dazu müssen öffentliche Trinkwasserbrunnen errichtet werden. Um die Umweltbelastung durch Plastikbecher zu verringern, fordern wir einen „Würzburgmehrwegbecher“ für heiße Getränke entsprechend dem in Freiburg bereits realisierten Projekt.

Zu viele motorisierte Fahrzeuge in Würzburg sehen wir als großes Problem. Wir fordern deshalb den sogenannten Bischofshut der Würzburger Innenstadt autofrei zu gestalten und mindestens drei autofreie Sonntage im Jahr im ganzen Stadtgebiet mit kostenlosem ÖPNV zu veranstalten.



Foto von Indra Anders



**MACH
MIT**



Unsere Ortsverbände

Ortsverband Frauenland

vorstand-frauenland@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Altstadt-Sanderau

vorstand-altstadt@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Lengfeld

vorstand-lengfeld@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Versbach

vorstand-versbach@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Süd (Rottenbauer, Heuchelhof, Heidingsfeld, Steinbachtal)

vorstand-sued@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Zellerau

vorstand-zellerau@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Grombühl-Lindleinsmühle

vorstand-grombuehl@gruene-wuerzburg.de

Ortsverband Dürrbachtal

vorstand-duerrbachtal@gruene-wuerzburg.de

Grüne Würzburg-Stadt

gruene-wuerzburg.de

twitter.com/gruenewuerzburg

www.instagram.com/gruene.wuerzburg.stadt

www.facebook.com/gruene.wuerzburg/

Grüne Jugend

gj-wuerzburg.de/

twitter.com/gj_wuerzburg

www.instagram.com/gj_wuerzburg

www.facebook.com/gjwuerzburg/

Grüne Hochschulgruppe

www.facebook.com/GrueHochschulgruppeWuerzburg/

AM 15. MÄRZ IST KOMMUNALWAHL

SO GEHT'S

Bei den Kommunalwahlen in Bayern kann der*die Wähler*in ihre Stimmen kreuz und quer über den Stimmzettel verteilen und Kandidat*innen auf mehreren Listen ankreuzen (panaschieren). Dabei kann sie einzelnen Bewerber*innen bis zu drei Stimmen geben (kumulieren). Aber Vorsicht: Wer den Überblick verliert und zu viele Stimmen abgibt, dessen Stimmzettel wird ungültig. Wem das zu viel Aufwand ist, der kann auch einfach die Liste einer Partei ankreuzen. Die Stimmen werden dann in der angeführten Reihenfolge verteilt.

BRIEFWAHL? SO GEHT'S!

Briefwahlantrag (kommt mit der Wahlberechtigung) ausgefüllt und unterschrieben ans Wahlamt senden oder online oder persönlich im Wahlamt beantragen. Ein Telefonanruf reicht dafür nicht aus! Wählen, Ausfüllen und auf jeden Fall darauf achten, den Wahlschein rechtzeitig abzusenden: Nur Briefe, die bis 18 Uhr am Wahltag im Amt eingehen, werden ausgezählt.



IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Würzburg-Stadt
Textorstraße 14
97070 Würzburg

☎ (0931) 189 87

✉ buero@gruene-wuerzburg.de

🌐 www.gruene-wuerzburg.de

Gestaltung, Satz und Layout:

Dominik Michalzik

✉ dominik@mr-michalzik.de

Druck:

safer-print.de, Marktbreit

Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung am 29.6.2019 beraten und beschlossen. Redaktionsschluß war der 12.12.2019.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

